

Zentral-Organ für die Interessen
der im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.
Publikations-Organ des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes.

Erscheint jede Woche Sonntags.
Einzel-Abonnement pro Quart. franko geg. franko 1,50 M^r.
Der Courier ist in die Postzeitungellte elugetragen.

Redaktion und Expedition: Berlin S0. 16, Engel-Ufer 21.
Telephon: 2111 Wlorippslaß, 050 und 11 864.
Gedößnet von 9 Uhr vorrn. bis 4 Uhr nachrn., Sonntags geschl.

Redaktionsschluß
am Montag Morgen vor Erscheinen des Blattes.
Unverlangte Manuskripte werden nicht zurückgesandt.
Bücher und Reklamationen an die Schriftleitung.

JULY, 1891.

Berlin, den 1. Dezember 1912.

16. Jahr.

Unsere Gauorganisation im 1. Halbjahre 1912.

Obwohl die wirtschaftliche Konjunktur auch im 1. Halbjahr 1912 weiter aufstieg, ging doch Hand in Hand damit auf der andern Seite ein unerhörtes Emporschneilen der Lebensmittelpreisse, daß noch bis in die neueste Zeit hinein angehalten hat. Selbst die Regierung, die durch den Mund ihrer Vertreter jahrelang von einer „vorübergehenden Erscheinung“ faselte, mußte das Bestehen eines „Motstandes“ schließlich klein zugeben und die „gottgewollte Länglichkeit“ eines Barthmann sich herbeilassen, wenigstens einige Erleichterungen in der Fleisch einfuhr aus dem Auslande zu schaffen, — freilich, Palliativmittelschen, die einem Tropfen Öl auf einen heißen Stein gleichen. Derartige, einer „gottgewollten Ordnung“ einsach hohnsprechende Zustände konnten natürlich nicht ohne schwerwiegenden Einfluß auf die Lebenshaltung der Kollegen bleiben. Und wenn nicht in noch größerem Maße als dies leider schon bisher der Fall, eine „Bereitung“ weiter Röllschichten eingetreten, so ist dies lediglich der rührigen Tätigkeit der freien gewerkschaftlichen Organisationen zu verdanken, welche — unser Verband mit innerster Miehe — bestrebt waren, durch zahlreiche Lohnbewegungen einen Ausgleich zwischen Löhnen und Lebensmittelpreisen herbeizuführen. Die Zahl der Lohnbewegungen, welche unser Verband im 1. Halbjahr 1912 führte (518), übersteigt die der vorherigen Berichtsperiode (455) um ein bedeutendes! Trotzdem konnten die unheilvollen Wirkungen der herrschenden Teuerung auch in diesen Fällen nicht ganz aus der Welt geschafft werden. Dies zeigt sich u. a. darin, daß es manch einem der Kollegen nicht möglich war, seiner Pflicht als zahlendes Mitglied voll und ganz nachzukommen. Dies hat natürlich — wovon weiter unten die Rede sein wird — auch das Beitragsverhältnis etwas ungünstiger gestaltet, als es sonst nach Lage der Sache der Fall wäre.

Gehen wir nun an eine Kritik der in den Tabellen 1 bis 5 niedergelegten Entwicklungsergebnisse unseres Verbandes und beginnen wir mit Tabelle 11.

Im 1. Halbjahr 1912 fanden 1882 Versammlungen, 5251 Besprechungen und Sitzungen statt. Gegen das 2. Halbjahr 1911 bedeutet dies einen Rückgang um 98 Versammlungen, aber eine Zunahme um 948 (!) Besprechungen und Sitzungen. Wie ein Blick auf die nachfolgende Aufstellung zeigt, ist diese nicht unbeträchtliche Erhöhung der Zahl der Besprechungen und Sitzungen in der Hauptsache auf die größere Finanzpruchnahme der Funktionäre durch Wohnbewegungsfragen zurückzuführen. Es standen nämlich in den 1882 Versammlungen und 5220 von 5251 Besprechungen und Sitzungen folgende Thematik zur Verhandlung:

Referate usw. über wissenschaftliche Fragen sind zwar laut Aufstellung gegen das letzte Mal von 77 auf 64 zurückgegangen, doch dürfte dieser Rückgang nur ein scheinbarer sein. Das in Mede stehende Gebiet lässt sich nicht scharf umgrenzen und man hat wohl viele hierhergehörige Fälle in anderen Gruppen registriert. Auffallend oft mussten sich die Kollegen angeblich mit Missständen im Beruf usw. beschäftigen, nämlich in 94 Versammlungen und 721 (!) Besprechungen und Sitzungen. Besonders die letzte Zahl ist im Vergleich zu der entsprechenden der vorigen Berichtsperiode (175) ganz gewaltig in die Höhe gegangen. Offenbar sind die Kollegen auch hier mit der Negligenzierung nicht ganz korrekt verfahren und dürfte wohl ein nicht geringer Teil der hier verzeichneten Fälle mit denselben oder größerem Recht in die Rubriken „Lohn- und Arbeitsverhältnisse“ bzw. „Lohnbewegungen“ gehören. Trotzdem haben wir auch hierin

wieder die Bestätigung, daß in unserem Berufe noch „manches faul im Staate Dänemars“ ist und noch viel Wasser ins Meer rinnen wird, ehe es unserer durchgreifenden Agitations- und Organisationsarbeit gelungen ist, hier endgültig Wandel zu schaffen. Darum, Kollegen, kein Müßruhen auf den bereits errungenen „Vorbeeren“! Auf zu neuer, unermüdlicher Verkehrs!

In 22 von den 1882 Versammlungen standen je zwei Themen zur Verhandlung. Dasselbe gilt für 29 von 5220 Besprechungen usw. Hinzu kommen hier 31 Sitzungen, über welche keine Angaben gemacht wurden.

I. Bericht über die agitatorische und geschäftliche Tätigkeit im 1. Halbjahr 1912

Gau-Nr.	Gau bezw. Bezirk	Im 1. Halbjahr wurden abgehalten										Eingang		Ausgang	
		Verkämm. im Gauvororte	Strafanstaltungen in anderen Orten des Bezirks	Verkämm. in Orten ohne Gesetz- habe mit Aus- nahmen	Gefreistellungen und Eingungen in Gauverwalt.	Geöffnet. u. Sitzg. in anderen Orten des Bezirks	Geöffnet. u. Sitzg. in Orten ohne Gesetz- habe mit Aus- nahmen zu berücksichtigen	Aktionen wurden berechnet	Dokumente und Fäden	Dokumente und Fäden	Briefe und Karten	Studien- und Reise- karten	Studien- und Reise- karten		
1	Bezirk Groß-Berlin	391	—	—	3553	—	—	60	—	7259	4530	3	9938	18458	3
2	Ost- und Westpreußen	7	78	41	4	125	51	26	2	437	32	14	367	152	72
3	Schlesien	56	239	41	65	147	26	26	—	851	562	31	1207	709	110
4	Brandenburg	6	93	9	20	39	5	14	—	567	39	13	640	801	12
5	Pommern und Posen	47	20	12	18	10	1	4	—	107	22	—	145	959	—
6	Königreich Sachsen	7	69	1	16	64	—	70	1	811	117	136	670	69	101
7	Südbayern	12	79	18	49	22	8	22	1	221	117	14	263	87	87
8	Nordbayern	6	56	—	10	88	—	17	1	182	20	1	266	41	2
9	Thüringen und Hessen-Kassel	7	73	8	26	97	4	23	—	541	63	9	602	485	65
10	Prov. Sachsen, Anhalt und Braunschweig	16	51	5	15	89	1	70	—	355	267	1	586	1184	79
11	Hannover	16	63	5	25	85	16	18	2	384	41	8	335	3078	40
12	Schleswig-Holstein, Hamburg, Lübeck und Mecklenburg	5	54	1	15	60	3	65	1	599	82	5	659	840	33
13	Bremen und Oldenburg	3	30	4	7	27	1	28	1	207	9	1	195	71	16
14	Westfalen	5	25	10	14	46	3	13	—	344	496	1	356	454	157
15	Rheinprovinz	19	25	5	29	78	3	15	—	421	273	7	458	946	81
16	Hessen, Unter-Waden, Rhein- pfalz und Lothringen	8	112	3	20	209	11	22	2	460	14	5	583	256	37
	Württemberg, Ober-Waden und Elsaß	23	21	2	42	45	9	25	—	305	112	4	397	221	16
	Zusammen	634	1088	160	3928	1181	142	518	11	14051	6746	253	17667	28261	861

- | | | | | |
|--|-----|------|------|-----|
| 1. Geschäftl., Berichterstattung . . | 142 | bzw. | 578 | mal |
| 2. Agitator. u. organisat. Fragen | 724 | " | 856 | " |
| 3. Lohnbewegungen | 449 | " | 1084 | " |
| 4. Lohn- und Arbeitsverhältnisse | 66 | " | 1048 | " |
| 5. Berufssfragen, Missstände sc. | 94 | " | 721 | " |
| 6. Rechtsprechung und Arbeiterschutzbegabung | 104 | " | 108 | " |
| 7. Maßnahmen von Behörden u. Unternehmern | 22 | " | 128 | " |
| 8. Allgemeine Arbeiterbewegung | 75 | " | 195 | " |
| 9. Statistik, Sozialreform und Sozialpolitik | 141 | " | 88 | " |
| 10. Wissenschaftliche Thematik . . | 64 | " | 70 | " |
| 11. Verschiedene Fragen | 1 | " | 344 | " |

Die Gruppen 3 und 4 unter Besprechungen und Sitzungen dominieren diesmal ganz enorm. Da aber die relative Zahl der Lohnbewegungen gegen die vorige Berichtsperiode von 455 auf 518 gestiegen, so ist die Erklärung hierfür leicht gefunden. Einen weiteren Beweis, daß die Organisation unermüdlich bestrebt war, die Kollegen aufzurütteln, um an der Besser-gestaltung ihrer Arbeitsverhältnisse arbeiten zu können, bietet jerner die Tatsache, daß gegen das zweite Halbjahr 1911 mit 451 bezw. 430 Fällen diesmal 724 bezw. 856 Versammlungen resp. Sitzungen anberaumt wurden, in denen agitatorische und organisatortische Fragen auf der Tagesordnung standen. Erfreulicherweise wurden auch Themenas der Gruppen 6, 8 und 9 recht ergiebig verhandelt. Die

Bezirk bezw. Gau	Zahl der Mitglieder 1. 4. Quart. 1911	Zahl der Mitglieder 1. Quart. 1912	Zahl der Mitglieder 2. Quart. 1912	Zahl der Mitglieder			Gegen das 4. Quart. 1911		Zahl der Wochen- beiträge			Gegen das 4. Quart. 1911		Zahlbeitrag für das 1. u. 2. Quart. 1912	
				4. Quart. 1911	1. Quart. 1912	2. Quart. 1912	Zu- nahme	ab- nahme	4. Quart. 1911	1. Quart. 1912	2. Quart. 1912	Zu- nahme	ab- nahme	46	47
Groß-Berlin	1	1	46935	47176	47807	872	—	531595	534376	531642	8047	—	—	4749	15
1	8	8	5585	6156	6966	1381	—	58412	62304	73834	15422	—	—	614	10
2	46	47	6256	6677	6861	605	—	73496	74693	78870	5374	—	—	786	95
3	26	27	2798	2982	8043	245	—	83660	83377	33681	21	—	—	339	85
4	3	7	3923	4162	4508	585	—	42931	45731	49342	6411	—	—	444	05
5	51	49	17243	18658	19308	2065	—	219080	207314	243937	21907	—	—	2288	90
6	18	18	7992	8438	8617	625	—	95683	97697	101693	6010	—	—	929	55
7	17	20	3823	4091	4301	478	—	46674	47963	51259	4585	—	—	401	40
8	38	38	3879	4303	4553	674	—	43834	46256	49064	5230	—	—	779	80
9	28	80	7625	8144	8423	798	—	94550	94319	99619	5069	—	—	862	45
10	22	23	2328	2477	2473	145	—	28477	28473	29374	967	—	—	385	70
11	33	35	43013	45197	48048	4975	—	481387	491127	490752	9365	—	—	4656	65
12	20	20	12865	13595	14796	1931	—	151066	157069	177473	26407	—	—	1583	95
13	18	17	8687	4017	4157	470	—	40749	44121	44982	4238	—	—	415	75
14	14	16	4810	5088	5553	743	—	51151	52146	57059	5908	—	—	872	90
15	30	31	7223	7917	8027	804	—	81639	86694	88161	6522	—	—	784	90
16	15	14	4330	4691	4905	575	—	49502	50954	56322	6820	—	—	479	45
Binnenschiffer	4	4	10904	11685	10058	—	846	116718	49754	109269	—	7449	—	1068	05
Zusammen	392	404	195249	205449	212374	17125	—	2240484	2205308	2369333	128849	—	—	22443	05

III. Durchschnittszahlen der eingegangenen Wochenbeiträge pro Mitglied.

Bezirk bezw. Gau	Die Zahl der Beiträge betrug pro Mitglied:						
	Jahresdurchschnitt			1911		1912	
	pro 1909	pro 1910	pro 1911	3. Quartal	4. Quartal	1. Quartal	2. Quartal
Groß-Berlin	41,8	42,8	43,1	11,0	11,3	11,3	11,2
1	43,5	41,9	41,1	10,8	10,5	10,1	10,6
2	39,6	42,2	44,8	11,2	11,6	11,2	11,5
3	47,7	45,0	46,1	11,6	12,0	11,2	11,1
4	46,4	41,6	43,8	11,2	11,4	11,0	10,9
5	44,9	46,5	46,7	11,2	12,7	11,1	12,6
6	40,7	45,0	46,9	11,8	12,0	11,8	11,8
7	48,2	48,0	48,1	12,1	12,2	11,7	11,9
8	43,6	45,6	44,0	11,3	11,3	10,7	10,8
9	44,7	48,3	48,8	12,0	12,4	11,6	11,8
10	42,8	46,5	48,3	12,1	12,2	11,5	11,9
11	44,0	42,0	43,8	10,4	11,2	10,9	10,2
12	45,6	45,0	45,7	11,4	11,7	11,5	12,0
13	43,9	45,5	44,0	10,9	11,1	11,0	10,8
14	39,8	43,5	42,7	10,5	10,8	10,5	10,3
15	39,0	43,5	45,0	11,2	11,3	11,0	11,0
16	41,0	43,7	42,9	10,3	11,4	10,9	11,5
Binnenschiffer	—	20,2	38,7	10,8	10,7	4,3	10,9
Durchschnitt pro Mitglied:	42,9	43,9	44,2	11,0	11,5	10,7	11,2

IV. Zusammenstellung der Gau-Einnahmen und -Ausgaben.

Bezirk bezw. Gau	Gesamtkosten		Gaubeitrag		Die darunterstehende Tabelle zeigt die Zahl der Beiträge pro 20 Mitglieder:		Die darunterstehende Tabelle zeigt die Zahl der Beiträge pro 20 Mitglieder:		Der Mittelstand der Gau-Einnahmen und -Ausgaben	
	2. Quartal 1911	1. Quartal 1912	2. Quartal 1911	1. Quartal 1912	2. Quartal 1911	1. Quartal 1912	2. Quartal 1911	1. Quartal 1912	2. Quartal 1911	1. Quartal 1912
	M	A	M	A	M	A	M	A	M	A
Gr.-Berlin	3893	78	3662	29	4628	90	4749	15	—	—
1	2947	26	2751	25	630	40	6,4	10	2416	86
2	6751	55	6795	39	696	65	786	95	6057	90
3	2871	91	2555	23	270	83	320	85	2601	11
4	22,6	26	3142	27	336	35	444	07	1870	01
5	52,20	3	4476	94	2063	16	2288	90	3158	15
6	25,9	90	2319	28	786	55	929	55	1793	35
7	2510	33	2322	78	855	40	401	40	2161	53
8	3177	92	4034	84	650	75	779	30	2527	17
9	2152	14	2269	31	741	15	862	45	1410	99
10	1049	47	3142	47	851	05	395	70	2694	05
11	4167	47	4190	97	4289	—	4656	65	—	—
12	2332	39	2573	91	1263	30	1583	95	1119	09
13	2956	94	2990	62	846	—	415	75	2610	94
14	3218	0	3258	83	525	90	872	90	2622	11
15	4714	42	5173	45	689	46	784	90	4024	96
16	2335	80	2313	81	405	50	479	45	1834	89
Binnensch.	8219	87	7955	32	9,8	5	1068	05	7,80	42
Bil.	65170	88	65709	01	19871	17	22443	05	45299	69

V. Gegenüberstellung der Mitglieder- und Beitragsziffern des 2. Quartals 1911 und 1912.

Bezirk bezw. Gau	Mitgliederzahl		Zunahme	Abnahme	Beitragsziffer		Zunahme	Abnahme
	1911	1912			1911	1912		
Groß-Berlin	45228	47807	2579	—	454295	54642	80347	—
1	4826	6966	2140	—	51282	73834	225,2	—
2	5637	6861	1224	—	62618	78470	16,52	—
3	2442	3143	561	—	27412	33081	6239	—
4	2975	45,8	1533	—	31,96	49312	18146	—
5	16197	19308	2811	—	1942,4	243937	49713	—
6	72,2	8617	1325	—	84,22	101693	17464	—
7	3373	4301	928	—	40187	5,29	11072	—
8	3335	46,3	1218	—	37329	49064	11736	—
9	6973	8423	1448	—	83035	996,9	16584	—
10	2087	24,3	386	—	24423	2,874	4951	—
11	41466	48,18	6552	—	418331	490752	72421	—
12	11630	14790	3176	—	129920	177473	47558	—
13	3128	4157	10,9	—	31132	44,82	10550	—
14	3875	5568	1678	—	41976	57,059	15088	—
15	5940	8027	2087	—	61723	88,161	234,8	—
16	3318	4905	1547	—	34053	56,322	21369	—
Binnenschiffer	823	10058	2035	—	88,22	109269	20447	—
Summen	178077	212874	34297	—	1908417	2369333	465916	—

einzelnen aus der Tabelle ersichtlich — hierhinter weit zurückbleiben.

Die ersten — soweit solche durch Berichtsbeginn beglaubigt wurden — haben 11 stattgefunden. Damit sind wir glücklich wieder auf den Stand des ersten Halbjahrs 1911 zurückgekommen. Die diesbezügliche bessere Berichterstattung, die wir im vorjährigen Bericht erwarteten, scheint also nicht von langer Dauer gewesen zu sein. Die Auffassung eines Revolutionsberichtes muß den betreffenden Funktionären doch einmal zu grobe Worte verursachen, sonst wäre ihr beträchtlicher Verlust gegen diese unsre Forderung einfach nicht zu verstehen.

Die geschäftliche Tätigkeit der Gauleitung hat sich gegen das zweite Halbjahr 1911 wieder ganz außerordentlich gesteigert, wie ein Blick auf die in Klammern beigelegten Ziffern ver deutlicht. Eingänge: 14 051 (12 605) Briefe und Karten, 6746 (5647) Drucksachen und Pakete, 253 (170) Depeschen. Ausgänge: 17 667 (11 770) Briefe und Karten, 28 261 (17 184) Drucksachen und Pakete, endlich 861 (677) Depeschen. Im ersten Halbjahr 1912 wurden ferner 3687 mündliche Auskünfte in Arbeiterversicherungs- und Rechtssachen erteilt, 1126 Schriftstücke für Verwaltungen und Mitglieder

lich in beiden Fällen weiter gesteigert, insgesamt ist ein solcher von 1552,54 M. erzielt worden (gegen 1050,65 M. in der letzten Berichtsperiode). Leider haben zur Zeit recht wenig Gau Ausicht, dem nachahmungswerten Beispiel der beiden angeführten in Wände folgen zu können: es sind dies die Gau 12, 5, 6 und 9, welche gegenwärtig die Hauptrasse nur noch mit 0,3, 0,5 sowie zweimal 0,7 p. pro Wochenbeitrag belasten lassen wir, vielleicht schon in der nächsten Berichtsperiode von einem kleinen Überfluss bezw. einem Ausgleich der Einnahmen und Ausgaben eines oder des andern dieser Gau berichten zu können. Auch in der Mehrzahl der übrigen Fälle könnte die Zulieferer der Hauptrasse pro Wochenbeitrag zum Teil nicht unbedingt erhöht werden, nur in den Gauen 4, 8 und 10 hat eine Erhöhung derselben stattgefunden. wäre dies nicht der Fall, so würde das Gesamtdurchschnittsverhältnis noch günstiger als mit 0,9 zum Ausdruck kommen.edenfalls können wir mit Erfriedigung konstatieren, daß nun schon dauernd eine Besserung dieses Verhältnisses in die Erscheinung tritt und — hoffentlich auch weiter erfolgt.

Lassen wir zum Schlus an der Hand von Tabelle 5 (Mitglieder- und Beitragsziffern der beiden zweiten Quartale 1911 und 1912) die Entwicklung unserer Organisation innerhalb Jahresfrist neu passieren, so bleibt das Gesamtergebnis zwar etwas hinter dem der vorigen Berichtsperiode zurück, zeigt aber durchweg ein starkes Vorwärtsmarschieren! Die Zahl der Mitglieder hat sich um 19,3 (27,6), die Beitragsleistung um 24,5 (30,9) p. erhöht. (Die einzellammierten Zahlen sind die Ergebnisse der vorigen Perioden) Zu einzelnen betrachtet, stehen die Gau 1, 4 und 16, sowohl bezüglich der Mitgliederzahl als auch der Beitragsleistung, am günstigsten da. Es haben an Mitgliedergewinn erzielt: Gau 4: 51,5 p. Et., 16: 47,8 p. Et. und 1: 44,3 p. Et., während sich hinsichtlich der Beitragsleistung die Reihe ergibt: Gau 16: 61,1 p. Et., 4: 58,2 p. Et. und 1: 44,0 p. Et. Ferner steigerten ihre Mitgliederzahl Gau 14 um 43,3 p. Et., 8: 36,5 p. Et., 15: 35,1 p. Et., 13: 32,9 p. Et. Zwischen 20 und 30 p. Et. Mitgliederplus weisen auf die Gau 7, 12, Gruppe Winnenschiffer, 3, 2 und 9 mit 27,5, 27,3 25,4, 22,6, 21,7 und 20,8 p. Et. Endlich erhöhten ihren Mitgliederbestand Gau 10 um 18,5, 6 um 18,2 5 um 17,0, 11 um 15,8 und Groß-Berlin um 5,7 p. Et. Hinsichtlich der Mehrleistung an Wochenbeiträgen haben zunächst die Gau 12, 15, 8 und 13 ein Plus von 36,6, 36,2, 35,9, 31,4 und 30,6 p. Et. erreicht. Zwischen 20 und 30 p. Et. rangieren Gau 7 (27,6), 2 (26,0), 5 (25,6), Gruppe Winnenschiffer (23,0), 3 (22,7), 6 (20,7), 10 (20,3) und 9 (20,0 p. Et.) Den Beschlus bilde Groß-Berlin mit 17,7 und Gau 11 mit 17,3 p. Et. Beitragszunahme. Es bleibt nun noch übrig, den Anteil der einzelnen Gau bezüglich Bezirke an dem Gesamtmitglieder- und Beitragsplus festzustellen. Den Vorengteile an der Gesamtmitgliederzunahme trägt der Gau 11 mit 19,1 p. Et. davon. In großem Maße folgen Gau 12 mit 9,3 5 mit 8,2 und der Bezirk Groß-Berlin mit 7,5 p. Et. Neben 5 p. Et. beträgt außerdem noch der Anteil der Gau 1 (6,2 p. Et.), 15 (6,1 p. Et.) und der Gruppe Winnenschiffer (5,9 p. Et.). Bezuglich der übrigen Gau erhebt sich folgende Rangordnung: Gau 14: 4,9 p. Et., 16: 4,6 p. Et., 4: 4,5 p. Et., 9: 4,2 p. Et., 6: 3,9 p. Et., 2: 3,6 p. Et., 8: 3,6 p. Et., 13: 3,0 p. Et., 7: 2,7 p. Et., 3: 1,6 p. Et. und 10: 1,1 p. Et. An der Gesamtteilnahme partizipiert zunächst der Bezirk Groß-Berlin mit 17,2 p. Et. Ihm direkt auf dem Fuße folgt Gau 11 mit 15,5 p. Et. Etwas größer ist der Abstand der Gau 5 und 12, die mit 10,7 bezw. 10,2 p. Et. an dritter und vierter Stelle stehen. Die restlichen Gau kommen mit 5 p. Et. und darunter in Frage. Es ergibt sich die Rangordnung: Gau 15: 5,0 p. Et., 1-4,8 p. Et., 16: 4,6 p. Et., Gruppe Winnenschiffer 4,4 p. Et., Gau 4: 3,9 p. Et., 6: 3,8 p. Et., 9: 3,6 p. Et., 2: 3,5 p. Et., 14: 3,2 p. Et., 8: 2,5 p. Et., 7: 2,4 p. Et., 13: 2,3 p. Et., 3: 1,3 p. Et. und 10: 1,1 p. Et.

Beim Rückblick auf die Entwicklung unserer Organisation im ersten Halbjahr 1912 kann zunächst noch einmal konstatiert werden, daß sie eine solide, ruhig vorwärtsreichende gewesen ist. Dann aber drängt sich, besonders wenn wir die autoritäre und geschäftliche Tätigkeit uns vor Augen halten, immer mehr die Überzeugung auf, daß die Aufgaben unseres Verbandes von und umfassender werden! Dies muß unbedingt und dreifach veranlassen, mit ganzer Kraft an dem weiteren Ausbau der Organisation zu arbeiten, und vor allem ihre zentrale Grundlage zu festigen! Was nicht einer Vereinigung die größte Mitgliederzahl, wenn sie in diefer Hinsicht ein Kolos mit "lönernen Füßen" ist, wenn im Ernstfalle ein genügend großer Kampf- und Unterstützungsforderschaft? Darum, Kollegen, kommt unentwegt eurer Hoffnung nach, vorsichtig und gewissenhaft auch die nun einmal notwendigen futuristischen Opfer zu bringen. Die Zeiten sind sehr ernst. Schon die allernächste Zukunft kann folgenschwere Kämpfe auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete erwarten. Da heißt es, auf alle Fälle und gegen alle Eventualitäten gerüstet zu sein. Der beste Schutz aber ist für uns Arbeiter eine leistungsfähige Organisation. Wer diese stärkt, schafft seine eigene Zukunft! Darum, agiert und organisiert, rüttelt die noch fernstehenden, indifferenten Kollegen aus ihrer unheilschten Lethargie auf. Sorgt dafür, daß unser Industrie-Verband zu einem festen, unzerstörbaren Wall wird!

Dokumente über den Kampf der Leipziger Buchhandlungsmarkthelfer.

Den Herren Scharfmachern graut bereits vor den Folgen des von ihnen so frivöl herausbeschworenen Kampfes. Nach außen hin währen sie den Schein als Sieger, im vertrauten Kreise und durch Geheimratssäle jammern sie, daß alle Hörer sich ihrer erweichen möchten. Die Herren haben sich schlimm in die Kesseln gesetzt. Auf die Uneinigkeit der Markthelfer bauend, haben sie in ihren Hoffnungen einen neuen Heimfall erlitten. Und das trotz aller Vorreihungen, trotz alter Hilfe der Polizei, der Wohrden, der Bürgerlichen Presse und ihrer Geschäftsfreunde. Wiederholen haben die Herren Buchhändler in der gefäuligen Bourgeoisepresse eine Wohrenwache an sich vorgenommen, ohne natürlich auch nur einen Schein weiter zu werden. Sie schämen sich jetzt schon selber ihrer Scharfmachereien und verneinen mit ganz verzweifelten Anstrengungen die Schuld an dem Kampfe von sich abzuwälzen. Diesem Versuch gegenüber sei festgestellt, daß eine örtliche Einigung über die Lohnerschöpfungen nicht zustande gekommen ist, weil die angebotenen Zusagen langen Vertragsdauer in keinem Verhältnis stand. Die Vertreter der Arbeiter wollten keine Verhandlung, sondern machen bei der letzten Verhandlung den Vorschlag, die noch strittigen Punkte dem Gewerbegericht zu überweisen, wobei die Erklärung abgegeben wurde, daß sie sich von vornherein einem

könnten die Scharfmacher im Leipziger Buchhandel wirklich stolz sein.

Wie es mit der Arbeit und den Sendungen bestellt ist, zeigte am besten der letzte "Buchhändler-Donnerstag". Während man sonst an diesem Tage die gewöhnlichen Zeit volle Hand- und Postwagen mit Paketen und Ballen beladen sieht, konnte man jetzt beobachten, daß trotz der vielen neuen "Arbeitskräfte" — Unternehmer, Prokuristen, Gehilfen und Arbeitswillige, alles mühle sich im Schweiße seines Angesichts ab — nur recht wenig Postwagen und nur einige kleine "Wäschchen" angehen konnten. Das die Unternehmer auch nicht in der Lage sind, die bestellten Sachen den Buchhandlungen zuzustellen, beweist nachstehendes Schriftstück:

"Es liegen verschiedene Bar- und Rechnungspakete Journal-Fortsetzungen für Ihre werte Firma bei mir. Haben Sie die Güte, dieselben bei mir abholen zu lassen, da ich augenblicklich nicht in der Lage bin, dieselben Ihnen in gewohnter Weise zuführen zu können."

Hochachtungsvoll

E. F. Steinacker."

Die Streikenden nahmen in einer überaus starkbesuchten Versammlung den Besitz über die Situation entgegen. Der Bevollmächtigte sahweile in eingehender Weise nochmals die Ursachen, den Verlauf sowie den jetzigen Stand des Kampfes. An der Hand von Tatsachen zeigte der Redner, daß nicht die Arbeiter, sondern die Unternehmer den Kampf gewollt und herausbeschworen haben.

Das Verhalten der Polizei bei diesem Kampfe wurde in scharfer Weise getrennt. Sogar die Beamten, deren Aufgabe es ist, Zuhörer und Dritten zu kontrollieren, werden jetzt zu Panzerdiensten für die Unternehmer herangezogen. Wie bei allen solchen Kämpfen, werde sich auch hier wieder zeigen, daß man Elemente beschützt, von denen vielleicht mancher Fleckbrettfleck verfolgt werde. Mit diesen Elementen sei weder die vorhandene Arbeit zu bewältigen noch die Kollegenschaft einzuschüchtern und weniig zu machen. Mit einem Hinweis an die Kollegen, die Einigkeit und Geschlossenheit in den kommenden Tagen ebenso hoch zu halten wie bisher, schloß der Redner seine mit grossem Beifall aufgenommene Aufführung.

In der Diskussion wurde darauf hingewiesen, daß die Unternehmer uns noch nie solch gute Dienste geleistet haben wie jetzt. Denn eine derartige Versammlung, wie diese, hat die Arbeiterschaft im Leipziger Buchhandel noch nicht gesehen; es sind durch das Verhalten der Unternehmer manchem Kollegen die Augen geöffnet, wo er hingehört.

Die Feststellung, daß die aussperrungskostigen Scharfmacher mit ihren zusammengehörigen Geschäftsräumen die Betriebe nicht aufrecht erhalten können, hat sie zu einer die Lachmuskeln reizenden Erklärung gebracht, die sie in den L. N. R. abladen. Sie lassen dort verkünden, daß den "neuen Markthelfern" die Barpakete sehr wohl anvertraut werden können. Daß dies nicht geschehe, hindere lediglich die Erwähnung, daß der Verlehr durch den "Terrorismus" der streikenden wohl sehr bald wieder unterbrochen würde.

Man weiß nicht, was man an dieser Erklärung mehr bewundern soll, die Dummheit oder die Frechheit, oder beides zusammen. Tag für Tag können wir an der Hand von Dokumenten nachweisen, wie sich die Treiber im Buchhandel — und ebenso die von ihnen Getriebenen — in der Tinte sieden, daß sie, die um einiger lämpigen Pfennige willen ihre eingerichteten Leute gerade jetzt zur gefäuligen Hochzeitstour auf die Straße segeln, an ihre Kunden Mundschreiben auf Mundschreiben richten, in denen sie um Nachsicht bitten, da mit den Streikbrechern der Betrieb nicht funktioniert. Auch in der Notiz der L. N. R. wird ja zugesehen, daß zum mindesten der Verkehr unterbrochen ist. Das bestätigt auch wieder ein Mundschreiben des Buchhändler-Hilfsverbandes, das Anfang dieser Woche bei einer Reihe dieser Firmen eintrat und wie folgt lautet:

Leipzig, 15. November 1912.

Der zurzeit in den meisten Firmen des Leipziger Buchhandels bestehende Streik zwinge uns, an Sie mit einer Bitte wegen der Sonnabend-Abrechnung heranzutreten.

Ihre werte Firma rechnet noch nicht Sonnabends auf der Börse ab. Wir ersuchen Sie, sich doch wenigstens für die Zeit des Streiks an dieser Sonnabend-Abrechnung zu beteiligen. Wenn auch die Leipziger Polizei in einerleiheitswertiger Weise das Menschenmöglichste leistet, um den Verkehr auf den Straßen sicherzustellen, so ist es doch nicht ratsam, Burschen oder Markthelfer mit grösseren Summen zum Auszahlen bezw. zum Entlass auszusenden. Außerdem dürfen den meisten Geschäftsräumen die Leute fehlen, denen man Gelder anvertrauen kann.

Daraus resultiert unser Erfahrung, sich der Sonnabend-Abrechnung anzuschließen. Eine Fortsetzung ist aber diese Woche bis zum Sonnabend nicht möglich, insolsdessen haben die sämtlichen Leipziger Kommissionenbuchhandlungen, die für die Abrechnung in Betracht kommen und im Buchhändler-Hilfsverband organisiert sind, beschlossen, während des Streiks diese Abrechnung am Montag vorzunehmen zu lassen.

Wir führen Ihnen die Beschlüsse am Schlusse dieses bei und bitten Sie höflich um eine Zustimmung. Sollten Sie geneigt sein, an dieser Abrechnung teilzunehmen, so möchten wir Sie, da es uns am Personal zum Herumziehen fehlt, bitten,

Der Schlachtengott.

Und wieder sitzt der liebe Gott
Voll Grimm auf seinem Thron
Und spricht mit bitterlichem Spott
Zum Heiland, seinem Sohn:
„Du hast es ihnen doch gesagt,
Dass wir nach Frieden trachten,
Und sie, sie heißen unverzagt
Mich noch den „Gott der Schlachten“.

So Pastor, Imam, Pfarr' wie Pop
Belegt mich mit Beschlag,
Und fordert Lorbeer, Land und Lob
Für sich am Schlachtentag.
Und meine Krieger ne'nen sich
Die Christen wie die Turken,
Und wer da siegt, der siegt für mich
Und durch mein göttlich' Wirken.

Dies Treiben, göttlos, falsch und frech,
Füllt längst mich mit Verdruss.
Aber ist es leider ja mein Pech,
Dass einer steigen muß,
Da sitz ich nun im Himmelszelt
Und muß den Sieg quittieren!
Schuf ich zum zweitenmal die Welt:
Das sollt mir nicht passieren!"

ventuellen Schiedsspruch ohne weiteres unterwerfen würden. Häufigen die Unternehmer das ehrliche Betreiben gehabt, die ganze Ungelegenheit in friedlicher Weise zu erledigen, so wäre in ein paar Tagen die Frage geregelt worden, ohne daß, wie sie angeben, ihr so wichtiges Welthandelsgeschäft darunter gelitten hätte. Auch mit dem Vorschlag der Unternehmer, die weiteren Verhandlungen erst im Januar zwischen Jahresfristfinden zu lassen, erklärten sich die Arbeiter unter der Bedingung einverstanden, daß die gemachten Zusagen sofort in Kraft treten und die Unternehmer in voraus erklärt, daß sie genau wie die Arbeiter einem eventuellen Schiedsspruch sich unterwerfen würden. Dadurch wäre der Friede gesichert gewesen, wofür die Leitung des Transportarbeiterverbandes die volle Verantwortung übernommen hätte. Es ist deshalb eine starke Verantwortung der Tatsachen, wenn von den Unternehmern gezeigt wird, die Leitung der Organisation hätte keine klare Stellung eingenommen.

Dass nunmehr die Unternehmer die Verhandlungen abbrechen und, wie sie schrieben, die "jüngsten Aufwiegler" in brutalster Weise auf das Gräbenplaster warten, bestätigt nur die schon lange verbreitete Angst, die verhaftete Organisation auszuschalten. Daß die Unternehmer den Kampf wollen, beweisen ihre Zirkulare sowie auch die Neuverträge bei den letzten Verhandlungen; sie allein tragen nun auch dafür die volle Verantwortung.

Es wird nun so hinzustellen versucht, als ob genügend Arbeitswillige vorhanden seien; dabei suchen die Unternehmer in allen Zeitungen durch grosse Anzeigen sowie an den Plakatsäulen unorganisierte Arbeitswillige. Täglich kommt es vor, daß solche "Arbeiter" durch die Polizei in sicherem Gewahrsam gebracht werden müssen. Auch wurde festgestellt, daß ein derartiges Element von einem Auto herunter die Straße verunreinigte. Weiter wird mitgeteilt, daß in einem Betriebe schon zweimal durch die Arbeitswilligen Feuer ausgebrochen ist. In einem Betriebe haben sich die Herren Staatsreicher in schöner Harmonie schon anständig vor prügeln. Auf diese Elitetruppe

Ihr Guthaben am Montag früh an den betr. Kassen in Empfang zu nehmen bezw. unser Guthaben an uns auszuzahlen.

Der Vorstand des Buchhändler-Hilfsverbands.

Beschlüsse der Mitgliederversammlung am 14. 11. 1912.

1. Am Sonnabend werden die Barpakete für Rechnung der neuen Woche ausgefahren.
2. Die Hemmenden von den Barpaketen sind von sämtlichen Firmen, die Barpakete im Laufe der Woche erhalten und noch nicht bezahlt haben, mit einem Weis versetzen von Freitag nach Mittag 3 Uhr an zur Abholung bereitzuhalten.
3. Das Konformstellen mit den an der Abrechnung beteiligten Firmen erfolgt am Montag vormittag, die Abrechnung selbst am Montag mittag.
4. Die bisher am Abrechnungsverfahren nicht beteiligten Kommissionäre und Verleger sollen aufgesondert werden, sich während des Streits am Abrechnungsverfahren zu beteiligen; im Falle der Ablehnung stehen Ihnen die Verträge am Montag vormittag zur Abholung zur Verfügung.

In diesem Kundschreiben wird also wiederum bestätigt, dass den schnapsdusenden Gesäulen, die jetzt den Buchhandlungsmärthelfer nennen, kein Barpaket und damit kein Geld anvertraut werden darf. Wie wir gezeigt haben, ist diese Sorge der Triker im Buchhandel um ihre Groschen nicht unberechtigt. Denn wieviel "Privatbuchhändler", außer dem einen erwähnten, noch "krieg" sind, verraten die Herren natürlich nicht, obwohl sie es sonst sehr eilig hätten, den geringsten Fehltritt eines bei ihnen Beschäftigten anzugeben. Aber allen Feststellungen zum Trotz lassen die Drabtzicher im Leipziger Buchhandel verlunden, es ginge in ihren Betrieben alles fadelloß, und es würde noch besser gehen wenn — die Polizei noch besser fungionierte.

Dass das genaue Gegenteil die Wahrheit ist, geht aus folgendem Schreiben eines Buchhändlers hervor:

Geehrter Herr Kollegel

Teile Ihnen hierdurch mit, dass bei mir ein Barpaket im Beirage von 150 Mt. liegt. Da in meinem Betriebe gestreift wird und ich die angenommenen Leute leider nicht mit solch hohen Verträgen heraus schicken kann, bitte ich Sie, das Paket abholen zu lassen. Es wird bald zu Ende sein, da ich meine alten Leute wieder einstellen will.

Das klingt denn doch etwas anders, als die Drabtzicher unter den Buchhändlern der Dessenlichkeit vorzumachen versuchen. Was da in den Betrieben als arbeitswilliges Nachkommenpublikum den Buchhandlungsmärthelfer nimmt, ist so vertrauenswürdig, dass Ihnen keine Firma auch nur ein paar Mark über die Straße hinüber anvertraut. Solche Elemente können die eingerichteten Märthelfer natürlich in keiner Weise ersehen, und so ist es verständlich, wenn sich diese Firma — und sicher noch so viele andre — nach ihren alten eingerichteten Arbeitern sehnt und gewillt ist, sie wieder einzustellen.

Man begreift nun, warum die Herren so oft verbünden, dass der Streik der Märthelfer beendet, das hätten die Herren so gerne, die im Konsistorium und die im Salon, schauen in das Nachs in ihre Bette und die Sterne, dann trümen sie alle davon. Die tendenziös gefärbten Darlegungen in der bürgerlichen Presse sind nichts weiter als grobe Täuschungsmanöver, mit dem Zweck, das Publikum und vor allen Dingen die Ausständigen und Ausgesperrten irre zu führen. Wie es in Wirklichkeit in den Betrieben der aussperrungstolerierigen Firmen aussieht, mögen die nachstehenden Kundschreiben zeigen. Das erste ist von der Firma K. F. Köhler an einen Abrechner gerichtet und lautet:

Leipzig, 13. November 1912.

Geehrter Herr Kollegel

Wie Ihnen bekannt ist, ist nicht nur in meiner, sondern in den meisten Leipziger Kommissionärfirmen der Streit ausgebrochen. Aus diesem Grunde ist es mir zu meinem großen Bedauern leider nicht mehr möglich, Ihnen die für Sie bestimmten Güter, Barpakete wie Kommissionsgeschäft, wie bisher regelmäßig zuzustellen, da ich die Kräfte, die mir verblieben sind, sowie die neuen Hilfsträfe, nicht auf die Straße schicken kann. (! !)

Ich ersuche Sie deshalb, mich in diesem aufgedrungenen (?) Kampfe zu unterstützen, indem Sie die für Sie bestimmten Sachen täglich von 10 Uhr ab bei mir abholen lassen. — Wenn der Streit vorüber ist, was, wie ich hoffe, in Nähe geschehen wird, werde ich selbstverständlich in altgewohnter Weise Ihnen wieder zustellen. Um ein unruhiges Gedanken Ihrer Leute zu verhindern, wäre es ratsam, vorher telephonisch bei mir anzufragen, ob Stoff für Sie vorhanden ist. In diesem Falle bitte ich, sich von der Zentrale mit den "Unkommenden Gütern" verbinden zu lassen.

In der Erwartung, dass Sie meinem Ersuchen entsprechen, begrüße ich Sie

Hochachtungsvoll

K. F. Köhler.

K. F. Köhler ist eine der Scharfmacherfirmen, die im Buchhändlerhilfsverband das Kommando führt, für dessen Preisergebnisse also mit die Verantwortung trägt. Während nun in den willigen Leipziger Neuesten Nachrichten die Bewegung als beendet hinge stellt wird, muss die Firma K. F. Köhler an ihre Kunden Kundschreiben versenden, in denen sie das gerade Gegen teil befindet. Ja, noch mehr. Die Firma K. F. Köhler muss in den Kundschreiben weiter bekennen, dass ihre famosen Hilfsträfe der

artig beschaffen sind, dass sie diese nicht einmal auf die Straße lassen darf. Müssen das Gestalten sein! Da scheint das zuzutreffen, was uns mitgeteilt wird, dass auch bei diesen großen Firmen Irrassen irgend einer Arbeitsanstalt als Streikbrecher fungieren. Nur die Firma Boltmar wird uns weitgehend bestimmt versichern, dass dort 10 bis 12 Mann in gleichmäßiger "Uniform", nämlich in grauer Jacke, grauem Halstuch, weißer Kinde mit Nummer und schwarzer Kappe auf dem Kopf "arbeiten". Wo diese numerierte Profitschutzgruppe angegebelt worden ist, kommt noch nicht festgestellt werden. Für den so viel ans Standeswürde haltenden Teil der Buchhandlungsgehilfen muss es jedenfalls ein erhebendes Gefühl sein, mit diesen Hilfstruppen des Kapitals zusammen den Profit der Scharfmacher zu retten.

Die gleichen Töne der Noi klingen auch aus dem nächsten Kundschreiben, das die Firma F. G. Fischer an ihre Kunden erlässt und wie folgt lautet:

P. P.

Durch das Kundschreiben des Buchhändlerhilfsverbandes, das ich in Ihrem Besitz habe, sind Sie jedenfalls davon unterrichtet worden, dass im Leipziger Buchhandel unter den Märthelfern und Burschen

Streik

ausgebrochen ist.

Alle Sendungen (Bahn, Post und Kreuzbänder) werden zujüge dieses Unstandes, wie das Zirkular besagt, mit einem Tage Verspätung erledigt. Es ist deshalb unmöglich, zu reklamieren, da keine Firma imstande ist, gegen allgemein festgelegte Bestimmungen des Buchhändlerhilfsverbandes zu handeln. Sie haben auch von ihrer Konkurrenz am Platze nichts zu befürchten, denn jede andre vorliegende Firma wird ebenfalls erst einen vollen Tag später wie gewöhnlich in den Besitz ihrer Sendungen gelangen.

Ob die Verzögerungen noch grösseren Umsangs werden, lässt sich zunächst noch nicht sagen. Jedermann wird durch Inanspruchnahme von Hilfsräten, soweit dieselben auszuüben sind, alles von hier aus getan, um Verspätungen nach Möglichkeit zu vermeiden. In allen Fällen ist aber damit zu rechnen, dass zunächst sämtliche Sendungen einen Tag später am Bestimmungsorte eingehen werden.

Schriftliche Meliorationen sowie telefonische oder telegraphische Anrufe würden Ihnen nur unnötige Kosten verursachen und können an den Tatsachen nichts ändern.

Gegenwärtig ist auch noch nicht annähernd zu erkennen, wie lange der aufgenommene Streik dauern wird; ich erhoffe aber baldigste Beilegung derselben und ersuche Sie um Nachsicht in dieser schweren Zeit.

Hochachtungsvoll

F. G. Fischer.

Auch hier also die Bestätigung, dass von einem Ende des Kampfes noch lange keine Rede sein kann, dass vielmehr die Lage für den Buchhandel recht trüb ist.

Und warum das alles? Wie wir gestern darlegen haben, sind die Profite im Buchhandel ganz ansehnlich. Die Buchhandlungsfirmen sind also durchaus in der Lage, die geringen Forderungen der Märthelfer zu bewilligen, bei denen es sich vielfach nur um Pausenlager dreht. Sie behaupten nun, den Märthelfern sowohl entgegengekommen zu sein, als dies nur irgend möglich gewesen wäre. Wie dieses so oft betonte Entgegenkommen in Wirklichkeit aussieht, mag folgende Tabelle zeigen:

Alter	jetzt	In Zukunft mehr	Wochenlohn
14 bis 16 Jahre	8.—Mt.	8.—Mt.	—,50 Mt.
15 " 15½ "	9.—	9,50 "	—,50 "
15½ " 16 "	10.—	10,50 "	—,50 "
16 " 16½ "	11,55 "	12,—	—,45 "
16½ " 17 "	12,60 "	13,—	—,40 "
17 " 17½ "	13,65 "	14,—	—,35 "
17½ " 18 "	14,70 "	15,—	—,30 "
18 " 18½ "	15,75 "	18,—	—,25 "
18½ " 19 "	16,80 "	18,—	—,20 "
19 " 19½ "	18,90 "	19,—	—,10 "
19½ " 20 "	18,90 "	20,—	—,10 "
20 " 20½ "	19,95 "	21,—	—,05 "
20½ " 21 "	21,—	22,—	—,05 "
21 " 21½ "	22,05 "	23,—	—,95 "
21½ " 22 "	23,10 "	24,—	—,90 "
22 " 23 "	24,15 "	25,50 "	—,85 "
23 " 24 "	25,20 "	26,50 "	—,80 "
24 " 25 "	26,25 "	27,50 "	—,75 "

Arbeiter über 25 Jahre alt, die mehr als 26,25 Mt., aber nicht über 30 Mt. pro Woche verdienten, erhalten eine Bulage von 1,50 Mt., oder aber nur 1 Mt. mehr, wenn Arbeiter bis 32 Mt. Wochenlohn einbezogen werden sollten.

Die Bulagen der Unternehmer betragen also teilweise ganze — 10 Pfennige! — Und das bei einer von den Unternehmern vorgeschlagenen Tarifdauer von 6 Jahren. In den Leipziger Brauereien erhalten junge Leute von über 18 Jahren einen Lohn von 26 Mt. und darüber. Und der Leipziger Buchhandel, der solche Niedergewinne abwirkt, soll nicht in der Lage sein, denen einige Pfennige mehr Lohn zu bewilligen, auf deren Schultern die glatte Abwicklung des ganzen Betriebes beruht. Es ist nicht das finanzielle Unvermögen der Millionenfirmen, das die Situation schuf, es ist nur der böse Wille, der den Arbeitsmännern keinen höheren Anteil an dem von ihnen erzeugten Profit gönnt.

Dass die Leipziger Polizei sich auch in diesem wirtschaftlichen Streite wieder auf die Seite des

Kapitals schlägt, ist selbstverständlich. Fühlt sie sich doch als Institution des Klassenstaates nicht als Bedürftige der Allgemeinheit, sondern als Schützer des Ausbeuterproletats. Und so zieht sie denn allmäglich in Scharen nach dem Osten von Leipzig, in das Buchhändlerland, und belästigt dort in geschwider Weise die Streikposten, die völlig den Gesetzen entsprechend ihre Pflicht erfüllen. Sie ordnet ohne die geringste Bereicherung an, dass die Streikposten in einer bestimmten Entfernung von den Toren der Großstädte stehen bleiben, in denen sich die Buchhandlungsfirmen befinden. Sie konstituiert in völlig geschwider Weise Drucksachen, das heißt nicht etwa die Brücke der Scharfmacher, sondern sogar auf den Autos der Firmen P. A. und führt mit den Streikbrechern die Waren in der Stadt herum an die Kunden! — Fürwahr, eine wir noch staatserhaltende Tätigkeit, für die auch die Ausgesperrten ihre Steuererlöse ausbringen müssen. Das unter solchen völlig gewidrigen Polizeizetteln die Ausübung des Koalitionsrechtes illegal gemacht wird, braucht nicht erst noch betont zu werden. Wenn aber die Polizei glaubt, mit ihrem profiterischen Tun und Treiben die Ausständigen und Ausgesperrten zu provozieren, so irrt sie sich.

Die Ausständigen und Ausgesperrten lassen sich nicht provozieren! Recht und Gesetz sind auf ihrer Seite, Unrecht und Gewaltwiligkeit auf der der Unternehmer und ihrer Profitschutztruppe.

Die Polizei gruppiert sich selbst als Feinde menschlicher Brüder — die hellen Sachen machen's den Bürgern nach — nur um jeden Beruf rächen zu können, der der Majestät der Arbeitswilligen nicht Rechnung trägt. Und obwohl auf jedem Wagen eine solche Polizei Gruppe sitzt, schwimmen die Unternehmerblätter doch das Blatt vom Himmel über die Belästigung der heiligen Streikbrecher. In der schamlosen Weise schwimmen die kapitalistischen Dörnen am Peterssteinweg und in der Johannisgasse ihrem Geschäftsum vor, die Ausgesperrten und Ausständigen hätten sich Ausschreitungen gegen Arbeitswillige zuschulden kommen lassen. So die „P. A. N.“:

Die Begleiterscheinungen fast aller grösseren Streits, die Ausschreitungen Ausständiger gegen Arbeitswillige, zeigen sich auch beim gegenwärtigen (übrigens bereits so gut wie beendeten) Ausstande der Leipziger Buchhandlungsmärthelfer, Lagerarbeiter und Burschen. Da bereits alle Stellen der Ausständigen mit Arbeitswilligen wieder besetzt werden konnten und anserdem noch eine grosse Zahl Arbeitssuchender sich im Arbeitsnachweis der Leipziger Buchhändler gemeldet hat, so dass ein Mangel an Arbeitskräften nicht im geringsten vorhanden ist (wenn auch später vielleicht eine Auslese unter dem eingestellten Personal vorgenommen werden wird hier und da wird vor genommen werden müssen), macht sich allmäglich unter den Ausständigen, die vielfach durch den Ausstand gute Stellen verloren haben, wie sich denken lässt, eine Bereitschaft bemerkbar, die zuweilen jedoch an der falschen Stelle, nämlich den Arbeitswilligen gegenüber, zum Durchbruch kommt. In nicht wenigen Fällen haben Ausständige sich, namentlich beim an und für sich zulässigen (!) Streikposten stehen, den Arbeitswilligen gegenüber soweit verlassen, dass die Aufsichtsorgane einschreiten müssen und die Gerichte sich noch mit den Vorwürfen beschäftigen müssen. Zu ihrer Arbeitslosigkeit werden dann auch bei denjenigen, die ihrem Vorgesetzten allzu weiten Spielraum gelassen haben, gerichtliche Strafen kommen.

In ähnlicher Weise sucht auch das "Tageblatt" die öffentliche Meinung gegen die kämpfenden Märthelfer aufzupeitschen.

Ein wenig freundliches Los winkt auch bei diesem Streik wieder der aus den Kaschinen aufgelebten oder sonstwie zusammengetrommelten Profitschutztruppe der Buchhändlercharfmacher. Wie die Dirne am Peterssteinweg grinsend verlunden, werde nach beendetem Kampf eine „Auslese unter dem eingestellten Personal“ vorgenommen werden. Mit anderen Worten: was sich jetzt als Streikbrecher anwerben ließ, liegt ohne Sang und Klang einfach auf die Straße, wenn die aussperrungskostigen Unternehmer schliesslich einsehen, dass ohne eingerichtete Leute ihre Betriebe nicht funktionieren. Das ist das übliche Los derer, die ihren kämpfenden Klassengenossen verräterisch in den Rücken fallen.

Die Ausgesperrten stehen fest und freuen sich, endlich einmal ihre Knochen eine Zeitlang schonen zu können. Sie denken gar nicht daran, den Streik abzubrechen. Die Suppe, die sich die Herren Buchhändler gekocht haben, mögen sie nun auch auslöschen, wenn sie noch heiß ist. Je mehr sie sich jetzt die Finger und den Schnabel verbrennen, desto eher lehrt die Vernunft wieder bei ihnen ein.

Die Unternehmer haben aus einem Schönkampf einen Kampf um die Macht gemacht, die Konsequenzen haben sie selbst zu tragen. Der Transportarbeiterverband will und kann seine Mitglieder über Wasser halten, bis die Scharfmachergruppe geholt und ihre Träger gründlich mürbe sind.

Und wenn es auch diesmal trotz aller Absichten der Kämpfer nicht ganz gelingen sollte, den Scharfmacherfeind auszutreiben, was schadet es? Wir greifen immer wieder und so lange an, bis die Vernunft auch bei den Leipziger Buchhändlern über die bloße Theorie vom Herrn im eigenen Hause gesiegt hat. Je länger das dauert, desto empfindlicher für die Herren werden die Folgen des Kampfes sein. Wir bleiben bei unserem Grundsatz: Auf einen Schlemmen immer anderthalb.

Wirtschaftliche Rundschau.

Benn's vielen auch in dürftiger Hütte
Vor Hunger vor den Augen stirbt...
Ein Trost: Man unterschreibt ja
Schritte,
Damit das Fleisch bald billiger wird!

Ferdinand mit der langen Nase schickt sich an, die
Küken ins Marmaremeer zu jagen, der Zusammenschluss
der osmanischen Herrschaft in Europa scheint
bevorzusieben. Aber schon ehe im Balkanrieg die
ersten Schüsse gewechselt wurden, stürzten an den
Börsen von Berlin, London, Paris, Wien und Peters-
burg die Kurse. Nachstehend ein Bild der Kurs-
veränderungen:

30. Sep-	1. Okt	12. Okt	
tember	tober	tober	+ oder -
Akkumulatoren, Berlin-Hagen	551,25	532,-	508,-
Völkerwerke Frankfurt a. M.	619,80	593,25	560,75
Allg. Elektrizitätsgesellschaft	269,80	265,-	243,50
Kunst- & Friede	195,90	139,50	175,75
Brühner Gußstahlwerk	240,-	233,50	222,75
Daimler-Motorengeellschaft	336,-	325,-	284,-
Deutsche-Lugemb. Bergwerks- gesellschaft	185,70	177,30	167,25
Düsseldorfer Eisenbahnbcdarf	263,25	258,-	249,75
Ecclesior-Fahrradwerke	315,-	296,-	270,-
Färberei- u. brauerei. Maschinen- fabrik	315,-	304,-	296,-
Gelsenkirchener Bergwerk	210,50	197,50	186,75
Hösch, Stahlwerke	339,75	362,-	312,-
Max Jüdel, Braunschweig	358,-	350,50	320,-
Nicchur u. Co., Leipzig	413,-	399,-	383,25
Kronprinz, Metallwerke	377,50	369,-	330,50
Leipziger Werkzeugmaschinen	388,-	382,50	370,-
Lindner, Photoapparaten	300,-	290,-	275,75
Maschinenfab. Stoppel, Chemnitz	505,-	493,50	412,-
Phoenix	283,-	276,50	261,50
Schubert u. Salzer, Chemnitz	369,75	326,-	307,-
Schuckert	163,-	156,25	142,25
Siemens u. Halske	240,50	235,25	217,50
Zeeltenborg, Schiffswerft	153,30	149,75	137,-
Bogisländische Maschinenfabrik	730,25	707,-	615,-

Während Galwey in seiner „Wirtschaftskorre-
spondenz“ ausgangs September schreibt: „Die
Gesamtindustrie ist unverändert gut“, so hat sich dies
zum Teil bereits geändert. Nicht nur, daß durch die
Börsenverluste von Kaufleuten, Industrie usw. manches
Unternehmen durch die Entziehung von Gewinnzinsen
geschwächt wird, auch die Tätigkeit nicht weniger Be-
triebe wurde durch die Börsenmargen behindert.
Verschiedene Gesellschaften haben Kapitalerhöhungen
beschlossen, die Einführung der Aktien zum Börsen-
handel unterblieb indes, weil in den ungünstigen
Zeiten auf eine Unterbringung überhaupt nicht oder
nur zu sehr schlechten Bedingungen gerechnet werden
konnte. Vor allem aber bestehen die schwachen politi-
schen Entwicklungen, die auch den Anstoß zu den
Börsenzusammenbrüchen gegeben haben, nach wie vor,
und unabsehbar ist, welche weiteren Konflikte aus dem
Balkanrieg sich entwickeln. Allen Verständigungsflüs-
sungen zum Trost ist die ganze Welt von dem Ge-
danken beherrscht, daß die sichtbare Gefahr eines
Weltkrieges näher gerückt ist, als je zuvor. Das läßt
natürlich die Unternehmungslust. Ganz schon sind durch
den Balkanrieg Abschneidungen herbeigeführt
worden, wenngleich der Export der deutschen Industrie
nach dem Balkan im Verhältnis zu der Gesamtausfuhr
von keinem bedeutenden Umfang ist. Doch es leidet
auch der Verkauf nach anderen Ländern, die stärkere
Balkaninteressen haben als wir, und außerdem tritt
die allgemeine politische Unruhigkeit dazu bei, so-
wohl mit Häufen als mit Verläufen für längere Krisen
Bürokratisierung zu üben.

Wie sich die Verhältnisse auch weiter entwickeln,
muß abgewartet werden. Abschließende Urteile lassen
sich — wie angedeutet — darüber noch nicht fassen.
In der zu Bericht stehenden Wirtschaftsspiegel
für den September kann, worauf bereits ein-
gangs hingewiesen wurde, die Gesamttendenzen
der Konjunktur als eine gute, ja auf-
steigende bezeichnet werden.

Der deutsche Außenhandel im Sep-
tember bietet ein fast restlos befriedigendes Bild.
Sowohl die Einführer wie wesentlich gestiegen ist, kommen
durchweg Rohstoffe in Frage, deren stärkere Zufuhr ein
sehr günstiges Licht auf die Fortdauer der aufsteigen-
den Konjunktur in den nächsten Monaten wirkt. So
ist der Import von Erzeugnissen der Forstwirtschaft,
d. i. in erster Linie von Bau- und Ruhholz, gewachsen;
ferner wurden Erze im September in weit stärkerem
Umfange als im Vorjahr eingeführt. Andererseits
nahm der Export von fossilen Brennstoffen einen ganz
ungewöhnlichen Umfang an; im September 1911 wurden
29,64 Millionen Doppelzentner, im September 1912
aber 35,75 Millionen Doppelzentner dieser Produkte
aus dem deutschen Polargebiet ausgeführt. Bei der
chemischen Fabrikation und der Eisenindustrie hat sich
die Ausfuhrsteigerung in umgekehrtwichtigem Grade fort-
gesetzt. Es verdient besondere Erwähnung, daß auch
die Maschinenindustrie, deren ausländisches Geschäft im
Sommer bedenklich still lag, seit Beginn der Herbst-
saison kräftige Fortschritte auf dem Weltmarkt gemacht
hat. Daß der Import von landwirtschaftlichen Pro-
dukten entschieden nachzulassen beginnt, ist die unmittel-
bare Folge davon, daß das bessere Ergebnis der hei-
mischen Ernte einen größeren Teil des Bedarfs als im
Vorjahr zu decken vermag. Die Gesamtmenge der im
September 1912 importierten Waren ist gegen den
vorschärfenden Korrespondenzmonat um 1,09 Millionen
Doppelzentner gestiegen. Dem Wert nach erhöhte sich die
reine Warenausfuhr von 786,34 auf 789,65 Millionen M.

Die Ausfuhr von Waren aller Art erhöhte sich
im September 1912 gegen 1911 von 50,55 Millionen
Doppelzentner auf 58,05 Millionen Doppelzentner.
Während die Einfuhr nur um 1,8 p.C. wuchs, dehnte

sich der Export, der Menge nach, um 14,8 p.C. aus.
Der Wert der Warenausfuhr stieg gleichzeitig von
718,79 Millionen M. auf 766,10 Millionen M.

Die Ausfuhr der wichtigsten Warengruppen ge-
staltete sich im September, verglichen mit dem Vorjahr,

in Doppelzentner folgendermaßen:

September	1911	1912	+ oder -
Land- u. Forst- wirtschaft	4 622 762	3 808 369	- 814 393
Mineral- u. fos- sile Rohstoffe	35 172 084	42 145 577	+ 6 973 493
Chemische Er- zeugnisse	3 618 271	4 000 234	+ 381 963
Umedl. Metalle u. Metallwaren	4 587 822	5 282 701	+ 694 879
Maschinen, elec- trische u. mechanische	523 304	731 440	+ 208 136
Spinnstoffe u. Waren dar.	350 772	344 873	- 5 899

Wer will den Krieg?

Wer braucht den Massenmord, wer will ihn
haben?

Man erzählt, daß Solon, nachdem er die Ver-
fassung eingesezt, bestimmt habe, man solle, um eine
Veränderung vorzuschlagen, nur mit dem Strick um
den Hals zur Agora kommen, damit der Betreffende
gleich gehängt werden könne, wenn die gewünschte
Änderung nicht die Genehmigung des Volkes erhalten
würde.

Man durchwandere die Städte, Dörfer und Weiler,
Seebächen, Fabriken, Wirtschaften und die Hütten der
Armut, dann der raschen Beförderungsmittel kann man
Bordeaux und Saragossa, Madrid, Marseille, Rom,
Genf, Hamburg, Berlin und Wien in wenigen Wochen
besuchen. Man frage dann die Bauern, Tagelöhner,
Weinbauern, Forstwerke, Schmiede, Böttcher, Weber,
Wirte, welches auch immer ihre Sprache und
das Gewerbe, von dem sie sich ernähren, sein möge,
und man wird sehen, daß ihre Antwort bezüglich
Krieg oder Frieden immer und überall die gleiche
sein wird. Alle, alle, ohne Ausnahme, drücken nach
Frieden. Mögen sie geboren sein in der Bretagne
oder in Köln, in Flandern oder in Bayern, in der
Schweiz, Piemont, Schottland oder Dänemark — sie
alle verabscheuen den Krieg. So unwissend sie auch
sein mögen, daß eine wissen sie: daß der Krieg
ein Nebel ist. Wenn dieses geborene Staatenunter
das Recht der Entscheidung besäße, gäbe es keine
Kriegsmässaker mehr. Sie, die Ungläubigen, haben
es begriffen, daß der Krieg Leiden, Krankheit, Mu-
kend und Tod bedeutet.

Die einzigen Parteigänger internationaler
Schlächterei, das sind ein paar waghalsige Offi-
zielle, die den Krieg zu ihrer Karriere benötigen;
denn er bringt Besförderung, Orden, Pension. Es
sind ferner hinverbrannte Leute, mutig vielleicht,
aber gewiß Bramarasse, denen es nicht schwer fällt,
zu töten oder sich töten zu lassen, weil sie ohnehin
unsfähig sind, etwas Besseres zu leisten. Dazu kommt
noch die Schar der politischen Turtigenspinner, Advo-
taten ohne Clientel, gewissenslose Federhüpfer, De-
klassierte ohne Ehrgesicht. Und diesem Schwarm noch
die kinderlosen Greise zugezählt, die selbstsuchtigen
alten Trüggeleien, die Allohollister, die Armeeliefe-
ranten, die großen Profite davon haben, Gewehre,
Marschäischen, Panzerschiffe und Ketten für das Militär
zu fabrizieren! Geschäftsagenten und Börsenmänner,
die auf das allgemeine Unglück spekulieren — das
sind die Parteigänger des Krieges!

Aber die Anhänger des Krieges machen einen
solchen Spektakel, daß man sie für die Menschheit
hält; infolgedessen ergeben sich die Völker zaghaft
und blöde, in schweizernder Duldung. Wir aber
wollen unsre armen, törichten und mit Blindheit ge-
schlagenen Brüder zwingen, laut zu sagen, was sie
wollen. Dieser traurige Unsin — ein Volk, das
Krieg führen muß und Frieden will — kann nicht
länger dauern!

Auch die deutsche Seefischerei hat ein
günstiges Jahr. Monat für Monat ging ihre Aus-
beute über die des Vorjahres weit hinaus, und nun
haben auch die herbstlichen Fischzüge ein reiches Er-
gebnis gebracht. Im Monat September 1912 haben
die deutschen Fischer, die auf den Seeftschfang aus-
zogen, im Nordseegebiet 10 045 048 Kilogramm See-
fische Schaltiere usw. aufgebracht; gegen den entsprechenden Monat des Vorjahres bedeutet das ein Plus von
3 024 604 Kilogramm. Der Wert der Ausbeute in
der Nordsee stieg gleichzeitig von 3,68 Millionen M.
auf 4,19 Millionen M. Über auch die Ostseefischer
waren mit ihrem Fangergebnis zufrieden; sie haben
im September d. J. 4 673 027 Kilogramm Fische,
Schaltiere usw. aufgeholt oder 930 000 Kilogr. mehr
als im Vorjahr. Der Erlös der Ostseefischerei im

September berechnet sich auf 1,09 Millionen M. gegen
1,03 Millionen M. im korrespondierenden Monat von
1911. Durchaus befriedigend erwies sich die Entwicklung
der deutschen Seefischerei bei einem Überblick
über die ersten drei Vierteljahre 1912. Von Januar
bis September 1912 haben die heimischen Seefischer
insgesamt nicht weniger als 95,34 Millionen Kilogr.
Fische und andere Seeiere an Land gebracht. In der
nächsten Zeit des verlorenen Jahres hatte die Aus-
beute nur 31,98 Millionen Kilogramm erreicht. Die
stärkste Einnahme verzeichnet das Nordseegebiet, aus
dem in den ersten neun Monaten des Vorjahres 59,96
Millionen Kilogramm, heuer 70,55 Millionen Kilogr.
gesangen wurden. In der Ostsee ergab sich eine Zu-
nahme von 22,02 Millionen Kilogramm auf 24,79
Millionen Kilogramm. Die Einnahmen der deutschen
Seefischerei aus dem Haagergebnis der ersten drei
Quartale d. J. summiert sich auf 26,55 Millionen
Mark; das bedeutet gegen 1911 eine Mehrerlöse von
3,19 Millionen M.

Zum ersten Male seit dem Monat März 1912 ist
der Andrang am deutschen Arbeitsmarkt unter
das Niveau des Vorjahres herabgegangen. Das
mit ist der Beweis erbracht, daß die Steigerung des
gewerblichen Beschäftigungsgrades stark genug war, um
was im letzten Jahre beobachtete gewachsene Angebot
von Arbeitskräften zu absorbieren. Im September 1912
lagen nämlich bei den an den „Arbeitsmarkt“ berich-
tenden Arbeitsnachweisen auf je 100 offene Stellen
durchschnittlich 106,4 Bewerber. Demnach ist der An-
drang seit August d. J. um 6,3 zurückgegangen. —
Gegen den vorjährigen Vergleichsmonat ergibt sich eine
Senkung um 1,3. Es ist zu bemerken, daß die An-
drangsiffer im August 1912 um 5,2, im Juli um
5,8 und im Juni sogar um 9,2 über dem Niveau
des Vorjahres stand. Die fortschreitende Besetzung
am Arbeitsmarkt ist um so erstaunlicher, als trotz alter
Hochkonjunktur das Verhältnis von Angebot und Nach-
frage bisher noch nicht durchweg befriedigend war.
Bei einem Vergleich mit den entsprechenden Jahren
früherer Hochkonjunkturperioden zeigt sich sogar recht
deutlich, daß die Belastung des Arbeitsmarktes gegen-
wärtig noch eine relativ hohe ist. So lagen im
September 1905 auf je 100 offene Stellen nur 93,1
Arbeitssuchende und im Vergleichsmonat des folgenden
Jahres ging die Andrangsiffer sogar auf 87,9 zurück.
Das bedeutet gegen das laufende Jahr eine Erleichterung
von 18,5. Die von August auf September 1912
einfacheste Messung kommt lediglich dem Arbeits-
markt für Männer zugute. Hier ging der Andrang von
128,6 auf 116,0 zurück. Am Arbeitsmarkt für
Weibliche lagen im Vergleichsmonat auf je 100 offene
Stellen durchschnittlich 89,1 Arbeitssuchende gegen 84,8
im Vorjahr. Im Vergleich zum Vorjahr ergibt sich
eine Steigerung um 0,73. Naturgemäß ist die Lage
des Arbeitsmarktes gegenwärtig in den Landesteilen
am aktivsten, in denen die Hochkonjunktur am deut-
lichsten zum Ausdruck kommt. So blieb das Angebot
in Westfalen und Hessen-Nassau hinter der Nachfrage
zurück. Die Andrangsiffer stellte sich hier auf 97,94
gegen 107,00 im Vorjahr. Der Ausbruch des Balkan-
krieges ist nicht ohne Einwirkung auf den deutschen
Arbeitsmarkt geblieben. Die Beschäftigung der deutschen
Großindustrie hat bisher noch keine Abschwächung er-
fahren. Andererseits ist aber dem deutschen Arbeits-
markt durch die Mobilisierung der Balkanstaaten der
Zug einer ausländischen Arbeitskräfte etwas unter-
bunden. Österreich-Ungarn kann jedoch nicht mehr
so viele Arbeiter wie bisher an Deutschland abgeben,
da durch die Rückwanderung vieler Serben und Bul-
garen am Arbeitsmarkt der Donaumonarchie eine er-
hebliche Abnahme des Angebots eingetreten ist.

Für den Fortschritt der Konjunktur bieten auch

die Ausweise über die Verkehrseinnahmen in

den Monaten Juni bis September gestalteten sich die

Einnahmen der österreichischen Bahnen aus dem Güter-
verkehr pro Kilometer in M. verglichen mit 1911

folgendermaßen:

Einnahmen pro Kilometer

Zunahme gegen das Vorjahr

in M. in p.C.

Juni : . . . 2690 2918 228 8,48

Juli : . . . 2846 3091 245 8,61

August : . . . 3095 3268 173 5,59

September : . . . 3199 3285 86 2,69

Verglichen mit den entsprechenden Monaten des

Jahres 1906 weisen die Güterverkehrseinnahmen des

deutschen Eisenbahnen vom Sommer ab folgende Ent-
wicklung auf:

Einnahmen pro Kilometer

Zunahme

Um die Rechte Seite der Medaille! Diese besteht in einer Zusammenfassung aller gemöblierten Teile eines Hauses. Nach den amtlichen Berichten der "Stat. Korr." über die häufigsten Preise für Fleisch im Kleinhandel sind in der zweiten Hälfte des September d. J. die Preise sämtlicher Fleischsorten gegen die erste Hälfte des selben Monats wieder zum Teil recht erheblich gestiegen.

Es sind in der zweiten Hälfte des September im Vergleich zur ersten Hälfte Rindfleisch um 1,9 Pf. für das Kilo, Kalbfleisch um 1,4 Pf., Hammelfleisch um 0,2 Pf. und Schweinefleisch um 0,9 Pf. teurer geworden. Die Preisgestaltung der wichtigsten Fleischsorten im September d. J. und in den vorhergehenden drei Jahren zeigt folgende Übersicht, in der die Durchschnittspreise für das Kilogramm im September der einzelnen Jahre mitgeteilt sind:

	Rindfleisch	Kalbfleisch	Hammelfleisch	Schweinefleisch
1912	194,4	205,1	198,7	185,8
1911	169,4	186,6	181,9	148,7
1910	168,7	188,2	174,7	163,6
1909	165,6	174,9	170,0	167,2

Die Entwicklung der Fleischpreise im dritten Quartal 1912 wird dahin zusammengefaßt: Während des dritten Quartals 1912 sind die Kleinhandelspreise aller Fleischarten weiter gestiegen und zwar hat nunmehr auch der Durchschnittspreis des Schweinefleisches mit 186 Pf. den höchsten Stand erreicht, den die amtliche Statistik bisher zu verzeichnen hatte.

Die außerordentliche Steigerung im Berichtsvierteljahr wird am besten durch die Preisunterschiede zwischen der zweiten Hälfte des Juni und der des Septembers veranschaulicht; diese Erhöhung betrug im Gesamtdurchschnitt beim Rindfleisch rund 15%, beim Kalbfleisch 8%, beim Hammelfleisch 8%, beim Schweinefleisch 23% und beim Kalbfleisch 11 Pf. das Kilogramm.

Gegen den entsprechenden Monat des Vorjahres ist der Septemberpreis für Rindfleisch um 25, für Kalbfleisch um 18%, für Hammelfleisch um rund 17, für Schweinefleisch um 37 und für Kalbfleisch um rund 9 Pf. gestiegen.

Und noch ist kein Ende abzusehen! Nach einer uns vorliegenden Zusammensetzung für die erste Hälfte Oktober stellen sich die Preise für Schweinefleisch auf 186,7 Pf. für das Kilogramm gegen 186,3 Pf. in der zweiten Hälfte des September. Teurer geworden ist in dieser Zeit außer dem Schweinefleisch noch das Kalbfleisch um 0,6 Pf., der Speck um 8,5 Pf., der Schinken um 0,4 Pf., und das Kalbfleisch um 0,1 Pf. für das Kilogramm. Billiger ist nur das Rindfleisch um 1,8 Pf. und das Hammelfleisch um 2,2 Pf. geworden.

Das Teurewerden des Kalbfleisches ist offenbar auf den gestiegenen Konsum desselben zurückzuführen. Die arme Bevölkerung muß also notgedrungen ihre Scheu vor dem "Hotchhü" überwinden. Um so aufreizender wirkt die Tatsache, daß die Lebensmittelpreise in Deutschland um 17% gestiegen sind als beispielweise in England!

Aber die Blut der Empörung muß jedem ins Gesicht treiben, wenn er erfährt, daß in Argentinien ein kilofrisches Fleisch nur 10 Pf. kostet und Argentinien zwieflos etwa ½ Millionen Tonnen Gefrierefleisch im Jahre an Deutschland liefert können, wenn — ja, wenn die längliche Unzulänglichkeit im Verein mit den "notleidenden Agrarier" es nicht anders beschlossen hätten! Tatsache ist, daß die großen Massen argentinischen Gefrierefleisches, die fährlich nach England eingeführt werden, dort noch leinerlei Schaden angerichtet haben. Die bei uns vorgebrachten "hygienischen Bedenken" sind also völlig gegenstandslos!

Der Balkankrieg allein hätte auch nicht eine so gewaltige Steigerung der Getreide- und Mehlpreise bringen können. Es betragen in Berlin für Dezemberlieferungen die Preise für:

	Weizen	Roggen	Hafser
24. September	210%	173½	175½
25. "	208½	171½	174½
26. "	208	170½	173½
27. "	208½	171½	174½
1. Oktober	210%	173	175½
2. "	211½	174½	177½
10. "	213½	178½	182
11. "	213½	181½	182½
12. "	216½	187½	186½

Schuld hieran ist die planmäßig betriebene Ausfuhr deutscher Getreides, die zur Entblösung des heimischen Marktes führt. Möglich ist die Getreideausfuhr nur durch das wahnsinnig und niederrangige Ausführungsprämiensystem, durch die Tatsache, daß für jede Tonne Roggen, die dem Ausland zugeführt wird, aus der Reichstasse eine Prämie von 50 Pf. und für die Tonne Weizen eine Prämie von 55 Pf. gezahlt wird.

In den 8 Monaten von Januar bis August d. J. sind aus der Reichskasse bereits 75 Millionen M. Ausfuhrprämien an die Gunter gezaubt worden, gegen 58 Millionen M. der gleichen Zeit des Vorjahrs! Das ist der "Patriotismus" der Großgrundbesitzer, die den Bollwucher sonst mit der Behauptung verteidigen, die hohen Bollmauer wären notwendig, um die Brotversorgung des deutschen Volkes für den Fall eines Krieges zu sichern! Sie machen jetzt die Probe auf das Exempel und erblößen sogar angesichts der schlimmen politischen Verwicklungen Deutschlands von einheimischem Getreide. Dieses Treiben ist ein Verbrechen an der Nation. Bisher hat die Regierung an dem Getreideausführungsprämiensystem festgehalten, um den privaten Interessen dor-

großgrundbesitzer und einziger Großhändler freies Juud zu dienen. Das deutsche Volk wird mit erhöhter Energie sein Verlangen nach Be seitigung der Auszehrungsprämien befunden müssen, wenn die Regierung so verbündet ist, einer nationalen Katastrophe nicht vorzubürgen.

Die Teuerung wirkt auch bereits sehr nachteilig auf die Industrie, denn um den Mehraufwand für den Lebensunterhalt bestreiten zu können, müssen Einschränkungen bei der Kleidung gemacht werden. So schreibt eine Aachener Textilfirma:

"Die einfachen, die guten und besseren bürgerlichen und die meisten Beamtenfamilien müssen sich schon seit Jahr und Tag die denkbare größte Einschränkung anstrengen, um den Ansprüchen des täglichen Lebens einigermaßen gerecht zu werden. Da Mieten, Währungsmittel und sonstiger Unterhalt andauernd kostspieliger werden, greift die praktische Hausfrau zu dem Hilfsmittel, billigere Kleidungsstücke zu kaufen. Die Preisslagen verschieben sich zusehends mehr und mehr nach unten. Eine neue nicht leichte große Aufgabe ist dadurch für solide Geschäfte entstanden: daß wir gute, moderne, haltbare Waren in Stoffen und Konstruktion für wenig Geld liefern sollen. Man verlangt natürlich obendrein, daß diese billigen Artikel genau so viel vorstellen und ebenso lange halten sollen wie die früher zu zweimal und dreimal so hohen Preisen gekauften Gegenstände. Es wäre eine unendliche Wohltat für alle Bevölkerungsklassen (ausgenommen der oberen Bevölkerung, die nicht zu rechnen brauchen), wenn etwas geschehen könnte, das dem glänzenden Glend zahlloser braver Leute wirtschaftliche Hilfe schaffte."

Ja, ja, die oberen Bevölkerung, die nicht zu rechnen brauchen (ist doch der Teuerung!). Als Illustration hierzu schreibt die "Konjunktur" unter "Augustenmünze" u. a.:

"Betrachtet man z. B. die Bissern über den Import von Augustenmünzen, so nimmt es nicht Wunder, daß die immer dringenderen Plagen über die Teuerung der Lebensmittel in bestimmten Schichten einfach nicht verstanden werden können. Um mit den Vorgerichten zu beginnen, so wurden in den Monaten Januar bis Juli 1912 ins deutsche Kolonialgebiet nicht weniger als 5040 Doppelzentner Älsterne importiert. Trotz der Teuerung hat die Einfuhr im Vergleich zur Paralleelperiode des vergangenen Jahres um 454 Doppelzentner zugenommen. Für die Importmenge des laufenden Jahres wurde über eine halbe Million M. aus Ausland gezahlt. 4025 Doppelzentner Älsterne kamen aus Holland; einen besonderen Schlemmergenuss stellten 512 Doppelzentner fremde, in Ostende gemästete Älsterne dar. . . . Den Rekord schlägt freilich die Einfuhr von französischem Schaumwein. Es sind in den Monaten Januar bis Juli d. J. 584 500 ganze Flaschen französischen Sekts nach Deutschland gekommen, wofür 3½ Millionen M. an die französischen Lieferanten gezahlt wurden."

Es ist schwer, keine Satire zu schreiben! Auf der andern Seite die vermüstende Wirkung der gegenwärtigen Lebensmittelteuerung auf die Volksgesundheit heißt! Im "Altenaer Kreisblatt" veröffentlicht der dortige Kreisarzt Dr. A. Thomalla einen Artikel über die Ernährung der Schul Kinder. Dr. Thomalla teilt mit, daß die im Monat September 1911 und 1912 vorgenommenen Untersuchungen aller Schulkinder der Altenaer Volksschulen ein trauriges Bild ergeben haben. Während nämlich im September d. J. die Zahl der strophulösen Schulkinder zwischen 20 bis 40 Pf. schwankte, waren in diesem Jahre 50 bis 85 Pf. strophulöse Schulkinder vorhanden. Neben die Gründe dieser traurigen Erscheinung sagt Dr. Thomalla:

"Hauptsächlich ist jedoch die mangelhafte und unzureichende Ernährung, hierfür verantwortlich zu machen und somit indirekt die jetzige Teuerung aller Lebensmittel, besonders des Fleisches. Soweit man es von der größten Anzahl der Schulkinder erfahren kann, ist Steibluchen, Kartoffeln und Kaffee ihre Hauptnahrung. Erstaunlich geradezu ist es, zu erfahren, wie wenig Fleisch gegessen wird. In den meisten Familien kommt nur Sonntags Fleisch auf den Tisch, in wenigen noch hier und da an Wochontagen, und nur vereinzelt wurde angegeben, daß täglich Fleisch gegessen wird usw."

Es schwächt keineswegs die Wirkung ab, wenn man sich nachträglich im preußischen Dreiklassenparlament von "hochgefeierter Seite" bemüht, das Ganze mit einigen verkleinernden Redensarten abzutun! Die schwerhörige preußische Regierung hat dann doch endlich befunden, daß des Volkes Hungerschrei ihr Ohr erreicht und eine Reihe Maßnahmen zur Linderung der Fleischnot "versagt"! Wenn irgend wann, so sind hier die Worte darauf anwendbar: "Was aber gleichwohl nicht verhindert hat, daß die Agrarier, mit Munit-Dertel an der Spitze, rein aus dem Häuschen geraten sind."

Es würde zu weit führen, hier im einzelnen auf die Regierungsmassnahmen näher einzugehen. Wir begnügen uns damit, eine verächtliche Kritik derselben durch den fortschrittlichen Reichstagabgeordneten Geube, der als anerkannter Fachmann in den Fragen des Fleisch- und Viehhimports gilt, folgen zu lassen:

"Woher sollen denn nach der vorjährigen russischen Misernie nun plötzlich die dem deutschen Gaumen zusagenden Fleischmengen aus Russland kommen? Man wußte ganz genau in Berlin, was man tat. Von dieser, noch mit allerhand Einschränkungen versehenen Einfuhrerlaubnis ist keine Ermäßigung der Fleischpreise in Deutschland zu erwarten. Die Einfuhrerlaubnis für frisches Rindfleisch aus dem entfernt liegenden drei Ländern Rumänien, Serbien und Bulgarien wirkt auf den Kenner der Verhältnisse lächerlich. Das großfeslige Fleisch von dort passt nicht für Deutschland,

und da auch keine Abänderung des Fleischbeschaffungsgesetzes in Aussicht genommen ist, kann man der Reichsregierung den Vorwurf nicht ersparen, daß sie hier Maßnahmen getroffen hat, von deren Erfolglosigkeit sie selbst schon vorher überzeugt gewesen sein müsste. Eine kleine Linderung könnte vielleicht eintreten in einigen Städten des deutschen Ostens durch die Gestaltung der Einfuhr lebender russischer Schweine in beschränkter Anzahl nach dort. Aber daß der in ganz Deutschland herrschende Fleischmangel durch dieses geringfügige Entgegenkommen abgeholzen werden könnte, ist vollständig ausgeschlossen. Die Erlaubnis zur Einfuhr lebender hölländischer Schlachtrinder auf dem Landwege, ohne Quarantäne, wird auch nur wie ein Tropfen auf einen heißen Stein wirken usw."

"Alles in allem genommen", — so schließt Abg. Leute — "werden die jetzt veröffentlichten Maßregeln zur Linderung der Fleischnot und Ernährung der Fleischpreise nicht das geringste beitragen. Es sind Verordnungen, die ein Schlag ins Wasser sind und wohl auch von vornherein nichts anderes sein sollen usw."

Die Vorgänge in den Berliner Markthallen scheinen ihm recht zu geben! Sie werden nicht zum mindesten dazu beitragen, daß helle Empörung innere Kreise des Volkes ergreift.

Obendrein kommen die "Fronnen", um die Armen in ihrer Not auch zu verhöhnen! Oder ist es nicht blutiger Hohn, was das katholische Facharbeiterorgan "Der Arbeiter" in seiner Nr. vom 6. Oktober bringt?

Das Blatt meint, daß gar viel gesagt würde über traurige Zeitverhältnisse, und warne Menschenfreunde erdacht allerhand Mittel, um der Not zu steuern; aber ohne Erfolg. Da müsse man doch endlich von selbst auf den Gedanken kommen, zu einem alten "Klostermittel" seine Zuflucht zu nehmen. Man nehme:

1. Gottesfurcht und Religion — möglichst viel.
2. Fleiß und Sparsamkeit, nicht wenig.
3. Frieden unter den Christen, recht dauerhaft.
4. Gute Kinderzucht, bei Hohen und Niederen.
5. Gute Gesetze gegen Trunk- und Spielsucht.
6. Herzliche Mächtensliebe."

Der "Arbeiter" sagt dem hinzu:

"Diese Mittel, recht gut angewendet, werden überall wunderbare Wirkungen hervorbringen. Es ist viel besser, Hand ans Werk zu legen, als viel zu klagen und zu jammern, denn,

"Jammern kann ein jeder Wicht, Abzuhören ist die Pflicht."

Und abhören kann jeder, wenn er bei sich, in seiner Familie, kurz in seinem Kreise, in den Gott ihm gesetzt hat, diese Mittel fleißig anwendet; als dann werden wieder bessere Zeiten kommen."

Unwillkürlich kommen uns bis Worts Herren Heines in den Sinn:

"Ich kenne die Weise, ich kenne den Text,
Ich kenne die Herren Verfasser!
Ich weiß, sie trinken heimlich Wein

Und predigen öffentlich Wasser!"

Das Blatt ist offenbar nicht nur gottesfürchtig, sondern auch religiös! Oder soll man etwa annehmen, daß die katholische Geistlichkeit und mit ihr die Redaktion des "Arbeiter" in dieser teuren Zeit auch nur von Wasser und — Religion lebt?

Eine Glanzleistung in der Fertigkeit, Drecksäbel voll Hohn über die Köpfe der darbenden Bevölkerung auszugießen, bekommt aber die "Bundeszeitung" fertig. Sie schreibt in einem Artikel:

"... Das aber kann man heutzutage wohl als anerkannte Lehre der maßgebenden Vertreter der medizinischen Wissenschaft ansehen, daß wir jetzt in Deutschland zu viel Fleisch essen."

Pferdeladaver und Hundekuchen als menschliche Nahrung und — dann kommen die Neumalwesen der "Bundes-Zeitung" mit ihrer horrenden "Entdeckung"! Eisbeutelherl

Für den leidenden Menschen ist die vernichtende Wirkung des Mangels an Fleisch fast kein Geheimnis. Die Arbeiterschaft hat allen Grund, der "bewährten Wirtschaftspolitik" der Junker — die den Agrarier hohe Profite und dem Volke hohe Lebensmittelpreise bringt, — sich offen zu kampfen anzufürdigen!

Recht zutreffend sagt der "Proletarier":

"Die allseitige, straffe Organisation der Arbeiterschaft ist also jetzt besonders notwendig. Sie ist auch jetzt leichter als sonst zu fördern. Es muß doch auch dem denkträchtigen Arbeiter einleuchten, daß die gegenwärtigen Zustände unerträglich sind und daß sie nur geändert werden können, wenn die Arbeiterschaft mit aller Energie auf Aenderung drängt. Also an die Arbeit für die Organisation! Nicht trop, sondern gerade wegen der Teuerung muß diese Arbeit Erfolg haben."

Aus Mecklenburg-Schwerin.

Nicht wenige Leute gibt es, die, wenn sie von Mecklenburg sprechen, sich einer Geringschätzung schuldig machen. Würde man es nur in bezug auf die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse tun, dann wäre ein Widerpruch überflüssig. Will man aber die Arbeiterschaft allgemein damit treffen, dann bedarf es einer Richtigstellung, die im nachstehenden gegeben werden soll.

Gutes hört man selten über Mecklenburg. Schon das Staatswappen, der Büffelkopf mit der weit herabhängenden Zunge, ist die Zielscheibe vieler Witzbolden. Die Nechlosigkeit des Arbeiters, der ungeheure Einfluß der Mutter, die auf dem Lande arg vernachlässigte Schule, das Fehlen von Industrie und

die zum Teil damit verbundene Abwanderung nach Preußen und Hamburg, ist die Ursache der Verengung. Mecklenburg ist ein schönes Land, fruchtbar, reich an Seen und Wäldern und wäre fruchtbarkeit und Natur Schönheit ausschlaggebend auch für die Verhältnisse der Arbeiter, dann müßte es diesen sehr gut gehen. Dem ist aber nicht so. Die wenig vorhandene Industrie und die ausziehende Landwirtschaft bedingen, daß die Arbeiter allgemein ungünstig gestellt sind. Soweit die gewerkschaftlichen Organisationen sich Einfluß verschafft haben, liegt die Sache für die Angehörigen solcher wesentlich günstiger. Unsere Berufskollegen gehören mehr zu den schlechtesten gestellten Arbeitern. In den kleineren Städten hängt das Transportgewerbe mit der Landwirtschaft eng zusammen. Bislang müssen wir mit gemischten Betrieben rechnen, die neben Lohnfuhrwerk auch Landwirtschaft betreiben. Solche Betriebe weisen für uns keine rosigen Verhältnisse auf. In den Handelsgeschäften sind aber auch keine besseren Verhältnisse. Meist haben die Handelshilfsarbeiter Kost und Logis beim Arbeitgeber und befinden sich in großer Abhängigkeit. Die Arbeiter bezicht man vom flachen Lande und betrachtet sie als Gesinde, wenn sie es auch nicht sind. Gerade unserer Berufskollegen in Transport- und Handelsgeschäften will man die ländlichen Verhältnisse aufzwingen. In der Landwirtschaft ist es noch heute üblich, daß im Winter ein niedrigerer Lohn bezahlt wird als im Sommer. Teils begründet man es mit der verkürzten Arbeitzeit, die durch das Aufzwecken der Tage verursacht wird, teils mit Arbeitsmangel. Dieser zweierlei Lohn ist aber auch auf unser Gewerbe übertragen und zwar auch in ungezählten Betrieben, die mit der Landwirtschaft abolut nichts zu tun haben. So in Wohnen- und Eisenhandlungen, Speditionsgeschäften und Speicherbetrieben. Einige Fälle wollen wir herausgreifen, um unsere Angaben zu beweisen. In Schwerin, der zweitgrößten Stadt Mecklenburgs, der Sitz der Landesregierung, wurden bis vor kurzem unsere Kollegen deutlicher im Winter um 3 M. pro Woche schlechter bezahlt, als im Sommer.

Bei den Kohlenarbeitern war der Unterschied 2 bis 3 M. pro Woche, trotzdem in beiden Branchen im Winter oft mehr Arbeit verlangt wird, als im Sommer. In der Speicheret war der Unterschied 1,20 M. pro Woche, ohne daß eine Arbeitszeitverkürzung eintrat. Wäre nun der Sommerlohn sehr hoch gewesen, dann hätte man sich mit der Tatsache absindnen können, wenn sie auch nicht als zeitgemäß zu bezeichnen wäre. Das Unerhöre ist aber, daß der Sommerlohn äußerst niedrig ist und nicht zum Allernotwendigsten langt. Der Sommerlohn schwankte zwischen 18 und 21 M. pro Woche für vollwertige, erwachsene Transportarbeiter. Der Winterlohn belief sich auf 15 bis 19 M. Eine notwendige Folge ist, daß die Frauen unserer Berufskollegen durchweg mit erwerbstätig sein müssen. Soweit wir Führung mit den Transportarbeitern haben, ist der geschilderte Zustand in allen Städten vorhanden.

Diese schlechten Verhältnisse haben dazu beigetragen, daß unser Verband nur schwer Eingang gefunden hat. Die Transportarbeiter fürchten, selbst die schlechten Arbeitsplätze zu verlieren. Nach dem flachen Lande, unter die Rücksichtnahme der Mütter wollen sie nicht zurück. Es würde nur die Abwanderung übrig bleiben. Mecklenburg-Schwerin hatte am 1. Dezember 1910 639 958 Einwohner. Davon in 42 Städten einschließlich städtischem Gebiet 313 365, auf dem flachen Lande 326 593. Nachstehende Zahlen sollen über die Größe und Bedeutung der Städte Auskunft geben.

Moskau	65 383	Einwohner
Schwerin	42 519	"
Wismar	24 378	"
Güstrow	17 805	"
Parchim	10 498	"

Es folgen:

1 Stadt mit über 9000 bis unter 10 000 Einwohnern	9000	unter 10 000 Einwohnern
2 Städte	7000	" 8 000 "
1 Stadt	6000	" 7 000 "
3 Städte	5000	" 6 000 "
7 "	4000	" 5 000 "
7 "	3000	" 4 000 "
12 "	2000	" 3 000 "
4	1000	" 2 000 "

Die Zahlen beweisen uns, daß unsere Berufskollegen nicht viel Auswahl an Arbeitsplätzen haben können. Unsere Aufgabe war und ist auch heute noch, unseren Berufskollegen Mat und Nebenzugung beizubringen. Mit Freuden können wir konstatieren, daß es vorwärts geht. Die Transportarbeiter Mecklenburgs sind besser, als ihr Ruf außerhalb des Landes. Über unser Vorwärtskommen sollten nachstehende Zahlen berichten. Wir hatten Mitglieder

in am 1. Okt. 1910 am 1. Okt. 1912

Rostock	335	700
Wismar	466	565
Warnemünde	44	54
Schwerin	—	230
Güstrow	61	100
Malchin	36	48
Teterow	33	58
Grabow	28	35

Zusammen 1003 1797

Wir hätten gerne noch eine bessere Entwicklung gesehen. Feststellend ist, daß die Entwicklung unseres Verbandes in Mecklenburg mit der Beamtentwicklung Schritt gehalten hat. In Bezug auf Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sind unsere Mecklenburger auch nicht müßig gewesen. Wir können über Lohnbewegungen in diesem Jahre berichten, da über frühere Vorommisse schon geschrieben ist. In Wismar haben wir für das Groß unserer Berufskollegen im Vorjahr Tarife abgeschlossen, die bis zum Herbst 1913 laufen. Über Wismar können wir deshalb nichts berichten. In Betracht kommen Rostock, Schwerin und Güstrow.

In diesen Städten haben wir für die gesamten Berufskollegen einen Normal-Lohntarif ausgelegt und diesen allen Unternehmen zugeändert.

Neben Arbeitszeitverkürzung und Erhöhung des Lohnes war die wichtigste Forderung, Sommer- und Winterlohn ist gleich hoch. Der Normal-Lohntarif sollte unseren Kollegen eine Rücksicht geben und die Agitation fördern. Beides ist erzielt worden.

Die Entwicklung unserer Verwaltungsstelle Rostock ist befriedigend. Viel Arbeit mussten unsere Funktionäre leisten, um das vorliegende Resultat zu erzielen.

In den bereits bestehenden Tarifen haben wir solche zugekommen mit der Firma Otto Ludwig jun. Der Erfolg war ein guter. Ferner hatten die Russen eine allgemeine Lohnbewegung mit kleinen Erfolg und die Händler der Firma G. Beck. Einmal teilweise Erfolg hatte noch die Lohnbewegung der Möbeltransportarbeiter.

Anders gestalteten sich die Verhältnisse in Schwerin. Hier war sehr viel nachzuholen. Schwerin ist unsere jüngste Verwaltungsstelle in Mecklenburg. Die Entwicklung dieser ist sehr zufriedenstellend, besonders wenn man bedenkt, daß Schwerin Beamtensitz und Militärstadt ist. Industrie fehlt gänzlich.

Zunächst waren es die Kohlenfischer und Arbeiter, die in einer Lohnbewegung traten. Die Unter-

nehmer, die sich in bezug auf die Verkaufspreise außerordentlich einig sind, wollten von einem einzelnen Lohn für die Arbeiter nichts wissen. Besonders graute ihnen vor einer Verhandlung mit den Verbandsvertretern. Viel Mühe kostete es, einen Tarif zustande zu bringen. Das Prinzip, gleichen Lohn im Sommer und Winter, brachte die Herren ganz an der Fassung und erst der angelegte Streit, brachte eine Einigung. Der Erfolg war, daß die Arbeitszeit begrenzt wurde. Die Überstunden werden bezahlt. Die Lohn erhöhung machte in 11 Betrieben mit 40 Beschäftigten rund 120 M. pro Woche aus. Ab 1. August 1913 tritt eine weitere Lohn erhöhung ein.

Eine Lohnbewegung bei Aug. Brandt (Abfuhr Institut) brachte für den Einzelnen durchschnittlich 1,50 M. Lohn erhöhung.

Weiter kam es zu einer Lohnbewegung bei der Speditionsfirma Mahnke. Bisher wurde den Arbeitern für die in die Woche fallenden Feiertage der Tagelohn gekürzt. Die Russen, die an solchen Feiertagen die Pierdepflege hatten, erhielten großzügig nach Abzug des Tagelohnes 50 Pf. Entschädigung. Mit diesem Verhältnis wurde ausgeräumt. Der Lohn ist im Sommer und im Winter gleich hoch. Eine Zulage wurde gewährt und macht 2 M. pro Woche für jeden Beteiligten aus. Feiertage, die in die Woche fallen, werden mitbezahlt.

In einer Lohnbewegung mit teilweisem Streik kam es im Schwerfahrergewerbe. Die erfolgreiche Lohnbewegung brachte für alle Betriebe eine Regelung der Arbeitszeit, Bezahlung von Überarbeit, Ertrag der Speisen bei Gestoren und eine wöchentliche Zulage von 3 M. Es wurde ein Tarif verabschiedet.

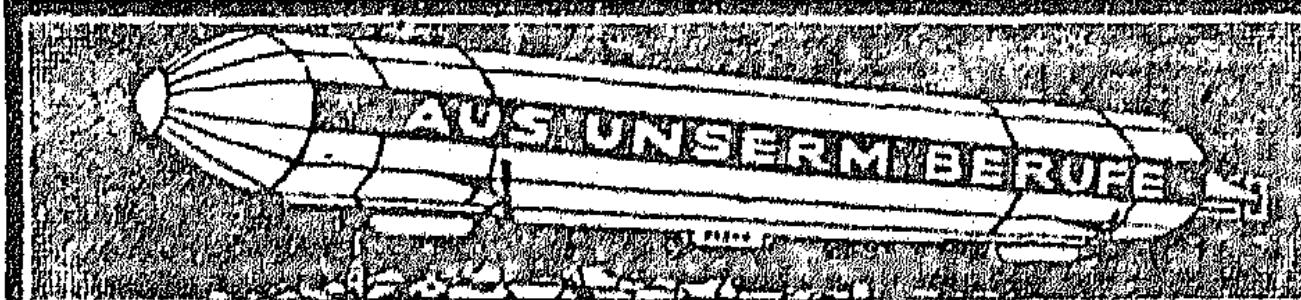
Zu einem siebenjährigen Streik kam es bei der Betriebsfirma Z. Löwenthal u. Co. Alle Mittel ließ die Firma anwenden, um zu gewinnen. Den einzelnen Streikenden wurden große Versprechungen gemacht. Arbeitswillige wurden scharenweise herangeschleppt. Ein Fuhrunternehmer mußte der Firma beipringen. Alles nützte nichts. Die Arbeitswilligen wurden abgeschoben. Dem Fuhrunternehmer ließen seine eigenen Leute davon. Die Streikenden hielten fest zusammen. Der Erfolg war auf unserer Seite.

Der Tagelohn, der 3,20 M. ausmachte, wurde rückwärts auf den 1. Oktober 1912 auf 3,60 M. festgelegt. Ab 1. Januar 1913 beträgt der Tagelohn 3,75 M., Winter und Sommer.

Zu einem neuen Lohntarif kam es noch bezüglich der Möbeltransportarbeiter, welcher als neuer Basis eine bessere Bezahlung der Sonntagsarbeit brachte.

In Güstrow kam eine eigentliche Lohnbewegung nicht zu Stande. Infolge der Einreichung des Normal-Lohntarifs erhielten in 5 Handelsbetrieben die Russen und Lagerarbeiter eine Zulage, die für 25 Personen 38 M. pro Woche ausmacht. Ein wenig mehr Freizeit unserer Kollegen in den Hauptgeschäften hätte unbedingt für eine weit höhere Zahl von Transportarbeitern Erfolg gebracht.

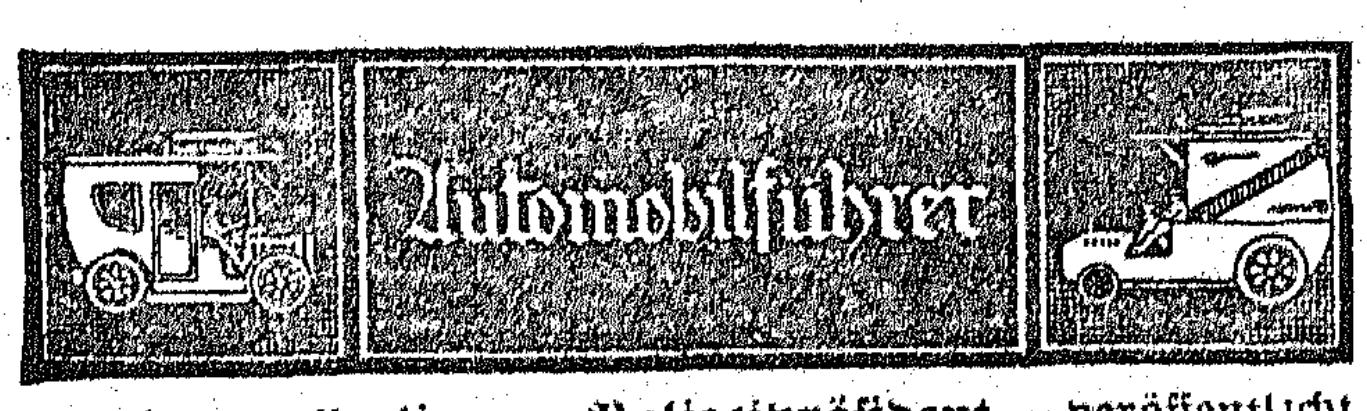
Nehmen wir das Beispiel, dann können wir erklären, es geht vorwärts in Mecklenburg. Besser vorwärts, als manche Kollegen außerhalb Mecklenburg es ahnt. Die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse drücken zwar schwer auf die Arbeitsschicht Mecklenburgs. Dienen rufen wir zu: Je größer der Druck ist, je mehr müssen wir uns vereinen. Wir erfahren in der Agitation und Übernahme von Verbandsarbeit. Sind wir in diesem Sinne tätig, dann wird auch das Vorurteil, welches man gegen unsere Berufskollegen in Mecklenburg hat, bald verschwinden.



einer recht drückenden Doppelbesteuerung führen, wenn auch alle diejenigen Vorzeugnisse — denn auch sie werden amtlich in Privatsachen ausgestellt — jedes einzelne der Stempelsteuer unterliegen. Das preußische Stempelsteuergesetz enthält deshalb klipp und klar die Bestimmung, daß solche Vorzeugnisse, die erst die Voraussetzung für die Erlangung des gewünschten Bezeugnisses bilden, von der Stempelsteuer freigestellt sein sollen. Der Steuerfiskus möchte nun freilich auch bez. dieser bestreiten Vorzeugnisse noch einen Unterschied machen. Bereit von der Stempelsteuer müssen nach seiner Ansicht nur solche Vorzeugnisse sein, auf Grund deren das andere Zeugnis unmittelbar zu erlangen ist. Das würde z. B. nicht der Fall sein bei Zeugnissen, die bei der Meldung zu irgend einer Prüfung einzugeben sind. Diese Ansicht des Steuerfiskus ist aber unrichtig, wie das Reichsgericht jetzt in einem Rechtsstreite entschieden hat, der die Ausstellung eines jenen genannten Führerscheines für Kraftfahrer betrifft. Wer ein Kraftfahrzeug führen will, bedarf bekanntlich nach § 2 des neuen Automobilgesetzes der Erlaubnis der zuständigen Behörde, die erteilt wird, wenn der Nachsuchende seine Fähigkeiten durch eine Prüfung dargetan hat und nicht Tätsachen vorliegen, die die Annahme rechtfertigen, daß er zum Führen von Kraftfahrzeugen ungeeignet ist. Zur technischen Prüfung wird nur zugelassen, wer sich zuvor über seine moralische und körperliche Qualifikation ausgewiesen hat. Der letztere Nachweis ist durch Attest eines beauftragten Arztes zu erbringen. Für ein solches von dem Kochum-Kreisarzt ausgestelltes Attest hatte der Preußische Steuerfiskus 3 M. Stempel erhoben, den gleichen Betrag aber auch von dem daraushin erteilten Führerschein. Den ersten Stempelbetrag forderte die Hibernia, die als Geschäftsfrau des Nach-

suchenden in Frage kam, als zu unrecht gezahlt zurück. Landgericht Kochum und Oberlandesgericht Hamm verurteilten auch den Fiskus zur Rückzahlung. Ohne Zweifel, so führten die Gerichte aus, handelt es sich bei dem Kreisarztlichen Attest um ein in Privatsachen erststes Zeugnis. Denn ein solches Zeugnis, das eine der Voraussetzungen für die Erlangung des Führerscheines sei, fördere unstrittig die Privatinteressen der Nachsuchenden. Daran ändert auch der Umstand nichts, daß auch das Publikum ein Interesse daran habe, daß sich der Kraftwagenfahrer über seine körperliche Qualifikation ausweisen mösse. Obwohl also ein in Privatsachen ausgestelltes amtliches Zeugnis vorliege, greife über die Befreiungsvorschrift Platz. Denn das beizubringende ärztliche Zeugnis sei eine unerlässliche Voraussetzung für die Erteilung des Führerscheines, ein Zeugnis im Sinne der gesetzlichen Befreiungsvorschrift. Der Zweck und Sinn des Gesetzes würde vollkommen verkannt sein, wenn man einen derartigen Vorzeugnis besteuern wolle; das würde zu einer Doppelbesteuerung führen, die zu vermeiden gerade der Gesetzgeber beabsichtigt habe. Auch das Reichsgericht verurteilte den Fiskus zur Rückzahlung des zu Unrecht erhobenen Stempelbetrages. (Altenbergen VII. 302/12.)

Kraftwagense und Zweirad. (Urteil des Reichsgerichts vom 15. November 1912.) Zeugnisse, die jemandem amtlich, aber in seinen Privatsachen ausgestellt werden, unterliegen nach den Bestimmungen der meisten Stempelsteuergesetze der Stempelpflicht. Wohl jeder ist schon einmal in die Lage gekommen, ein solches Zeugnis versteuern zu müssen. Denn ohne Zeugnisse geht es nun einmal bei uns in Deutschland nicht ab. Und dabei müssen gewöhnlich, um irgend ein Zeugnis zu erlangen, erst eine ganze Reihe sogenannter Vorzeugnisse eingereicht werden, die gleichfalls wieder erst von amtlichen Personen ausgestellt werden. Man denkt nur an die Unzahl von Beglaubigungen und Zeugnissen, die bei der Meldung zu irgend einer Prüfung oder bei der Erwerbung um einen gewerblichen Erlaubnisschein beigebracht sind. Es würde in den meisten Fällen zu



Der Berliner Polizeipräsident veröffentlicht folgende Bekanntmachung:

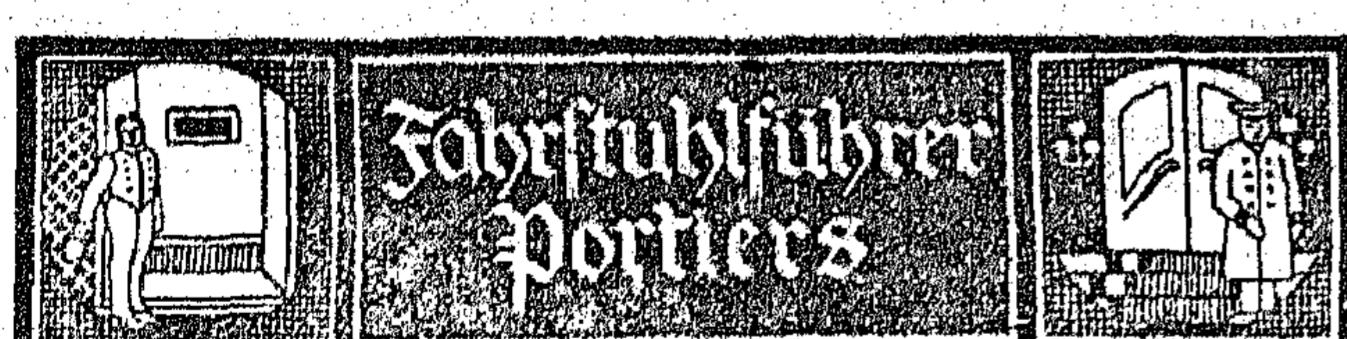
Ich mache darauf aufmerksam, daß die Beamten, die den Verkehr auf der Straße regeln, verschiedene Zeichen anwenden, je nachdem sie ein Fahrzeug zum Anhalten oder zum Langsamfahren veranlassen wollen. Soll ein Fahrzeug zum Halten gebracht werden, so hält der Beamte den Arm senkrecht nach oben; soll ein Fahrzeug lediglich zum Langsamfahren veranlaßt werden, so bewegt der Beamte bei ausgestrecktem Arm die Hand auf- und abwärts.

Zeugnissstempel. (Urteil des Reichsgerichts vom 15. November 1912.) Zeugnisse, die jemandem amtlich, aber in seinen Privatsachen ausgestellt werden, unterliegen nach den Bestimmungen der meisten Stempelsteuergesetze der Stempelpflicht. Wohl jeder ist schon einmal in die Lage gekommen, ein solches Zeugnis versteuern zu müssen. Denn ohne Zeugnisse geht es nun einmal bei uns in Deutschland nicht ab. Und dabei müssen gewöhnlich, um irgend ein Zeugnis zu erlangen, erst eine ganze Reihe sogenannter Vorzeugnisse eingereicht werden, die gleichfalls wieder erst von amtlichen Personen ausgestellt werden. Man denkt nur an die Unzahl von Beglaubigungen und Zeugnissen, die bei der Meldung zu irgend einer Prüfung oder bei der Erwerbung um einen gewerblichen Erlaubnisschein beigebracht sind. Es würde in den meisten Fällen zu

rend links neben ihm her ein Straßenbahnwagen fuhr. Als kurz vor dem Königstor die Straßenbahn an einer Haltestelle hielt, und mehrere andere haltende Wagen ein unpaßbares Gedränge bildeten, fuhr Heinrich, anstatt zu halten, mit unverminderter Geschwindigkeit links um den haltenden Straßenbahnwagen herum; im gleichen Augenblick kam der Kraftdroschke auf der anderen Seite ein vom Friedrichshain kommender Straßenbahnwagen entgegen. Um rasch vom Gleise abzutreten und eine Kollision zu vermeiden, lenkte Heinrich rasch noch weiter nach links und entging so dem Straßenbahnwagen, stieß aber in der nächsten Sekunde mit dem Zweirad des Hausdieners L. zusammen. L. wurde herabgeschleudert und erlitt neben anderen Verletzungen eine Harnröhrenzerreißung. Später wurde sein Zustand noch durch eine Lungen- und Brustfellentzündung kompliziert. Einige Wochen darauf verstarb L. Wegen des Vorfalls und seiner Folgen wurde Heinrich unter Anklage gestellt und auch verurteilt. Die Fahrlässigkeit wurde darin gesehen, daß er entgegen der polizeilichen Vorschrift die Straßenbahn auf der linken statt auf der rechten Seite hätte überholen wollen und bei diesem Manöver die Geschwindigkeit seiner Kraftdroschke nicht soweit gemindert hatte, daß er das Fahrzeug im Augenblick der Gefahr unmittelbar zum Stehen hätte bringen können. Mit dieser Fahrlässigkeit stand der Zunam menstoß mit dem Zweirad sowie die Verlehung und der Tod des Hausdieners L. im ursächlichen Zusammenhang. — Gegen seine Verurteilung verfolgte Heinrich Revision beim Rechtsgericht. Der Tod des L. sei nicht infolge des Unfalls eingetreten. Es liege höchstens fahrlässige Körperverletzung vor. Der höchste Gerichtshof erachtete jedoch das Urteil der Vorsinstanz für rechtssittlich frei und verwarf, entsprechend dem Auftrag der Reichsanwaltschaft, das Rechtsmittel als unbegründet.

Zunahme des Kraftwagenverkehrs in England Alljährlich der jüngst in der Londoner Olympia stattfindenden Parade der Automobilindustrie alter Männer durfte eine allgemeine Uebericht über den gegenwärtigen Stand des Automobil- und Motorradverkehrs und dessen Entwicklung in Großbritannien von besonderem Interesse sein. Im Laufe dieses Jahres wurden 14 371 Automobillicenzen mehr erteilt als im vorigen Jahre, was die Gesamtzahl der eingetragenen Kraft- und Liniwagen auf 90 953 bringt. Die Zahl der Motorradlizenzen erfuhr ebenfalls eine erhebliche Steigerung, nämlich 19 643, wodurch die Anzahl der gegenwärtig in England im Gange stehenden Motorräder auf 71 020 erhöht wurde. Dieser gewaltige Aufschwung geschieht natürlich zum größten Teil auf Kosten der Pferdegespanne, deren registrierte Zahl in diesem Jahre auf 68 760 herunterging. Seit 1901 wurden insgesamt 77 699 Lizenzen für alle Arten von Kraftwagen erteilt, und wenn man annimmt, daß jedes während dieser Zeit vom öffenlichen Verkehr zurückgezogene Pferdegespann durch einen mechanischen Rivalen verdrängt wurde, erhöht sich deren Zahl um 84 274, so daß sich die Gesamtzahl von 161 973 gegenwärtig im Verkehr befindlichen Automobilen und Motorrädern ergibt. Von dem gewaltigen Heer der auf den britischen Sträßen laufenden Automobilen und Motorrädern wurde die in 299 025 000 Liter Benzin schlummernde Energie in nutzbringende Arbeit umgewandelt.

Drohender Chauffeurstreik in London. Mehr als dreitausend Kraftwagenfahrer, etwa ein Drittel der in London beschäftigten Gesamtzahl schieden kurzlich eines Tages aus dem Verkehr aus, um einer Versammlung beizuhören, in der ihre Haltung gegenüber der angekündigten Erhöhung der Benzinkosten besprochen wurde. Ihr Ausscheiden wurde sehr ungemein empfunden, denn der Abend war kalt und nass. Das Londoner Publikum erhielt so einen Vorgeschnack von den Bürgern, die ein allgemeiner Chauffeurstreik schaffen würden. Die Besitzer der Automobilroschken verlangten, daß die Führer vom 1. Januar ab 1.10 Pf. statt wie bisher 70 Pf. für die Gallone Benzin bezahlen sollen. Die Führer beschlossen, nebst die Arbeit niederzulegen, als diesen Preis zu bezahlen.

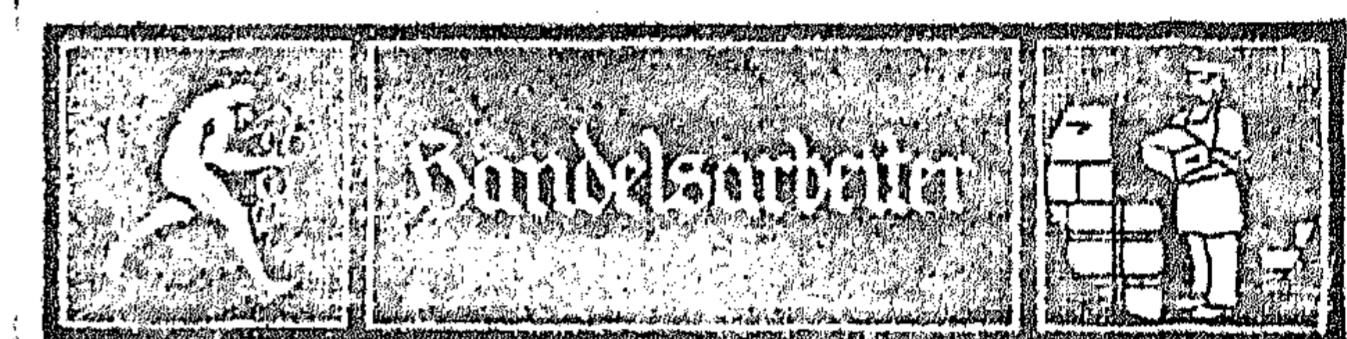


Berlin. Unser letzter Tarifabschluß bei der Mietengesellschaft Lindenhaus hat unsere Gegner aus der Niederrüttische Seite die Leute vom Portierverband gründlich verschuppt. Sinternal ja die betreffenden nicht in der Lage sind, Tarife abzuschließen. Ihre Wut kennt daher keine Grenzen. In einem Artikel, welcher die Ueberchrist "Und das ist doch dem Priester gegeben" fragt, wird alles mögliche und unmögliche behauptet. Um alle Unwahrheiten einzugehen, versöhnt sich nicht, und würde ja auch zu weit führen, zumal ja diese Leute nur von der Lüge und von Verdrehungen leben. Frech gelogen ist es, wenn behauptet wird, in dem Artikel: Als die Gesellschaft dieses Grundstück übernahm, wurde von dem Geschäftsführer sofort Musterung abgehalten, ob auch sämliche Fahrstuhlführer und Portiers gewerkschaftlich und politisch organisiert sind, was von vielen Kollegen bestätigt wurde. Wer einer erschien wohl als unsicherer Kantonist und wurde besonders aufs Korn genommen. Es dauerte auch nicht lange, so bekam der arme Teufel seine Kündigung.

Wahr dagegen ist, was auch dem betreffenden bezeichnet wurde, daß derselbe bis zu dem Augenblick

der gewerkschaftlichen Organisation ferngestanden hat, bis die Mietengesellschaft Lindenhaus das Grundstück erworben hatte, außerdem wird die politische Angleichtheit nicht als maßgebender Faktor bei Entlassung angesehen. Der Betreffende, der bisher im gelben Fahrwasser segelte, hatte daher nichts eligeres zu tun, als, nachdem er wußte, daß er entlassen werden sollte, sich gewerkschaftlich und politisch zu organisieren, was ihm jedoch vorbeigegangen ist. Noch schließt unsere Organisation keine Tarife ab für Kielbe und Blaue, sondern da, wo es zum Tarifabschluß kommt, sollen auch die Vorteile für unsere organisierten Kollegen in Frage kommen. Bereits heute sind für Hunderte von unseren Kollegen Fahrstuhlführern und Portiers die Lohn- und Arbeitsbedingungen tariflich geregelt, ein Zeichen dafür, daß wir uns auf dem richtigen Wege befinden. Ein Verweichen ist es daher, wenn einzelne Kollegen noch diesen gelben und blauen Vereinen nachlaufen, die wohl ihr Geld verbrauchen, aber Vorteile für ihre Mitglieder nicht erzielen können

den sein. Halten die Kollegen treu zur Organisation, dann kann diese Grundlage zur gegebenen Zeit weiter ausgebaut werden, und die Firma wird auch dann, wie diesmal, nachdem sie sieht, daß die Kollegen geschlossen und einig dastehen, sich mit ihnen einigen müssen. Mögen diese Erfolge ernst ein Ansporn für die Kollegen bei der Firma Göbel, haapsächlich für Herrn Miller sein, endlich zu begreifen, daß in der heutigen Zeit nur derjenige Anspruch auf Ansehen hat, der mit seinen Kollegen um Verbesserung seiner wirtschaftlichen Lage kämpft, während dem Beträchtung gebührt, der sich so beträgt wie Herr Miller, auf den allein die Schuld fällt, daß die Kollegen in diesem Betrieb an eine Regelung ihrer Verhältnisse nicht denken können; denn wären die Kollegen so organisiert gewesen wie bei der Firma Schäfer, die Lohnbewegung wäre für beide Betriebe besser ausgefallen. Deshalb Kollegen Fensterreiniger, sorgt dafür, daß der letzte Fensterreiniger sich seiner Organisation, dem Deutschen Transportarbeiterverband, anschließt, damit die jetzt gemachten Fehler in Zukunft durch die Einigkeit der Kollegen vermieden werden



Breslau. Am Montag, den 18. November tagte die Monatsversammlung der Fenster- und Glasschneider. Vorsitzender Breslau. In der gut besuchten Versammlung berichtete der Sektionsleiter über die Schaffung eines Einheitstarifes und die bisherigen Zustände. Es sind Ausführungen sprach Nebner seine Genugtuung darüber aus, daß die Breslauer Arbeiterschaft endlich erkannt habe, daß es nur mit Hilfe der Organisation vorwärts gehen kann und mit Freuden können wir es beginnen, daß von 100 Büzern 97 organisiert sind und Betriebe, wo ein unorganisiert arbeitet. Es war ein schönes Stück Arbeit, das hier geleistet wurde, um die Kollegen aus ihrem Winterschlaf aufzuwecken und zu Minireitern heranzubilden. Die Erfolge sind nicht auszublicken; die Arbeitsverhältnisse haben gute Fortschritte gemacht in bezug auf Bezahlung wie auf Arbeitszeit usw. Wenn auch nicht alles auf einmal erreicht wurde, so können wir aber zufrieden sein. Das Verständnis nachzuholen, soll Aufgabe der Kollegen sein. Bei den bisher geführten Kampfen haben wir die Arbeitgeber keinen gelernt; wenn es gilt, Geschäfte zu machen, frage keiner nach Freundschaft, jeder ist Herr für sich; wenn es aber gilt, die Büzern an der Verbesserung ihrer Löhne zu hindern, dann sind sie alle gut freund und unterstützen sich gegenseitig mit Rat und Tat. Aber an unserer starken Willen nach besserer Bezahlung und Behandlung scheitert ihr stärkster Widerstand und die beste Freundschaft. Der Kampf bei der Firma März, der auf beiden Seiten mit der größten Unzufriedenheit geführt wurde, endete nach dreiwöchentlicher Dauer mit den besten Erfolgen für die Büzern. Dieser Kampf hat uns gezeigt, wie nötig es ist, daß alle treu zur Fahne stehen. Und nun wollen wir den größten Kampf führen, der alle bisherigen Fehler gut machen soll. Die Arbeitgeber wollen es ja selbst haben, daß jeder einzelne die selben Lohnsätze zahlt wie der andere, und dieser Wunsch soll ihnen erfüllt werden. Deswegen kündigten wir die fälligen Tarifabschlüsse zwecks Schaffung eines Einheitstarifes. Die Versammlung war mit den Auseinandersetzungen voll und ganz zufrieden und sollte den Referenten reichen Beifall. Alle versprachen, rechtzeitig mitzuarbeiten an der guten und gerechten Forderung. Dann erläuterte der Sektionsleiter an der Hand von Beispielen, wie nötig es sei, unsere Sektionen zu stärken und beschloß die Versammlung, einen Beitrag von 10 Pf. pro Mann und Monat zu erheben. Unter Berufssfragen wurden die Vertrauensleute ermächtigt, die Kollegen zum besseren Besuch der Versammlung anzuhalten. Nachdem noch einige innere Fragen erledigt, wurde ein Wintervergnügen beschlossen. Dann schloss die Versammlung.

Darmstadt. Unsere Kollegen Fensterreiniger streben schon jahrelang bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse an und immer, wenn sie soweit sind, kommt ihnen etwas in den Weg, was das Ziel bereitet. Kommen doch hier nur zwei Betriebe mit durchschnittlich sieben Beschäftigten in Frage, während noch ein halbes Dutzend Kleinstmeister herumlaufen, die Meister und Geselle zu gleicher Zeit sind. So ist Herr Göbel zunächst derjenige, der an Umgangsformen sehr viel zu wünschen übrig läßt und mitunter allerhand Schimpfwörter seinen Arbeitern entgegenstellt, so daß es die höchste Zeit ist, Herrn Göbel Kenig's Buch: Umgang mit Menschen zu verschaffen. Nicht unerwähnt soll hier bleiben, daß die Kollegen in den meisten Fällen selbst Schuld an derartigen Verhältnissen tragen, zumal gerade bei Göbel ein gewisser Ritter anscheinend die Rolle eines Oberglärters übernommen hat. Dessen ungeachtet haben die Kollegen bei der Firma Schäfer sich samt und sonders unserer Organisation angeschlossen und beschlossen, den Kollegen bei Göbel zu zeigen, daß man durch Einigkeit etwas erreichen kann. Die Kollegen wünschten zunächst eine tarifliche Regelung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse. So wurde am 2. Oktober ein Tarifvertrag bei dieser Firma eingereicht und schon am 5. Oktober konnte durch das Einigegomen des Herrn Schäfer dieser zur Zufriedenheit der Kollegenschaft abgeschlossen werden. Die Kollegen haben durch den Abschluß desselben 1 M. Zulage und 1 Stunde Arbeitszeitverkürzung pro Woche erreicht. Ebenso hat sich die Firma verpflichtet, bei Neuerstellungen von Arbeitskräften den Verbandsarbeitsnachweis zu benennen. Wenn in Betracht gezogen wird, daß seither überhaupt keine Regelung der Verhältnisse stattgefunden hat, können die Kollegen mit ihrem Erfolg vollauf zufrieden sein.

Berlin. Sitzung der Hausdiener. Bäcker, Kutschler in den Papier-, Pappe- und g. o. Firmen, Buchdruckereien, Buchbindereien, Buchhandlungen und der Papierverarbeitungsindustrie. Am 20. Oktober fand eine gut besuchte Branchenversammlung statt, in welcher der Kollege H. einen ausführlichen Bericht über die gegenwärtigen Lohn- und Arbeitsbedingungen gab. Das Gesamtmaterial gibt einen Überblick aus 57 Betrieben mit 565 beschäftigten Kollegen, 5 Tarifbetrieben mit 149 beschäftigten Kollegen und 52 Betrieben mit 416 beschäftigten Kollegen mit freier Vereinbarung. Nebner geht auf die Durchschnittslöhne pro Woche, Überstundenbezahlung und Arbeitszeit ein. Wegen der beabsichtigten Vereinigung der Versammelten an der Demonstration nach Trepow wird von der Behandlung der sonstigen Punkte (Urlaub, Bergleistung u. w.) in der Diskussion Abstand genommen und nachstehende Resolution einstimmig angenommen:

"Die am 20. Oktober in den 'Mustertäfern' tagende Versammlung der Hausdiener, Bäcker, Kutschler aus den Papierindustriebetrieben sämlicher Gruppen konstatiert, daß durch die ungeheuerne Teuerung der notwendigsten Lebensmittel eine Schwächung an Leben und Gewindheit der Arbeiterschaft durch die ständige Unterernährung einsetzen muß, deshalb fordern die Versammelten zur Linderung der Not die Abmilderung der Lebens- und Nutzmittelzölle, die Beseitigung der indirekten Steuern auf die wichtigsten Gebrauchsgegenstände, die Öffnung der Grenzen zur Einfuhr von billigem Fleisch, damit eine Besserung der Einfuhrgelegenheit auf dem Lebensmittelmarkt für die minderbemittelte Arbeiterschaft eintritt. Die Versammelten nehmen Kenntnis von den gegenwärtigen Lohnverhältnissen in unserer Branche, sie beantragen die Branchenleitung, zur Hebung unserer wirtschaftlichen Lage in allen Betrieben, wo die Organisationsverhältnisse es zulassen, zu einer Vereinigungszulagenbewegung Stellung zu nehmen. Die Versammelten geloben dafür einzutreten, nicht eher zu ruhen und zu rasten, bis daß die noch fernstehenden Kollegen dem deutschen Transportarbeiterverband zugesellt sind."

Mit einem dringenden Appell an die Versammelten, überall im Interesse der Organisation tätig zu sein, schließt der Branchenleiter die Versammlung und begeben sich die Teilnehmer in geschlossenem Zuge nach Trepow.

Am 10. November fand die weitere Berichterstattung und Diskussion statt. Der Kollege H. schilderte das Vorgehen der Kollegen der Firma S. L. Cahen. Trotz mehrmaliger Verhandlungen ist nur ein Teilerfolg zu verzeichnen. 4 bis 5 maßgebende Firmenhaber der Papier- und Pappe-Branche haben sich durch die eingereichten Forderungen der Kollegen bei der Firma S. L. Cahen in einer Konferenz verständigt. Die Unternehmer nahmen einen ablehnenden Standpunkt in der Lohnfrage ein. Eine Abwehr aller Forderungen war beabsichtigt. Nur geringe Zugeständnisse sind erfolgt. Bei S. L. Cahen Erhöhung des Überstundenlohnes, bisher 50 Pf. jetzt 65 Pf. pro Stunde, Regelung des Urlaubs nach einschlägiger Tätigkeit. Einführung einer Lohnstaffel nach 5 Jahren (bisher erst nach 7 Jahren). Siegel u. Bogel: Erhöhung der Überstunden von 50 Pf. auf 60 Pf. — Salinger u. Leppmann: Erhöhung der Überstunden auf 75 Pf. — Die Radfahrer, Boten in der Druckerei Sittenfeld erhielten 50 Pf. Tageszulage pro Woche. — Bei der Firma Otto Eisner, Druckerei, erhielten zwei Radfahrer eine Erhöhung des Überstundenlohnes. — In der Firma G. Gerlach u. Co kam es zu einer Arbeitsniedrigung durch die Entlassung eines Kollegen. Die Angelegenheit wurde durch eine Verhandlung beigelegt. — Im "Vorwärts"-Betrieb soll für unsere Kollegen ab 1. Januar 1913 die Lohnzahlung ohne Abzug des Kranken- und Urlaubsbelobringes nach den tariflichen Grundföhren stattfinden. In einigen Betrieben finden noch Verhandlungen statt. Den Bericht über die örtliche Generalversammlung gab der Kollege Po. Die Versammelten waren mit der Haltung der Delegierten einverstanden. Nachdem noch auf die Gewerbevertretswahlen hingewiesen worden war, war Schluss der Versammlung.

Darmstadt. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Hausdiener in unserer Stadt sind wert, an dieser Stelle einmal besprochen zu werden, umso mehr da trotz intensivster Agitation diese es in ihrer Mehrzahl nicht für möglich halten, in die Versammlungen zu kommen. Gärden doch auch hier viele Kollegen, nur durch die Gnade und das Wohlwollen der Unternehmer ihre Lebenslage verbessern zu können und das, obwohl gerade in der letzten Zeit einige von diesen sie legen zu ihrem eigenen Schaden einsehen müssen, daß auch die Unternehmer dem dreimal geheiligten Prinzip mehr Altruismus schenken als dem Haushalter, in dem man oft nur den simplen Arbeiter vor sich zu haben glaubt. Am Sonntag, den 10. und 17. November fanden je eine Versammlung der Haushalter statt, die in Anbetracht der rührigen Agitation besser besucht sein können. In beiden Versammlungen wurden die Lohn- und Arbeitsverhältnisse sowie die vorhandenen Missstände einer eingehenden Kritik unterzogen und gingen der Meister sowohl wie die Diskussionsredner mit denjenigen Unternehmern, bei denen besonders schlechte Lohnverhältnisse bestehen, scharf ins Gericht. So wurde festgestellt, daß bei der Druckerei Herbert drei Kollegen beschäftigt sind bei einem Wochenlohn von 14 bis 17 M. und 13-jähriger Tätigkeit. Steigt sich dann einmal ein Kollege und verlangt Zulage dann springt der Herr Prokurist Wiemann mit den bekannten Worten: "Wenn Ihnen nicht paßt, wissen Sie ja, was Sie zu machen haben!" in die Schanze. Dabei wird dieser Herr anscheinend von dem Lagerhauer Sperber unterstützt, denn, wenn auch nur das geringste vorkommt, weiß es schon Herr Wiemann und slugs setzt es eins ab für den betreffenden Sünder. Dabei muß man Gelegenheit haben zu sehen, wie diese armen Teufel sitzen wie ein Mausel an ihrem beladenen Wagen hängen. Schließlich liegen die Reihen auf der Drogierfirma Schäfer. Bei einer anderen Firma, auf die wir später noch einmal zu sprechen kommen, müssen die Haushalter ab-

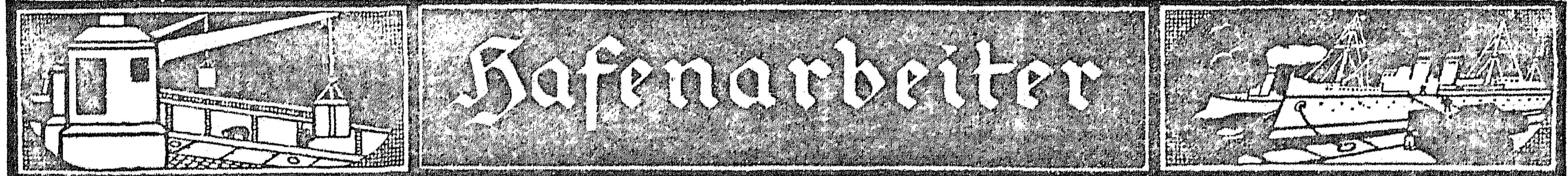
wechselnd den Hund Sonntags eine Stunde spazieren jagen, und wenn dann gar mal einer nicht kommt und der Meinung ist, das sei seine Arbeit nicht, dann kann er sofort sein Bündel schnüren. Wir fragen jeden vernünftigen Kollegen: Ob es denn überhaupt möglich, daß solche Missstände vorhanden sein können. Wir können noch eine ganze Reihe solcher Beispiele anführen, aber die Stolzen haben vor lauter Angst keine Courage, mit der Wahrheit herauszurücken. Für heute wollen wir nur den Stolzen ausrichten zu tun: Seht ihr nicht bald ein, daß nur durch die Organisation eure Lebenslage verbessert werden kann. Legt den Standesdienst ab, wo wir die Versammlung und trete era in die Organisation, die euch in allen Lebenslagen den nötigen Rückhalt bietet.

München. In der "Münchener Post" finden wir folgende Kritik:

"Sozialer Unterschiede. Ein etwa dreißigjähriger Ausgeher einer hiesigen Firma steht vor Gericht. Er hat sich wegen Debaklis zu verantworten. Es sind quälende Minuten für ihn, in denen ihm vom Gerichtsscheide her vorgehalten wird, daß er sich an fremdem Eigentum vergreifen hat. Die Schanze treibt ihm das Blut ins Gesicht, er muß vor neugierigen Ohren all das preisgeben, was er bis zur Stunde vorher vor der Welt entdeckt gehütet, muß die traurigen Familienverhältnisse vor der Welt ausstrahlen, die er bisher nach außen zu verschleiern wußte. Und es fallen ihm die dicken Tränen auf den Kiebel, wie er erzählt, daß seine Frau nun schon monate lang krank zu Bett liegt, daß er sich hart getan seit langem, mit einem Wochenlohn von zwanzig Mark die vier Kinder nur einzigermaßen ordentlich zu kleiden und zu ernähren. Er hat sich an seine Mutter mit der Bitte um Hilfe gewendet. Auch von dieser Seite konnte ihm keine Unterstützung werden, denn die erschöpften Groschen der alten

Frau braucht der andere Sohn, der bei einem Regiment als Offizier steht. Und als sich der Mann einen Ausweg nicht wußte, verzerrte er sich an sein Eigentum seines Dienstherrn, entwendete ein paar Kleidungsstücke, mit um für deren Preis etwas zum Leben laufen zu können. Er wird zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt."

Bei allem Willen mit dem armen Teufel muß man sich doch immer wieder sagen, daß er jetzt einen großen Teil der Schuld an den miserablen Verhältnissen, wie man sie heute noch bei den zuständigen Unternehmen zufindet: Seht ihr nicht bald ein, daß nur durch die Organisation eure Lebenslage verbessert werden kann. Legt den Standesdienst ab, wo wir die Versammlung und trete era in die Organisation, die euch in allen Lebenslagen den nötigen Rückhalt bietet.



Heinrich Göhring hat wieder einmal das Bedürfnis gefühlt, die böse undankbare Welt, die so schnell vergibt, an seine Bedeutung zu erinnern. Wenn wir ebenso viel Zeit hätten, wie dieser Bremerhavener Schleifsteindreher, würden wir seinen Ausführungen Gah für Gah folgen und beweisen, daß Göhring zwar ein fixer Kerl ist, daß es aber mit der Mächtigkeit seiner Aussführungen arg hapert. Um aber auch nur das notwendigste Material zusammenzustellen, müßten wir, wie bei früheren Blätterungen, mindestens zwei Tage aufwenden. Wenn wir dann an diesem Beweismaterial die Spur des Herrn Göhring auf ihren Gehalt nachprüfen wollten, so bliebe uns höchstens ein einziges Welzenkorn — und wir übernehmen nicht die geringste Garantie dafür, daß es der Mühe wert war, dieses Korn zu suchen, daß es nicht verfault ist. Göhring mag es uns übel nehmen oder nicht, allein wir müssen es einmal ohne Rücksicht sagen: Soweit geht die Freundschaft nun doch nicht, seine Kapitolen lassen wir uns in dieser ersten Zeit gern einmal gefallen, aber an unsere knapp bemessene Zeit darf er nicht mehr Ansprüche stellen wie jeder andere Spaziermacher — eine Ausnahme gestatten wir nicht.

Damit aber unsere Kollegen sehen, daß wir unser alten Freunde kein Unrecht zufügen, wollen wir wenigstens sagen, was Göhrings Großhirnkind geboren hat. In einem Blatt, dessen Bedeutung im umgekehrten Verhältnis steht zu der Größe des Wundwerkes seines Medaileurs — wir brauchen wohl nicht mehr hinzuzufügen, daß es die "Hansa" ist — veröffentlichte Göhring einen etwas langatmigen "Nüchtern": "Die Arbeitslämpfe in Deutschland im letzten Dezennium unter besonderer Berücksichtigung des Handels-, Verkehrs- und Schiffsverkehrs." Wir müßten also mindestens zehn Jahrgänge der statistischen Nachweise über die Streits und Aus-Aussperrung durcharbeiten, wollten wir Göhrings Spuren folgen — und wäre Göhring nicht Göhring, wir täten's. Aber unser Bremerhavener Intim ist strom, sogar polizeistrom, um zu seinem Resultat zu kommen, schreibt er die Bissern aus dem Reichsarbeitsblatt, die Bissern des Kaiserlichen Statistischen Amtes, ob. Hier scheiden sich schon die Wege, eine Nachprüfung der sachlichen Seite der Göhringschen Ausführung ist uns nicht mehr möglich, steht außerhalb jeder Möglichkeit diskutiert zu werden. Wir wären Narren — die wir zum Leidwesen unserer Gegner nun einmal nicht sind — wenn wir uns mit einem Göhring in eine Diskussion über die vom subalternen "Bolzke geist" zusammengetragene "Kaiserkliche" Statistik einlassen wollten. Für uns kann eben nur die Statistik der General-Kommission der Gewerkschaften Deutschlands in Frage kommen — diese Statistik ist im Correspondenzblatt der General-Kommission zu finden, Herr Göhring — für das Handels-, Transport- und Verlehrsgewerbe in den Jahrbüchern des Deutschen Transportarbeiterverbandes.

Das ist alles, was sich über den sachlichen Teil des Göhringschen Artikels sagen läßt, auf den uns sachlich gehen wir nicht ein. Unsere Erziehung, die wir auf der Straße der Großstadt genossen, hindert uns, Herrn Göhring mit gleicher Münze zurückzuzahlen.

Wenn Göhring z. B. schreibt: "Bei dem Seemannstreit vom Jahre 1907 handelte es sich nur um eine Machfrage des sozialdemokratischen Seemannsverbandes, denn die gezahlten Löhne der Seeleute des Norddeutschen Lloyd waren im Durchschnitt (sieh mal, sieh Ned. d. "Courier") wesentlich höher, als der genannte Verband sie überhaupt forderte";

wenn er von einem "Kontraktbruch" (Kontraktbruch!) der Hamburger Hafenarbeiter faselt, der zum Kampf von 1907 führte;

wenn er von den Arbeitern verlangt, sie sollen in Kriegen mit den Unternehmern Hand in Hand gehen (damit den Arbeitern besser das Fell über die Ohren gezogen werden kann. Ned. des "Courier");

wenn seine blutrünstige Phantasie ihm "blutige Ausartungen" in Magdeburg, Hamburg, Mainzheim, Berlin usw. (!) vorgaukelt;

wenn er die Schuld an den "blutigen Exzessen" in Moabit den Transportarbeitern in die Schuhe schleibt:

dann steht unsre, nur durch die elende Volkschule gegangene Vernunft staunend und bewundernd still vor dem hohen Flug des Göhringschen Geistes. Über wir stehen mit bilden Füßen fest auf dem Boden der Wirklichkeit, und wir lachen nicht schlecht, wenn Göhring, wie das Schneiderlein von ihm, zurück plumpst in den Sumpf, dem er entstiegen — wo er nun liegt und nach — mehr Schutz für die Arbeitswilligen" schreit.

Gleich und gleich gefestigt sich gern...

Gute Besserung, Herr Göhring!

Reederprosite. Wir haben schon verschiedentlich auf die Bauaufträge der deutschen Reedereien als Maßstab der Konjunktur hingewiesen. Allerdings ist dieser Maßstab nicht untrüglich, wir haben beim letzten Konjunkturschwung erlebt, daß die während der Hochkonjunktur bestellten Schiffe abgeliefert wurden als die Reedereien schon laufende Schiffe aus dem Dienst ziehen mussten. Allein hier liegt eben eine falsche Geschäftsfeststellung vor, untrügliches Maßstab bleiben die Schiffsbestellungen für die Profite der Reeder. Wenn man sich die Liste der Schiffsbestellungen anschaut, die die "Frankf. Btg." kürzlich veröffentlichte, so glauben wir gerne, daß die Reeder nebst Anhang dem Winter ruhig entgegen sehen... Dem Winter, der durch die Arbeitslosigkeit für die Arbeiter zum Winter des Misserfolgs wird, während die Unternehmer die Hände auf den Ventil halten und auf bessere Zeiten warten. Um einen Begriff zu geben von der Art, wie die Unternehmer aus den Arbeitern herausgeschafft den Mehrwert vor dem "Teileit" retten, geben wir die Liste aus der "Frankf. Btg." wieder:

1. Schnelldampfer New York-Hamburg, zirka 50000 Brutto-Register-Tons.
2. Schnelldampfer New York-Hamburg, zirka 50000 Brutto-Register-Tons.
3. Schnelldampfer New York-Hamburg, zirka 50000 Brutto-Register-Tons.

4. Motor-Frachtschiff, zirka 4500 Brutto-Register-Tons.

5. Motor-Frachtschiff, zirka 3800 Brutto-Register-Tons.

6. Passagier- und Frachtdampfer, zirka 5500 Brutto-Register-Tons.

7. ditto.

8. Passagier- und Frachtdampfer, zirka 5000 Brutto-Register-Tons.

9. ditto.

10. Passagier- und Frachtdampfer, zirka 19000 Brutto-Register-Tons.

11. Passagier- und Frachtdampfer, zirka 18000 Brutto-Register-Tons.

12. Passagier- und Frachtdampfer, zirka 18000 Brutto-Register-Tons.

13. Seebäder-Passagierdampfer, zirka 1900 Brutto-Register-Tons.

14. Frachtdampfer, zirka 7600 Brutto-Register-Tons.

15. ditto.

16. Frachtdampfer, zirka 5800 Brutto-Register-Tons.

17. ditto.

18. Frachtdampfer, zirka 3500 Brutto-Register-Tons.

19. ditto.

Der Norddeutsche Lloyd hat im laufenden Jahre

bisher 11 Dampfer von total 108 000 Brutto-Register-Tons in Auftrag gegeben; über weitere beabsichtigte Neubauten sind Entwicklungen noch nicht erfolgt. Es handelt sich bei den erfolgten Bestellungen um folgende Schiffe:

4 Passagier- u. Frachtdampfer à 8500 B.-M.-T. = 34 000

2 Frachtdampfer " 6500 " " = 13 000

4 Frachtdampfer " 6500 " " = 26 000

1 Passagier- u. Frachtdampfer " 35000 " " = 35 000

Dazu ist noch zu bemerken, daß der Lloyd bei Jahresbeginn 1902 sechs Dampfer im Bau hatte mit zusammen 47 000 Brutto-Register-Tons und zwei Doppelschraubendampfer von je 8500 t und 2 Frachtdampfer von je 11 000 t.

Die Deutsche Dampfschiffahrt-Gesellschaft Hansa in Bremen hat seit des Jahresbeginn 6 Neubauten vergeben und zwar 6 Frachtdampfer von je 9000 t Tragfähigkeit. Es handelt sich somit um eine Erweiterung ihrer Tonnage um 54 000 t. Ob die Hansa noch weitere Dampfer bestellen wird, darüber kann sie heute Angaben noch nicht machen.

Die Hamburg-Südamerikanische Dampfschiffahrt-Gesellschaft hatte zu Beginn des laufenden Jahres im Bau und inzwischen in Dienst gestellt 4 Dampfer von zusammen 25 390 t. Zwischenzeitlich hat sie neu in Auftrag gegeben einen Passagier- und Frachtdampfer zu 12 000 t, einen Passagier- und Frachtdampfer (Dreischraubendampfer) zu 16 000 t, einen Dampfer von 12 000 t und einen Dreischraubendampfer von 16 000 t. Die in 1912 neu erteilten Ordres umfassen somit 56 000 t. Die Gesellschaft beabsichtigt in diesem Jahre vorwiegend noch einige weitere Frachtdampfer in Auftrag zu geben, jedoch sind bestimmte Beschlüsse hierüber noch nicht gesetzt.

Die Deutschen-Australische Dampfschiffahrt-Gesellschaft in Hamburg berichtet, daß zurzeit für sie in Auftrag sich befinden 3 Dampfer von je 8000 t, 4 Dampfer von je 9500 t und weitere 4 Dampfer von je 12 000 t Tragfähigkeit. Im einzelnen ist bekannt geworden, daß im März 1902 zwei

Dampfer à 12 000 t und ein Dampfer von gleicher Tonnage vergeben würden. Ferner vergab die Gesellschaft im September 1912 zwei Dampfer von 8000 t und einen Dampfer von 9500 t.

Die Dampfschiffahrts-Gesellschaft „M. & C.“ in Bremen berichtet, daß sie anfangs 1912 drei Fracht- und Passagierdampfer für die Englandfahrt in Auftrag gegeben hat und zwar einen Dampfer für die Londonfahrt von circa 11500 t und zwei Dampfer von je etwa 1300 t Tragfähigkeit. Im September 1912 traten an Ordres hinzu 4 Dampfer und zwar 1 Frachtdampfer von etwa 4500 t und 1 Frachtdampfer von etwa 2350 t. Außerdem wurden noch 2 Flussleichter von circa 550 t in Auftrag gegeben. Weitere Neubauten beschäftigt die Gesellschaft im laufenden Jahre nicht mehr zu beschließen.

Die Moland-Linie A.-G. in Bremen teilt mit, sie habe zu den Ende 1911 bestellten 3 Dampfern von je 10 500 t im September 1912 einen Frachtdampfer von 11 000 t bestellt.

Zu erwähnen ist noch, daß die Reedereifirma F. L. & S. in 1912 2 Dampfer (? wohl Segelschiffe, siehe d. „Courier“) à 5000 t in Auftrag gegeben hat.

Mit dieser Liste ist die Bauhälfte noch feineswegs erschöpft; auch die übrigen Linien, besonders die Hamburger, haben mehr oder minder große Bestellungen gemacht.

Die Reederei bestellte „natürlich“ um den Forderungen der Stunde, will sagen, der Hochkonjunktur, gerecht zu werden; es ist ein Wottau auf um das goldene Kalb. Aber sie alle schließen weit über das Ziel hinaus und knapp hinter dem goldenen Kalb ist der Algrund: die Krise. Welche verheerende Wirkung eine Krise haben kann, wenn die Schiffsbestellungen den Gesellschaften über den Kopf wachsen, dafür liefert die traurige Geschichte des Norddeutschen Lloyd in den letzten Jahren ein lehrreiches Beispiel. Kommt die nächste Krise überraschend schnell, so ist die Lage für die kleinen Linien besonders schlecht. Dass nicht nur die großen Reedereien, sondern auch die kleinen große Schiffsbestellungen machen, ist kein Beweis dafür, daß wir noch auf lange hinaus die günstige Stützlinie haben. Der Sturm kann die kleinen vernichten und die Großen aus Kosten der kleinen bereichern. Auf alle Fälle wird eine alte alte Errscheinung haben: Ein Ende der Hafenarbeiter. Und dies Ende wird um so gräbler, als die Unternehmer zur Zeit der Krise keine Mittel untersucht lassen, die Lage der Arbeiter noch mehr zu verschlechtern. Die Hamburger Hafenarbeiter sollten dies noch von der letzten Krise wissen, deshalb gehen sie besonders der Rus: Vorsicht! Hüte dich vor den gelben Leimruten der Unternehmer!

Ein elender Schelm, ein verächtliches Subjekt der Arbeiter, der das Ende seiner Arbeitskollegen als Sprungbrett zum eigenen Wohl benutzt. Ein Pfui dem Judentum!

Der Bau der großen 50 000 Tons-Schiffe hat übrigens zu einer seltsamen Komplikation in New-York geführt. Die Piers (Auslegestellen) der H.-A.-L. in New-York sind zu kurz, um Schiffe von der Größe der „Imperator“-Klasse Aufnahme zu gewähren. Der Auftrag der H.-A.-L. auf Verlängerung der Piers stößt nun auf verschiedene Widerstände; besonders das Kriegsministerium macht Einwände gegen die Verlängerung, weil dadurch das Fahrwasser zu sehr eingeengt wird. Da die H.-A.-L. aber durchschwimmen ließ, daß die Vereinigten Staaten noch mehr günstig gelegene Häfen haben, ist New-York schon für die Wünsche der H.-A.-L. halb gewonnen. Ballin, der selbst in New-York war, wird wohl den Rest des Bedenks befehligen und auch die übrigen Geschäfte der Gesellschaft zur Zufriedenheit seiner Auftraggeber erledigt haben. Neben verschiedenen Abmachungen mit verschiedenen Eigenbaugesellschaften, hat Ballin auch die Vorarbeiten zur Errichtung einer Schiffsahnslinie von den Häfen Ostasiens nach den Häfen der Westküste Nordamerikas: Vancouver, Portland, Seattle und San Francisco erledigt. „Es sind dies“ heißt es, „wichtige Punkte der nordamerikanischen Westküste, zum Teil an der Grenze Kanadas und der Vereinigten Staaten im Bereich der großen kanadischen Bahnlinie gelegen, während San Francisco den wichtigsten Hafenpunkt Kaliforniens bildet. An mancher Stelle wird nicht in Aussicht gestellt, was ohnehin sehr nahe liegt, daß diese neuen Verbindungen einen Aufstieg zu spätere wichtigen Verkehrsverbindungen mit dem Panamakanal als Mittelpunkt bilden dürfen.“ — Wie die Hamburg-Amerika-Linie, so beabsichtigen auch die Deutsch-Australische Dampfschiffahrts-Gesellschaft und die Kosmos-Linie einen gemeinsamen Dienst nach der nordamerikanischen Westküste einzurichten. Dieser Dienst der beiden Gesellschaften soll zunächst in einer regelmäßigen Linie nach den Sandwich-Inseln (Honolulu) und später nach San Francisco bestehen.

Die Schiffsahnsgesellschaften haben übrigens ein sehr probates Mittel, ihre Profite zu erhöhen, ein Mittel, das sie in diesem Jahre schon auf verschiedene Linien angewendet haben: Die Erhöhung der Frachten. Die deutschen Exporteure flüchten nun in die Öffentlichkeit, weil die Hamburg-Amerika-Linie und der Norddeutsche Lloyd, durch die von ihnen zum 1. Januar 1913 vorgesehenen Frachtraten erhöhung von durchschnittlich 20 p.C. die Exportmöglichkeiten ihrer verschiedenen Ausfuhrartikel, so insbesondere für billigere Glas-, Porzellan- und Steingutwaren sowie für Spielzeug nach Nordamerika, sehr erheblich erschweren, wenn nicht ganz unterbinden. Es wird erklärt, daß diese Artikel, auf denen schon beträchtliche Zölle liegen, eine Frachterhöhung von 20 p.C. nicht vertragen, da sie mit stark amerikanischer Konkurrenz zu kämpfen haben. Auch die englischen Exporteure würden dem deutschen Wettbewerb überlegen sein, weil die britischen Schiffsahnsgesellschaften keine Preiserhöhungen vorgenommen hätten. Für die deutsche Industrie kann die Verbindung mit anderen Dampfern als denen der Hamburg-Amerika-Linie und des Norddeutschen Lloyd nicht

in Frage, da dem die Poolverträge der transatlantischen Schiffsahnsgesellschaften entgegenstehen.

Darauf antworteten die beiden Linien ziemlich übereinstimmend, die Erhöhung sei eine Folge der Übergangszeit und der „erheblich gestiegenen Kosten des Reedereigeschäfts“. Sie sei geboten, weil die Reedereien sonst nicht auf ihre Kosten kämen. Nun, die Herrschaften haben es noch immer verstanden, auf ihre Kosten zu kommen; ja, noch weit darüber hinaus. Es sei nur daran erinnert, daß sie im Jahre 1910 sogar die Zwischenbeckspreise von 130 auf 160 Mark erhöht haben. Und ihren Betriebsergebnissen kann die H.-A.-L. in 10 Jahren von 19½ Millionen auf 43 Millionen 800 000 Mt. gebracht. Die Herrschaften sind also immer aus ihre Kosten gekommen, wie man sieht, und die „erheblich gestiegenen Kosten des Reedereigeschäfts“ holen sie sicher zehnfach wieder aus den erhöhten Frachtraten heraus. Man deutet: eine Frachterhöhung um 20 Et., und das bei einer Güterbeförderung von etwa 7 bis 8 Millionen Frachttons im Jahre. Der Norddeutsche Lloyd schreibt noch, „wenn die Entwicklung weiter so anhalte, seien neue Frachterhöhungen für verschiedene Artikel nicht ausgeschlossen“.

Die Meinung der Exporteure, daß die britischen Gesellschaften keine Erhöhung der Frachtraten vornehmen, ist falsch, denn wie „Daily Dispatch“ meldet, hat die Shipping Federation, vom Januar 1913 an die Frachträge nach sämtlichen nordatlantischen Häfen um 20 bis 30 p.C. zu erhöhen.

Den Industrien wird die Ausübungsmöglichkeit erschwert, wenn nicht gar unterbunden. Einchränkung der Werke, Arbeitentlassungen, Kunden und Eltern sind für die Arbeiter die Folgen dieser Maßnahmen, die den schweren Altonären zu ihrem Nebenfluss noch Tausende und Abertausende in den Echos werfen, um die sie kaum eine Hand zu rühren brauchen.

Auf den ersten Blick sieht man, daß die Schiffsahnsgesellschaften den Vogel rupfen, wenn er noch jedermann hat... Und die Hafenarbeiter lassen sich gelbe Vereine auf die Nase legen — damit sie zur gegebenen Zeit auch gerupft werden können.

„Vertragsunfähig“ und „vertragsunwürdig“, das waren die schwersten Geschöpfe, die eine wohlgesunde Presse jahraus, jahrein gegen den früheren Hafenarbeiterverband schleuderte, weil der unverschämte Beahrheitssturm der Hafenarbeiter nicht begreifen konnte und wollte, daß weiß ich was sei, wenn der juristische Berater des Hafenbetriebsvereins es behauptet. Nun, die höchste Instanz hat entschieden, daß die Hafenarbeiter richtig, der Hafenbetriebsverein — na sagen wir: juristisch urteilte, als der Streit entstand. Schon vor und während des Prozesses hätten wir den Nachweis führen können, daß die Mitglieder des Hafenbetriebsvereins wirklich vertragsschriftlich und deshalb vertragsschriftlich sind, in letzter Zeit jedoch sind wir von der Mühe der Beweisführung völlig entbunden, weil der permanenten Tarifstruktur der Stauer auf der Straße spazieren geführt wird, weil die Tarifstruktur des Hafenbetriebsvereins gerichtstrichtig ist. Bei dem gerichtlich festgestellten Tarifbruch eines Stauers handelt es sich um folgenden Fall:

Der Kapitän eines Dampfers erklärte eines Morgens gegen 11 Uhr plötzlich, keine Ladung mehr übernehmen zu wollen. Der Stauer ließ deshalb die Schauerleute um 11½ Uhr ausscheiden. Da nun aber in diesem Moment die Lohnlisten nicht fertig waren und der Vice zum Auszählen der Lohnzettel mindestens eine Stunde gebraucht haben würde, wurden die ganzen Leute, zirka 40 Mann, an das Konto der Firma geschickt, um sich dort ihr Geld abzuholen. Infolge dieser Verzögerung bei der Lohnauszahlung erhielten mehrere Leute ihr Geld erst um 1½ Uhr. Diese verlangten jetzt von dem Stauer für die ihnen entgangene Gelegenheit, sich noch nachmittags Arbeit zu suchen, jeder 2,60 Mt. Lohn für einen halben Tag. Der Stauer weigerte sich, diesen Beitrag zu zahlen, erklärte aber in dem Verhandlungstermin, er sähe die Sache so an, als wenn die Kläger bei ihm noch bis zum Ende der Mittagszeit in Arbeit gewesen seien, und sei daher bereit, die im Tarif vorgesehene Vergütung für durchgearbeitete Mittagspause mit 1,95 Mt. an jeden der Kläger zu zahlen. Das Gerichtsgericht, Vorsitzender Amtsrichter Dr. Lüders, sprach den Klägern noch die gesetzten je weiteren 65 Pf. zu. Der Bellagte hat dadurch, daß er sich verpflichtet fühlt, die 1,95 Mt. zu zahlen, mehr oder weniger zugegeben, daß er sich den Klägern gegenüber im Verzug befand. Wer sich aber im Verzug befindet, ist zur Leistung von Schadeneratz (soll wohl Lohn heißen, siehe d. „Courier“) verpflichtet. Der Tarif schreibt vor, daß entweder Lohnzettel bei Beendigung der Arbeit ertheilt werden, was den Vortext bietet, daß der Arbeiter gar nicht einmal selbst nach dem Konto zu gehen braucht, oder daß der Lohn sofort gezahlt werden muß. Wenn der Bellagte beides nicht getan hat, so hat er sich dadurch schon in Widerrutsch mit den tariflichen Bestimmungen gesetzt. Er hätte dann aber zwielos dafür sorgen müssen, die Lohnzahlung auf dem Konto so vorzunehmen, daß den Klägern kein Schaden entstand, wobei ja schon nicht zu vermeiden war, daß die Mittagspause, die doch den Arbeitern zum Ausruhen dient, in einem guten Teil mit in Anspruch genommen wurde. Auf jeden Fall aber muß so verfahren werden, daß die Kläger sich für den Nachmittag in der Vermittlungsstelle wieder Arbeit verschaffen könnten. Es ist bekannt, daß um 1½ Uhr die Arbeit schon wieder beginnt, und die Kläger könnten also um diese Zeit keine Arbeit für den Nachmittag mehr bekommen. Der Bellagte ist verpflichtet, da-

möglichsterweise die Kläger Arbeit bekommen hätten, ihnen den entgangenen Verdienst mit 2,60 Mt. zu ersehen. Die Ausführungen des Bellagten, daß er mit 1,95 Mt. genügend bezahlt habe, kommt das Gericht nicht als stichhaltig ansehen. Der Fall der durchgearbeiteten Mittagspause liegt nicht vor; der Bellagte hätte den Klägern allerdings die Abweisung geben können, sie sollten noch die Mittagspause durcharbeiten, dann wäre er in der Lage gewesen, die Kläger mit 1,95 Mt. los zu werden. Da er dies aber nicht getan hat, so kann nicht einfach zu seinen Gunsten etwas, was sich gar nicht ereignet hat, angenommen werden, und kann er sich daher nicht daran berufen, daß er im Falle einer andern Abweisung mit weniger Schadeneratz davonkommen wäre. Es darf vielmehr angenommen werden, daß die Umstände, die sich tatsächlich ereignet haben, dazu geführt, daß die Kläger den ganzen Nachmittagsverdienst verloren haben.

Wir hätten nun solche Urteile erzielen können, wenn nicht dem Hafenbetriebsverein vor der Gotteshäufigkeit der Stauer lange geworden wäre und nach erfolgtem Tarifbruch häufig energisch eingegriffen hätte. Wir lassen im folgenden noch einzelne Fälle Revue passieren:

Die Stauer der Dampfer der Reederei Paerssen u. Langenei und der Hulter Dampfer wollen den Schauerleuten die Abendbrotpause von 6 bis 6½ Uhr abends nicht gewähren. Tariflich ist festgelegt bei der Nacharbeit: „Für diese ist die Arbeitszeit von 9 bis 12 Uhr abends und von 12½ bis 5½ Uhr morgens. In dringenden Fällen kann die Nacharbeit bis 6½ Uhr morgens ausgedehnt werden.“

Wenn ein Schiff fertiggemacht werden soll, sei es beim Löchen oder Laden, und die Arbeit kann voraussichtlich vor Mitternacht beendet werden, so braucht kein Schichtwechsel einzutreten. In diesem Falle bleibt bei die Tagarbeiter bei der Arbeit.

Die Abendpause von 6 bis 6½ Uhr und die Mitternachspause von 12 bis 12½ Uhr darf weder durchgearbeitet noch verschoben werden, falls über 7 Uhr abends resp. 1 Uhr nachts hinausgearbeitet werden soll.“ Hier ist doch sehr deutlich ausgedrückt, was die Arbeiter zu verlangen haben. Und doch lassen die Stauer es den Leuten nicht zulommen. Erst jetzt ist einmal ein Arbeiter oder ein Gang Schauerleute, nach ihm Tarif die Abendbrotpause innzuhalten, so kann er gewiß sein, daß er zum letztenmal bei der Entlöschung der Fischdampfer gewesen ist, denn er wird das nächste Mal stehen gelassen und nicht wieder mitgenommen.

Auf dem englischen Dampfer „Federation“ wurde von Dienstag morgens 6 Uhr bis Mittwoch morgens 6½ Uhr ohne Ablösung gearbeitet. Ein Arbeiter W. A. vom Kohlengang Schwarz hatte die Nach von Montag auf Dienstag bis 3½ Uhr morgens in den Kohlen gearbeitet, er ging am selben Morgen wieder nach der Arbeitsstelle und arbeitete die oben angeführte Zeit. Ferner wurde auf dem englischen Dampfer „Dresden“ von Sonnabend morgens 6 Uhr bis Sonntag morgens 9½ Uhr mit denselben Leuten gearbeitet und mehrere dieser Leute gingen nachmittags um 1 Uhr wieder mit zur Arbeit. Im Tarif für Schauerleute heißt es unter Arbeitszeit:

„Die Arbeiter der Tageshöchst können zu Überstunden bis 9 Uhr abends herangezogen werden, mit einer halbstündigen Arbeitspause von 6 bis 6½ Uhr.“

In dem Paßus für Nacharbeit heißt es: „Für diese ist die Arbeitszeit von 9 bis 12 Uhr abends und von 12½ bis 5½ Uhr morgens. In dringenden Fällen kann die Nacharbeit bis 6½ Uhr morgens ausgedehnt werden.“

Wenn ein Schiff fertiggemacht werden soll, sei es beim Löchen oder Laden, und die Arbeit kann voraussichtlich vor Mitternacht beendet werden, so braucht kein Schichtwechsel einzutreten. In diesem Falle bleibt die Tagarbeiter in Tätigkeit.

Die Abendpause von 6 bis 6½ Uhr und die Mitternachspause von 12 bis 12½ Uhr darf weder durchgearbeitet noch verschoben werden, falls über 7 Uhr abends resp. 1 Uhr nachts hinausgearbeitet werden soll.“

Es sind hier sowohl die Arbeitszeit wie auch die Pausen genau und präzise festgelegt. Doch hält das die Reederei nicht ab, sie zu umgehen. Auf dem Dampfer „Sperber“ der Balticstauerel haben die Schauerleute am 15. v. Mts. Order bekommen, bis abends 12 Uhr zu arbeiten, das Schiff wurde jedoch erst am nächsten Abend fertig. Diejenigen Leute, die sich weigerten, länger als bis 9 Uhr zu arbeiten, wie es im Tarif steht, belämen Ausscheiden und durften auch am nächsten Tage nicht wiederkommen.

Am 21. v. Mts. belämen vier Männer, die bei den Hamburg-Amerika-Linie beschäftigt waren, von dem Bizen Tiedgens abends um 6 Uhr Order, sich bei dem Bizen B. Lange zu melden. Hier erhielten sie den Auftrag, bis 9 Uhr Abendbrot zu machen und dann die Nach zu arbeiten. Hieraus ließt sich die Leute jedoch nicht ein, worauf sie am Dienstag nur bis Mittag beschäftigt wurden und dann Ausscheiden erhielten.

Auf dem Dampfer „Bellagio“, Stauer Tiedemann, teilte der Vice Schambow den auf dem Schiffe beschäftigten Schauerleuten mit, daß sie bis 12 Uhr abends arbeiten müssten. Ein Teil der Leute weigerte sich und arbeitete nur bis 9 Uhr. Diese erhielten sofort ihre Karten, zum Zeichen, daß sie auch für den anderen Tag nicht wiederzukommen brauchten.

Am 22. v. Mts. sollte der Dampfer „Pretoria“ fertiggemacht werden, was nach den Ausführungen des Bizen etwa zwei Stunden länger dauern könnte. Auf die Frage eines Arbeiters, ob auch Bezeit gemacht werde, erfolgte die prompte Antwort: Nein. Der fragende Arbeiter erklärte darauf, daß er sich nach seinem Tarif richte, worauf er die Arbeit verließ. Über 16 Arbeiter ließen sich den Tarifbruch gefallen, sie haben bis 8½ Uhr abends gearbeitet.

„Alle diese Fälle“, schreibt das „H. G.“ wären vielleicht auch Material für die Hafeninspektion.

tion. Die lange Arbeitszeit führt in manchen Fällen zu Unfällen. Auch würde durch ein geregeltes Einhalten des Tarifs mehrere Arbeitslose von der Straße kommen. Es ist doch allerseits anerkannt, daß wir seit einiger Zeit ein recht großes Heer von arbeitslosen Hafenarbeitern haben, wovon doch schon mehrere hätten Unterkommen gefunden, wenn jeder Steuer und jeder Schauermann genau nach seinem Tarif arbeitete."

Das letzte scheint uns der springende Punkt zu sein. Wir dürfen wohl annehmen, daß sich in den meisten Fällen solche Schauermänner den Tarifdruck gefallen lassen, die lange arbeitslos waren und die den Verdienst für die überlange Arbeitszeit notwendig brauchten. Wir möchten aber davor warnen, die einen Weg fortzusetzen: am Ende dieses Weges steht die 48-, 60- und 72 stündige Arbeitszeit... die Arbeitszeit, die wir im großen Kampf 1907 glücklich bestätigten.

Hamburg I. Branche Kesselfeuerleger. Mitgliederversammlung am 7. November. Vor Eintritt in die Tagessitzung erhielt die Versammlung das Andenken des verstorbenen Kollegen Emil Schmidt in üblicher Weise. Sodann sprach Breuer namens der Versammlung den Sojern und Maschinisten sowie den Brauereiarbeitern den Dank auch für die erfolgreiche solidarische Unterstützung während der Bewegung der Landeskesselfeuerleger. Er sprach den Wunsch aus, daß die auch seiner so vielten möge. Weiter gab er einen kurzen Rückblick auf den Verlauf der Lohnbewegung betonend, daß der Erfolg, den wir erzielt haben, uns nicht nur einen Schritt vorwärts gebracht habe, sondern uns auch die Pflicht auferlege, mehr denn je an der Organisation junger und militärisch arbeitenden Anstrengungen zu beteiligen, damit wir auch in der Zukunft den Tarif hochzuhalten, um jederzeit zum Kampf bereit zu sein und ewigen Versöhnungen gegen den Tarif sofort erfolgreich begegnen zu können. Nach den bisher eingegangenen Beschwerden und Anträgen zu rechnen, jüngst eine einzelne Arbeitgeber oder deren Stellvertreter sich rechtlich an die neuen Bestimmungen des Tarifs halten zu könnten. So hauptsächlich bei der Sonntagsarbeit. Wir wollen hoffen, daß, nachdem nunmehr der Tarif im Druck vorliegt, sich die Sache regelt und nicht von Seiten einzelner Arbeitgeber innerhalb neue Schwierigkeiten bereitgestellt werden. Außerdem werden wir zu zweckentsprechenden Maßnahmen greifen, um die Interessen der Kollegen zu wahren. Weiter legt B. die einzelnen Bestimmungen des Tarifs aus, so wie dieselben in der Verhandlung mit den Arbeitgebern vereinbart sind. Von einzigen Rednern wird noch bemerkt, daß einzelne Arbeitgeber versuchen, die Arbeitszeit besser auszuweiten, indem sie weniger Leute in die Betriebe schicken. Ein Arbeitgeber hätte auch zulassen, es möge jetzt anders gearbeitet werden. Es sollte also versucht werden, die Lohnverhöhung durch Wehrhaftigkeit wieder einzurichten. Kollege B. empfiehlt alle Berufungen, den Tarif zu umgehen oder illustriert zu machen, der Leitung zu melden. Kollege B. macht dann noch auf unserer Arbeitsnachweis außerordentlich und ersucht, alle Balanzen dort zu melden.

Hamburg. Branche Kohlenarbeiter, Kohlenplazarbeiter und deutscher Extra-Mitgliederversammlung am Sonntag, den 3. November 1912. Über unsere Lohnbewegung und wie gestaltet sich die Zukunft? sprach Sch. Er betonte, die Kollegen müssten mehr agitatorisch tätig sein. Wenn man die Zahl der Kohlenlager von Hamburg und Umgegend betrachtet und die Zahl der hierauf beschäftigten Kohlenarbeiter mit den der organisierten Kollegen vergleicht, so kann einen das heraus erhaltene Resultat nicht bestreiten, denn eine immerhin erhebliche Anzahl der Kohlenplazarbeiter und deutscher ist noch unorganisiert. Diese zu organisieren, müsse Pflicht eines jeden Kollegen sein. Hierauf gab der Redner den Branchebericht. Er führte an, daß noch aus vielen Wägen, im Hammerbrook, Eppendorf, Eimsbüttel und Altona, unter Tarif gearbeitet wird. Teils liegt es an den Kollegen, teils an den Arbeitgebern, z. B. bei Torraine u. Jacobi tragen die Kollegen die Kohlen in Holzstil-Körben aus den Schuten. Bei den Firmen Süßen Heidenkampsweg, Ditten, Hammerbrook und Eimsbüttel und noch verschiedenen andern mehr, wird nicht nach Tarif bezahlt. Größtenteils handelt es sich hier um die Bezahlung der Überstunden, durchgearbeitete Bauten und das Mittagsgeld. Die Firma Gäh ist deshalb mit der Ortsverwaltung in Verhandlung getreten. Von einem Kollegen wird bekannt gegeben, daß die Firma Gäh, Louenweg, jetzt nach Tarif bezahlt. Beauftragt wurde für Altona noch einen Bezirksobermann hinzuzuwählen. Diesem wurde stargewiesen und der Kollege M. hierzu gewählt. Sodann wurde erwähnt, daß in der Mitgliederversammlung am 5. April bei Horn beschlossen wurde, einen Antrag der Kartellunion zu überweisen, die Vorstände sämtlicher Gewerkschaften zu erüben, die Sonntagssarbeit in den Kohlen- und Feuerungs geschäften einzuschränken und den Kohlenplazarbeiten auch einen freien Sonntag zu verschaffen; diesen Antrag den Mitarbeitern zur Kenntnis zu bringen, damit sie ihre Kohlen an den Wochentagen holen. Die Ortsverwaltung wird erneut, auch in der Arbeiterpresse mehr wie bisher darauf hinzuweisen. Denn die Sonntagsschicht sei in größerem Maße auch in den Wintermonaten möglich und durchführbar und könnte im Sommer zu einer vollständigen Abholung werden, wenn in erster Linie die Kollegen der gesamten Transportarbeiterfamilie es unterlassen, am Sonntag Kohlen zu laufen. Auch die übrigen Gewerkschaften müssten bei Gelegenheit in ihren Betriebsversammlungen auf ihre Mitglieder ein-

wirken, besonders auch die Händler im Kleinverkauf könnten hier helfen mitwirken, wenn sie statt am Sonntag, bereits am Wochentag ihren Bedarf decken.

Risiko der Hafenarbeit. 1. Der Hafenarbeiter A. G. war im Kohlenhafen (Hamburg) mit Verholen einer Schute beschäftigt, wobei er das Gleichgewicht verlor, von der Schute ins Wasser stürzte und unter einem dort liegenden Drahthalter schlief. Es waren sofort mehrere Schiffer herbeigeeilt, doch ichen eine Rettung des Mannes unmöglich. Ein Ewerführer fasste jedoch mit seinem Haken auf die andere Seite des Rahms und holte den Verunglückten unter dem Schiffsboden hervor. Die sofort vorgenommenen Reanimationsversuche waren von Erfolg. Nach etwa einer halben Stunde hatte man den G. soweit ins Leben zurückgerufen, daß er etwas sprechen konnte. Man mußte den Bereiteten mittels Droschke nach seiner Wohnung bringen.

2. Infolge eines Feuerstiftes fiel der Ewerführer aus Schiffskette von seiner Schute in den Mittelkanal und versank. Er wurde bald daraus ausgezogen, doch erwies sich die sofort angestellten Wiederbelebungsversuche als fruchtlos.

Enden und kein Ende. Zu der Geschichte des abgelehnten Konzessionsgesuches weiß der fromme Reichsbote noch etwas zu erzählen. Danach hat die Regierung der Stadt Enden ein Pfästerchen auf die Wunde legen wollen. Allerdings eins, das von Herrn Ballin, dem einflussreichen Hamburger, präpariert war.

Der Vorschlag ging dahin, daß eine Gesellschaft mit einem Kapital von weniger als zehn Millionen — gesagt wurden fünf bis sechs Millionen — gebildet werden sollte. Die Dampfmaschinen (Hamburg-Victoria-Linie und Norddeutsche Lloyd) wollten sich durch Stellung der Schiffe, die Enden anlaufen sollten, die Stadt Enden sollte sich durch Kapital beteiligen. Wenn ich nach fünf Jahren die Linie nicht teniere, sollte die Gesellschaft aufgelöst werden. Diesen Vorschlag soll die deutsche Regierung angeblich — man kann es nicht plaudern — für außergewöhnlich angesehen haben. Die Sadisten lehnen diese Zustimmung aber ab. Darob soll der Regierung eine sehr ärgerliche Stimmung entgegneten sein, will sie gehofft hätte, mit einem unaccompli vor den Landtag treten zu können, wodurch ihre Erklärung in dieser Frage eine bessere gewesen wäre.

Die Gesellschaft hat sich — sicher — renommiert.

Hier war das von Enden gesparte Geld — der erste Gewinn.

Halle a. S. Nach länge zum Hafenarbeiterstreit. Die Arbeiter Wilhelm Stolze und Rudolf Brochhaus von hier beteiligen sich bei dem im Frühjahr abspielen Streit der Hafenarbeiter als Arbeitswillige. Eines Abends kamen sieben gegen 9 Uhr von der Arche. Sie wurden von der Chefarrest des Stolze abgeholt. Die drei Personen begegneten auf der Mansederstraße den freudigen Arbeitern Elste und Ecke. Es entwickelte sich ein Gespräch, in dessen Verlaufe Stolze und seine Chefarrest sowie Brochhaus sich beleidigt und beleidigt gefühlt haben.

Die bei solchen Anlässen immer besonders dienstleidige Polizei griff ein und es kam gegen Elste und Ecke zu einer Anklage wegen Vergehen gegen § 153 der Gewerbeordnung und wegen Bekleidung. Vor dem Schöffengericht wurde Elste zu einer Woche Gefängnis und 50 M. Geldstrafe verurteilt, während Elste neben Gefängnis in gleicher Höhe 30 M. Geldstrafe zudiskutiert erhielt. Die Verurteilung geschah wegen Bekleidung und Rötigung. Gegen Stolze sollten die Worte "alter Kater" und gegen dessen Chefarrest die Worte "alte Henne" geäußert sein. Brochhaus gab an, daß ihm Elste vorgeworfen hätte, daß er drei Wochen Streitgelder genommen und nun den Streitbrecher mache. Außerdem will er tatsächlich beleidigt worden sein. — Gegen das Urteil legten beide Angeklagte Berufung ein. Die Angeklagten wurden vom Rechtsanwalt Dr. Hackenheim vertreten. Bei der Verhandlung des Richters Stolze war es interessant zu hören, daß er erklärte, er hätte sich eigentlich nicht beleidigt oder genötigt gefühlt, er hätte die Sache, da er die Angeklagten von früher her gut kannte, mehr von der gemütlichen Seite aufgesetzt. Seine Chefarrest sowie der Kläger Brochhaus blieben jedoch dabei, daß sie beleidigt worden seien. Der Staatsanwalt hob in bezug auf Stolze hervor, daß sich dieser mit seinen heftigen Ausfällen gegenüber denen in der vorigen Instanz im Widerspruch befände. Der Verteidiger der Angeklagten rügte die Ausfälle der Richter ins rechte Licht. Er beantragte die Freisprechung von der Anklage wegen Vergehens gegen § 153 der G. O. Als Bekleidung bleibend nur die Worte "alte Henne" gegen die Chefarrest Stolzes. Das Urteil lautete nun wie folgt: Die Anklage wegen Vergehens gegen § 153 der G. O. ist fallen gelassen, die Angeklagten sind jedoch wegen Bekleidung in mehreren Fällen zu verurteilen und zwar Ecke zu einer Woche und Elste zu ebenfalls einer Woche Gefängnis und zu 15 M. Geldstrafe.

Das Urteil wird vielen unverständlich bleiben, denn wegen der beanstandeten Worte, die — leider — in Arbeiterkreisen ziemlich gebräuchlich sind, ohne die Absicht der Bekleidung, Gefängnis bei bisher noch unbestraften Leuten festzusetzen, das scheint uns denn doch eine allzu harte Bestrafung, um so mehr da eine Bestrafung wegen des § 153 nicht eintreten könnte.

Über in Deutschland gilt eben der gesetzliche Grundsatz: Doppelt heilig ist die Streitbrecherfamilie.

Lübeck. Lohnbewegung der Schiffer, Maschinisten, Schutzenleute und Decksleute. Zu einer erfolgreichen Bewegung gestaltete

sich die obengenannte. Die Bewegung hat sich lange hingezogen, da mit den Firmen einzeln verhandelt werden mußte. Ein definitiver Abschluß konnte erst jetzt geschehen, da z. B. bei der Firma Johansen u. Sohn die Kollegen erst die Kündigung, welche 14 Tage betrug, einreichten müssen, sich dann einen Tag in Streik befanden. Durch die einheitliche Aktion, die die Kollegen zeigten, gelang es dann auch diese Firma zur Anerkennung der Forderung, Bezahlung der Überstunden für die Decksleute, welches der Streitpunkt, zu veranlassen.

Die in den abgeschlossenen Tarifen festgelegten Positionen betr. Lohn sehen eine durchschnittliche Erhöhung von 3 M. bis 5 M. pro Woche vor. Auch betr. der Überstunden, Sonntags- und Nacharbeit sind Erhöhungen zu verzeichnen.

Die festgelegten Tarife sehen im Durchschnitt folgendermaßen aus:

1. Die Arbeitszeit währt von morgens 6 Uhr bis abends 6 Uhr einschließlich einer $\frac{1}{2}$ stündigen Frühstückspause zwischen 8 und 9 Uhr morgens und einer $\frac{1}{2}$ stündigen Mittagspause zwischen 11 Uhr vormittags und 3 Uhr nachmittags. Ist es nicht möglich, die Pausen innenzuhalten, so muß aber die nötige Zeit zum Einnehmen des Essens gewährt werden und in solchen Fällen die durchgearbeitete Zeit als Überstunden zu bezahlen.

2. Der Lohn ist Wochenlohn, die Woche zu 10 Tagen gerechnet, derselbe beträgt:

Für Schiffer und Maschinisten:
ab 1. Juli 1912 bis 30. Juni 1913 — 35 M.
" 1. " 1913 " 30. " 1915 — 36 "

Für Schutzenleute:
ab 1. Juli 1912 bis 30. Juni 1913 — 30 M.
" 1. " 1913 " 30. " 1915 — 31 "

Für Decksleute:
ab 1. Juli 1912 bis 30. Juni 1913 — 21 M.
" 1. " 1913 " 30. " 1915 — 22 "

Wo bisher höhere Löhne als die hier vereinbart gezahlt worden sind, dürfen dieselben nicht gekürzt werden.

Für Schutzenleute wird bei den im Lohntarif der Hafenarbeiter Lübecks angeführten Schuhkarren ein Aufschlag gewährt, derselbe beträgt, sofern das Quantum 5 Tonnen und mehr übersteigt, 80 Pf. für den ganzen und 40 Pf. für den halben Tag.

3. Alle Arbeiten vor 6 Uhr morgens und nach 6½ Uhr abends, sowie an Sonn- und Feiertagen gelten als Überstundenarbeit. Dieselben werden Werktag mit 60 Pf., nach 9 Uhr abends mit 70 Pfennig pro Stunde vergütet. Für Sonn- und Feiertagsarbeiten wird zu 8 Pf. pro Stunde bezahlt.

Decksleute erhalten die Hälfte der obigen Sätze 30, 35 und 40 Pf. pro Stunde.

Werden Decksleute an Stelle der Schutzenleute in Schuten beschäftigt, so sind sie den entsprechenden Lohnsätze der Schutzenleute zu entschädigen.

4. Die Kündigungsrücktritt beträgt für sämtliche Kategorien 14 Tage, auszusprechen am 1. und 15. Jeden Monat.

Dieser Tarif gilt vom 1. Juli 1912 bis zum 30. Juni 1913. Wird derselbe nicht 4 Wochen vor seinem Ablauf gefündigt, so läuft er stillschweigend auf ein Jahr weiter.

Eine Ausnahme betr. der Wochenlöhne ist bei der Firma Bernhoff u. Wiede zu verzeichnen.

Der Lohn beträgt hier 31 M. pro Woche, stieg ab 1. Juli 1912 abermals um 1 M. pro Woche ab 1. Juli 1914 abermals um 1 M. pro Woche steigend. Der Lohn gilt für das ganze Jahr. Es muß hier in Betracht gezogen werden, daß die Löhne bis zum Abschluß des Tarifs niedriger waren, wie bei anderen Firmen. Das für die Schiffer und Maschinisten die Steigerung der Wochenlöhne prozentual benannten Kollegen der anderen Firmen dieselbe ist.

Eine weitere Lohnbewegung hat stattgefunden für die Schuppenmeister, Kanarien- und Schüttarbeiter, Täller, Schuppen- und Schüttarbeiter bei der Reederei und Speditionsfirma Südersee. Sanger.

Außer der eingetretenen Lohnsteigerung um 10 M. pro Monat für die Schuppenmeister und Kanarien- und 2 M. pro Woche für die Schuppen- und Schüttarbeiter und Täller sind noch weitere Vergünstigungen eingetreten wie z. B. ein Aufschlag bei einigen Schuhkarren und eine Geltung der Arbeitszeit an der Deichmühle Lübeckwerke und Scheerhof von Stadt zu Stadt. Da den Kollegen es nicht möglich ist, in der Mittagspause nach Hause kommen zu können, so werden für dieselbe Überstunden bezahlt.

Die Abmachungen lauten:

1. Die Arbeitszeit gilt von morgens 6 Uhr bis abends 6 Uhr einschließlich einer $\frac{1}{2}$ stündigen Frühstückspause, einer $\frac{1}{2}$ stündigen Mittagspause und einer $\frac{1}{2}$ stündigen Beispielpause.

2. Der Lohn beträgt für die Schuppenmeister 140 M. pro Monat für die Kanarien- und Schuppenarbeiter, Schiffer und Täller 30 M. pro Woche.

3. Die Überstunden Sonn- und Feiertagsarbeit wird nach dem Tarif der Hafenarbeiter bezahlt.

4. Bei Bearbeitung von Knochenmehl, Schwefel, Melasse, Gips, gefälzene Hämme, loses Salz, Salpeter, Soda in Säcken und gemahlene Mimoarinde wird ein Aufschlag gewährt. Derselbe beträgt 70 Pf. für den ganzen, 50 Pf. für den dreistiel, 35 M. für den halben und 20 Pf. für den vierstiel Tag, wenn die aus einem Schiffe zu empfangene oder an ein Schiff zu liefernde Ladung wenigstens 40 Tonnen von ein und derselben Ware beträgt. Bei Kohlen tritt der Aufschlag bei 10 Tonnen in Kraft.

5. Bei Speditionsarbeiten gilt der Tarif der Speditionsarbeiter.

Der Beitrag für die 49. Woche ist fällig.

6. Bei Arbeiten an der Oehlmühle, Lübeckwerke und Beerhof gilt die Arbeitszeit von Stadt zu Stadt. Für die Mittagspause werden Überstunden bezahlt.

7. Die Auszahlung des Lohnes muß bis zum Sonnabend Abend 8 Uhr geschehen.

8. Die Kündigungsfrist beträgt für sämtliche Kategorien 14 Tage, auszusprechen am 1. und 15. jeden Monats.

Straßburg i. E. Am Samstag, den 9. November, stand eine von Hafenarbeitern, Matrosen und Kunstmätern stark besuchte Betriebsbesprechung der Straßburger Firma Straßburger Rheinrichs-Arbeits-Gesellschaft statt. Anlaß zu dieser Versammlung waren die sorgfältigen Verträge gegen den bestehenden Tarifvertrag und die Behandlung der Arbeiter seitens der Aufseher und des Betriebsrats. Kollege Ottile führte hierzu folgendes aus: Die Behandlung der Arbeiter, die ihnen seitens der Vorgesetzten zu teilt wird, ist in jeder Beziehung menschenwürdig. Die Arbeiter werden mit Schimpfwörtern traktiert, die selbst im zoologischen Garten nicht vorkommen dürften. Die Arbeiter werden von den Aufsehern und des Betriebsrats, Herrn Nied, genannt Vater Grausam, als Sumpel, Esel, Nas, Schwein, Schweinehund u. a. m. beschimpft. Die Arbeiter müssen vor Herrn Nied stehn, tuen sie es nicht, werden sie entlassen. Die Essenspausen werden nicht richtig eingehalten. Es wird zu häufig Feierabend gefäulnt. Die Auszahlung des Lohnes wird zu sehr in die Länge gezogen, sodass die Arbeiter fast regelmäßig länger als eine Stunde, ohne jede Vergütung, warten müssen. Kommt es vor, daß Arbeiter mittags länger arbeiten müssen und infolgedessen nicht schon wieder um $\frac{1}{2}$ Uhr an der Arbeit sein können, werden sie kurzerhand entlassen. So wurde am 7. November ein Arbeiter entlassen, der bis $\frac{1}{2}$ Uhr mittags durchgearbeitet hatte und infolgedessen nicht schon wieder um $\frac{1}{2}$ Uhr an der Arbeit sein konnte. Wird ein Arbeiter zum Obmann befördert, es sind dies in der Regel solche, die 10 bis 14 Jahre im Betrieb beschäftigt sind, so bekommt dieser nicht gleich den Lohn der für Obmänner gilt, sondern Herr Nied befiehlt, daß er den beförderten Obmann erst auf eine längere Zeit auf die Probe stellen müsse, um ihn den Mehrlohn nicht auszahlen zu brauchen. Geleistete Überstunden werden nicht glatt ausgezahlt, bzw. nicht wie im Tarif vorgesehen, als volle halbe Stunden gerechnet, sondern nach Minuten. Desgleichen werden die Überstunden von den Aufsehern nicht richtig aufgeschrieben, sodass keine Lohnzahlung vorüber geht, wo nicht Abrechnungen vorkommen. Um Allerheiligen sind die Arbeiter statt mit 80 Pf. nur mit 70 Pf. pro Stunde entlohnt worden. Wenn die Arbeiter ihre Notdurft verrichten müssen, werden sie mit Entlassung bedroht. Bei jeder Kleinigkeit werden die Arbeiter bestraft, wissen aber nicht, welche Verwendung der Strafe der finden, da ihnen jede Kontrolle darüber fehlt. Werkzeuge usw., die abgenutzt und durch die Arbeitsleistung entzweit gehen, werden den Arbeitern vom Lohn abgezogen.

Das sind nur einige von den vielen vorhandenen Missständen, die naturgemäß zu Differenzen führen müssen. Es dürfte daher im allgemeinen wie auch im Interesse der Firma liegen, die vorhandenen Missstände zu beseitigen.

in die Tagesordnung eingetreten. Kollege Niedel verliest ein Schreiben vom Verein Kinematographischer Angestellten und Berufsgenossen, Sitz Köln, worin wie eingeladen wurden, zu dem in diesem Monat stattfindenden Verbandstag einen oder mehrere Delegierte nach Köln zu entsenden. Es wurde beschlossen, diesem Verein folgendes Antwortschreiben zu senden:

„Die heutige Verhandlung drückt den Wunsch aus, daß sich die dortigen Kollegen alle unserem Verband zu einem gemeinsamen Ganzen anschließen möchten. Der Hauptvorstand wird davon benachrichtigt und veranlaßt, einen Vertreter zu dieser Tagung zu entsenden.“

Zur Angelegenheit des freien Tages machte Kollege R. u. a. folgende Ausführungen: Im vorigen Jahre haben auf ein an alle Mindesttarif geltendes Schreiben die große Mehrheit derselben den freien Tag im Winterhalbjahr in der Hochconjunktus monatlich inne, im Sommerhalbjahr alle 14 Tage einen bewilligt. Dadurch, daß verschiedene Kollegen den reiten Tag sich gar nicht genommen, teilweise auch nicht regelmäßig innegehalten, wurde die ganze Arbeit unsicher gemacht. Zwischen haben sich aber auch die Verhältnisse geändert. Neue Theater sind entstanden, ein großer Teil ist in andere Hände übergegangen, so daß es notwendig erscheint, den Beschluss des freien Tages hochzuhalten. In der folgenden Diskussion behandelte Kollege Schneider vom Kaiserlinie als einziger, den freien Tag nicht zu brauchen, darum in dieser Frage auf dem Unterrichtpunkt (!) steht. Im weiteren Verlaufe der Diskussion, in welcher der Empfang über die Ansicht des Kollegen S. ausdrück verlesen wurde, empfiehlt Kollege Fr., diese Angelegenheit im Interesse einer zu erwartenden Gratifikation noch bis nach Weihnachten zu verschieben. Nachdem Kollege Fr. dagegen gesprochen, stellt der Versammlungsleiter nochmals fest, wer im vorigen Jahre von den Besigern den freien Tag bewilligt hat. Kollege L. beantragt, einen Hinweis in der „Vollzwacht“ zu bringen, wo in den Theatern Organisierte beschäftigt sind, damit nur solche Theater von der Arbeitsschafft und deren Angehörigen besucht werden. Kollege Niedel erklärt, daß nochmals an alle Besucher ein Mindestschreiben erlassen und von dem Ergebnis in der „Vollzwacht“ berichtet werden soll. Gleichzeitig soll auch bekannt gemacht werden, wo Organisierte beschäftigt sind. Es werden nun noch eine Reihe weiterer Missstände in den einzelnen Klubs eifrig debattiert. Da der Sekretär seiner Tätigkeit nach Streichen verlegt hat, ist die Neuwahl eines solchen notwendig, welche mittels Auktion erfolgt. Gewählt wurde einstimmig Kollege Lichtenstein. Hierauf Schluss.



Lichtenberg. In Nr. 38 vom 22. September 1912 brachten wir einen Artikel, welcher die Zustände in dem Betriebe Festa u. Sohn, Lichtenberg, in kritischer Beleuchtung erscheinen ließ.

Diese Darstellung der für die Arbeiter geradezu unerträglich gewordene Verhältnisse brachte die Betriebsleitung derartig in Hänselisch, daß wir es für ganz unverständlich halten, wie gegen ein so erdrückendes Belastungsmaterial noch Entrüstung herrschen kann.

Als Antwort der Betriebsleitung wurden zwei Verbandsangestellte nach Bekanntwerden des Artikels durch einen unserer im Betriebe beschäftigten Kollegen zu dem Geschäftsführer Herrn Maihle zu einer Aussprache gerufen.

Das Resultat lag einer am 10. Oktober abgehaltenen Betriebsversammlung vor und fand durch die Berichterstattung des Kollegen Olaf folgende Erledigung:

Zu Punkt 1 ist festgestellt: Die Anfangslöhne stellen immer noch die „horrende“ Summe von 20 Mark pro Woche dar. Am 10. Oktober noch wurden 2 Arbeiter mit diesem Lohn eingestellt; ein so niedriger Lohn wird in keinem anderen gleichartigen Branchenbetrieb mehr gezahlt.

2. Die Arbeitszeit ist eine 9-stündige wie in den anderen Betrieben, ebenso die Pauseneinteilung.

3. Die Überstundenarbeit wird allerdings besser bezahlt, wie in den anderen Betrieben, nämlich mit 50 Pf. d. h. auf eine Stunde wird $\frac{1}{2}$ Stunde zugeschrieben. Was jedoch mit dem höheren Überstundenzuschlag erreicht werden soll, geht aus folgendem hervor. Es werden im Jahre nicht mehr und nicht weniger denn 600 Überstunden von dem einzelnen Arbeiter geleistet. Zählt man dann die Vergütung von 50 Pf. hinzu, so ergibt sich eine bezahlte Überstundenzahl von 900 Stunden. Eine Leistung, wie sie einzigt besteht und von der man nicht glauben sollte, daß so etwas an der Peripherie Berlins möglich ist.

Laufende von Arbeitern sind arbeitslos und dort im Betriebe werden aus der normalen Arbeitszeit von 54 Stunden pro Woche, $1\frac{1}{2}$ Wochen gemacht.

4. Im übrigen sehen die Löhne der Hilfsarbeiter folgendermaßen aus: 2 Arbeiter erhalten über 30 Mark Lohn pro Woche, sind aber bereits über ein Jahrhundert im Betriebe, 3 Arbeiter einen Lohn von 26 bis 27,50 M. pro Woche, 6 Arbeiter einen Lohn von 25 M. pro Woche, der übrig bleibende Teil von 30 Arbeitern hat einen Lohn von 20 bis 23 Mark pro Woche. — Ein Arbeiter hat bei einer täglichen Tätigkeit einen Verdienst von 23 M. pro Woche.

Typisch ist folgendes Kulturstück, das von der Betriebsleitung geleistet worden ist:

„Die Tochter eines bei der Firma Festa u. Sohn beschäftigten Arbeiters macht ihrem Vater darob Vor-

würfe, daß er als Familienvater für einen Stundenlohn von 37 Pf. arbeitet, während sie als alleinstehendes Mädchen einen Stundenlohn von 39 Pf. hat. — Diesen Vorwurf teilt der Arbeiter der Betriebsleitung mit und bittet um eine Entlastung.

Die Betriebsleitung antwortet ihm, daß er dann dort hingehen soll, wo seine Tochter 39 Pf. Stundenlohn erhält.“ Das Unternehmen könne ihm keinen höheren Lohn bewilligen.“

Das sind Missstände bei der Firma Festa u. Sohn, die dringend der Abhilfe bedürfen.

Darum, Kollegen, nur eine unter euch erstarke Organisation ist in der Lage, bessere Verhältnisse zu schaffen. Es gibt für euch keinen anderen Ausweg, als den Eintritt in den Deutschen Transportarbeiter-Bund! Schüttelt die Interesslosigkeit ab und erwacht zur Wahrung eurer Lebenshaltung als Mensch! — Die Sklaverei und Menschenfeindlichkeit ist dann auch für Euch vorüber.

Zur Lohnbewegung der auf dem Güterbahnhof in Berlin beschäftigten Arbeiter. Mit einem Erfolg für die obengenannten Arbeiter wurde die Bewegung bei der Firma W. Stesses zu Ende geführt; sie endete mit einer Lohnhöhung und Regelung der Arbeitszeit. Die Errungenschaft, die auf das Kontor der Organisation zurückzuführen ist, hätte noch besser sein können, wenn nicht die Arbeiter einiger Firmen sich von den Unternehmern hätten bearbeiten lassen, wodurch sie jetzt das Nachsehen haben. Die Forderungen wurden im September eingereicht und von den meisten Firmen angenommen. Wir geben den Wortlaut hier wieder, damit die Kollegen sich danach einzurichten wissen.

Abkündigung:

10 Tonnen Kohle	1,50 M.
10 " Bruttis	2,00 "
10 " Bruttis sehn	3,00 "
10 " Nots	2,00 "
10 " Steine	3,00 "
10 " Pfastersteine	2,00 "
10 " Schwellenstein	3,00 "
10 " Kalk	3,00 "
10 " Cement	1,50 "
10 " Holz	3,00 "
10 " Holz an Kranen	6,00 "
10 " Eisenkonstruktion, Träger etc.	3,00 "
10 " Eisenkonstruktion an Kranen	6,00 "
10 " alle Warenausladungen in	

Säden wie Zucker, Kakao usw. 1,50

Alle anderen Arbeiten, die nicht angeführt sind, sollen wie bisher gelöhnt werden.

Die Arbeitszeit beginnt in der Zeit vom 1. April bis 1. Oktober morgens $6\frac{1}{2}$ Uhr und endet abends um 7 Uhr; in der übrigen Zeit morgens um 7 Uhr und endet abends um $7\frac{1}{2}$ Uhr.

Die Arbeitszeit soll durchgängig 10 Stunden nicht überschreiten. Bei eiligen Arbeiten und in Fällen, wo die Waggons in Wagenstäbe kommen, wird länger gearbeitet. Die Arbeit bezw. Auftraggeber sorgen dafür, daß solche Fälle möglichst wenig eintreten. — Zwecks Ausgabe der Arbeiten soll der Arbeitgeber sich mit dem Kolonnenführer verständigen, damit diesen Arbeiter zuerst berücksichtigt werden können, welche wenig Arbeit haben. — Die Arbeiter sind verpflichtet, die ihnen übertragenen Arbeiten nach den Anweisungen der Auftraggeber zu verrichten.

Wie schon bemerkte, bewilligen sämtliche Firmen die ausgestellten Sähe; nur die Firma W. Stesses würdigte uns keiner Antwort. Aufgabe der Kollegen ist es, das Errungene aufrecht zu erhalten und die Organisation noch mehr wie bisher zu stärken.

Mitteilungen des Betriebs-Vorstandes.

Aufgekommen sind die Verbandsbücher nachstehend genannter Mitglieder:

In Berlin: Oswald Buttler, Hyp.-Nr. 33 695, eingetr. 10. 2. 10; Paul Nebe, Hyp.-Nr. 55 777, eingetr. 19. 8. 11.

In Elbing: Johann Behrendt, Hyp.-Nr. 363 215, eingetr. 18. 8. 12.

In Hamburg I: Albert Stropicp, Hyp.-Nr. 108 227, eingetr. 6. 10. 12.

In Leipzig: Ulfr. Bohmann, Hyp.-Nr. 97 616, eingetr. 3. 3. 12; Willi Daniel, Hyp.-Nr. 97 327, eingetr. 26. 8. 12.

In Magdeburg: Alexander Sandor, Hyp.-Nr. 88 969, eingetr. 13. 9. 12.

Falls diese Bücher vorgezeigt werden, sind sie anzuhalten und an die Adresse des Unterzeichneten einzufinden.

Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand.
F. A.: Oswald Schumann, Berlin SO. 16. Engel-Ufer 21, Hof 1 Tr.

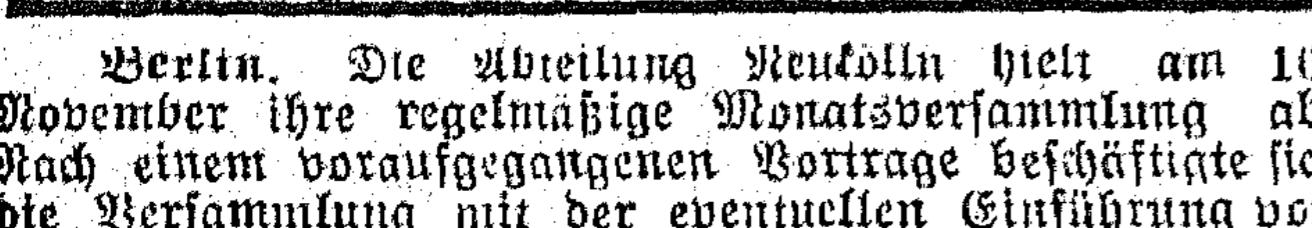
Gekanntmachung.

Für unseren ganzen Thüringen suchen wir einen tüchtigen Hilfsbeamten, dessen Sitz in Erfurt sein und der auch zugleich die Geschäfte dieser Mitgliedschaft führen soll. Bewerber muß mit dem Auf- und Ausbau der Organisation vertraut und agitatorisch beschäftigt sein. Beherrschung der deutschen Sprache in Wort und Schrift ist Bedingung, ebenso mindestens dreijährige Zugehörigkeit zur gewerkschaftlichen Organisation.

Handschriftliche Offerten sind unter Schilderung der bisherigen Tätigkeit und Befähigung einer ausführlichen Arbeit über die Aufgaben eines Gewerkschaftsbeamten bis 15. Dezember d. J. an den unterzeichneten Vorstand zu richten.

Der Verbandsvorstand.
F. A.: O. Schumann.

Berantwo. Redakteur: Karl Millahn, Lichtenberg-Berlin.
Verlagsanstalt "Courier", G. m. b. H.
Druck: Maurer & Dimmick, Berlin, Köpenickerstr. 36/38.



Berlin. Die Abteilung Neukölln hielt am 16. November ihre regelmäßige Monatsversammlung ab. Nach einem voraufgegangenen Vortrage beschäftigte sich die Versammlung mit der eventuellen Einführung von regelmäßigen Spielabenden für die Wintermonate. Kollege W. erörterte in längeren Ausführungen diesen Plan. Danach sollen die Spielabende einmal wöchentlich an einem noch näher zu bestimmenden Tage stattfinden. Dem Vortrage soll für Bergabe des Volkes, Setzung und Beleuchtung eine bestimmte Entschädigung gezahlt werden, sodass niemand gezwungen ist, etwas zu verzehren. Hin und wieder sollen auch Vorträge aus guter Literatur ersten und letzteren Inhalts gehalten werden. Nach eingehender Diskussion stimmte die Versammlung einstimmig diesem Plane zu. Des weiteren beschäftigte sich die Versammlung mit Agitations- und Organisationsfragen. Beschllossen wurde u. a. das Bezirksführersystem gründlich auszubauen und eine ständige Kontrolle der Versammlungsteilnehmer einzuführen. Als Delegierte für die Generalversammlungen wurden die Kollegen Kurt Meichel und Kurt Ebdy gewählt. Die Mittelsumme, daß die schon längst geplante Wandersparasse nunmehr zur Tatstache geworden sei, rief freudige Gestaltung unter den Versammlungsteilnehmern hervor. Mit der Schaffung und Errichtung von Bahngleisen wurde die demnächst stattfindende Funktionär-Versammlung betraut. Hierauf Schluss der Versammlung.



Breslau. Die Versammlung der Kino-Angestellten eröffnete der Bevollmächtigte mit der Begrüßung der erschienenen Mitglieder, worunter sich auch Kollegen aus Oels befanden. Hierauf wurde nach Verlesung und Annahme des Protokolls der letzten Versammlung